

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großherzogtum Sachsen-Meiningen.

**Beungspreis** mit illustrierter Beilage **Volt** und **Zeit** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—Mark, für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.—Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Poßschekonto Leipzig**, Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 72206.** — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

**Inseratenpreise:** Die Wochenviertel, Kolonelzeile 35 Pfg., bei Platzvorrichtung 40 Pfg.  
Stellenangebote 10 Pfg., Kolonelzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten  
die Woch. Kolonelzeile mit 50% Nachlass. Reklamezeile 2 Mt. Inserate v. ausw.:  
die Woch. Kolonelzeile 40 Pfg., bei Platzvorricht. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Rücktritt des Kabinetts Dr. Luther.

### Dr. Gehrer als Reichskanzler?

WTB-Berlin, 13. Mai.

Reichspräsident von Hindenburg hat heute vormittag den Reichswohnenminister Dr. Gehrer empfangen und an ihn die Frage gerichtet, ob er auf der bisherigen Grundlage der Koalition der Mittelparteien die Neubildung der Regierung übernehmen wolle. Dr. Gehrer hat sich eine Entscheidung bis nach Fahrttagnahme mit den in Frage kommenden Parteien für morgen vorbehalten.

Zwar gilt die Weimarer Verfassung als eine streng parlamentarische, immerhin ist es wohl das erste Mal, daß ein Kabinett in offener Feldschlacht stürzte. Und dies durch die Vertreter der bürgerlichen Demokratie, trotz aller hämmerlichen Leidenschaften der letzten Tage, die ohnehin zureichten, um die Partei der Koch und Kühl für immer unsterblich zu machen. Deutlich ist diese Wendung Herrn Dr. Luther selbst zu danken. Vor Beginn der Interpellationsdebatte stand der Unfall der schwarzrotgoldenen Demokraten politisch fest. Die Mehrheit der Fraktion hatte das Kompromiß gechlösst, wonach die Durchführung des Flaggenerlasses um drei Monate hinausgeschoben werden sollte. Bis dahin glaubte man, entsprechend dem Hindenburgbriefe, eine endgültige Lösung der Flaggensfrage herbeizuführen, die, wie schon dargelegt, unter allen Umständen die Aufgabe der schwarzrotgoldenen Reichsregierung, wenngleich bis zu 25 Prozent im Gefolge haben mußte. Und trotzdem der Rücktritt des Kabinetts?

Die Erklärung Dr. Luthers am Abend des ersten Tages der Interpellationsdebatte schlug dem Fasch den Boden aus. Zwar entsprach auch sie den Grundgedanken des Kompromisses, aber sie war die Antwort auf eine recht verfälschte Frage des Grafen Westarp, ohne dessen Bekämpfung die politischen Ziele des Kanzlers, der Großbürgerblock, ob mit oder ohne die Demokraten, nicht zu verwirklichen waren. Und daß die Deutschnationalen für die parlamentarische Mehrheit eines Rechtskabinetts unerlässlich sind, glaubte Herr Dr. Luther, seinem Widersacher goldene Brücken bauen zu müssen. Er summerte sich mit beiden Händen an den von den Deutschnationalen frenetisch begrüßten Flaggenerlass und goss in die an sich schon matte Limonade des Nachmittags nochmals einen gehörigen Schuß Schwarzweizrot hinein. Zwar genügte auch das noch nicht, die Freundschaft der Deutschnationalen zu gewinnen, aber diese Rücksichtslosigkeit des Kanzlers war doch selbst den Reichstagsdemokraten zuviel. Sie besannen sich auf ihren schwarzrotgoldenen Fahneneid und sahnten in mitternächtlicher Stunde jenen Beschluss, über den nunmehr Herr Dr. Luther strahlte. Wahrscheinlich zur höchsten Befürchtung der Demokratien selber, die verdacht, wie am Tage vorher, das Refusat der Abstimmung über ihren Missbilligungsantrag entgegennahmen. Dies um so mehr, als der Reichstag unmittelbar vorher ihren Hindenburgantrag, der das Schreiben des Reichspräsidenten „begüßt“ und vom Reichstag verlangt, die „gegebene Anregung zur Schaffung einer Einheitsflagge in vereinheitlichtem Sinne einzuführen.“ Also wenigstens 25 Prozent Schwarzweizrot.

Trotz allen Theaterdonners haben die Demokraten, wenngleich in ihrer Mehrheit, den Sturz ihres Peinigers wahrschäsig nicht gewollt. Abgesehen davon, daß ihr Missbilligungsantrag einen Kampf von vierstündiger Dauer erforderte und daß auch dann Herr Koch mit nur 16 gegen 13 Stimmen „siegte.“ (Der Vertreter der Leipziger Demokraten Prof. Dr. Goeh war schon vor der Entscheidung abgereist.) Am Ende der vergangenen Woche hatte sie mutig den Beschluss gefasst, zwar kein eigenes Mitherausvotum einzubringen, wohl aber erklärten sie sich bereit, ihre Stimmen auf ein solches von sozialistischer Seite vereinigen zu wollen, wenn nur die Bereitschaft vorhanden wäre, in die kommende Regierung einzutreten. Das ist geschehen, gegen unsern Willen, aber in der Absicht, den Reichsbannerträgeren das Rückgrat zu steifen. Selbst aber die Liebeserklärung des Reichskanzlers an die Schwarzweizroten hatte nicht genügt, sie zu einem offenen Bekenntnis gegen die Antirepublikaner zu bringen. Um die Naturgeschichte dieser Schwarzrotgoldenen zu erkennen, ist es unbedingt erforderlich, sich den demokratischen Antrag nochmals vor Augen zu führen. Er lautete:

„Der Reichstag missbilligt die Haltung des Reichskanzlers, der durch sein Verhalten in der Flaggensfrage eine Gelösung in dieser Frage erzwungen hat und in jüngster Zeit einen neuen Konflikt ohne Not heraufbeschworen hat.“

Im Artikel 54 der Verfassung wird geajagt: Die Regierung (Reichskanzler und Reichsminister) bedürfen das „Vertrauen“ des Reichstages.

Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluss sein Vertrauen entzieht.“

Der angenommene Antrag der Demokraten „missbilligt“ nur „die Haltung des Reichskanzlers“, er entzieht ihm nicht „ausdrücklich... sein Vertrauen“. Herr Dr. Luther hätte sich schließlich an diesen von den Demokraten dargereichten Strohalm klammern können, trotz der Siede, die er ihnen

versetzte. Er ist dennoch zurückgetreten und mit ihm sein Kabinett. Insgeheim hofften diese Hütter von Schwarzweizrot, daß selbst dieser „Missbilligungs“-Antrag fallen würde, da durchaus damit zu rechnen war, daß die Kommunisten — weil er ihnen nicht weit genug ging — diese Formulierung ablehnen, oder sich wenigstens der Stimme enthalten würden. Sie haben den Demokraten diesen Gefallen nicht getan, obwohl, wie aus einer Erklärung Stöckers zu ersehen war, diese Spekulation mancherlei für sich hatte. Unter dem Regime

Koch füllten wären die lutherfeindlichen Lutherfreunde wahrscheinlich nicht getragen worden.

So belästigten sich die Demokraten als Arzt wider Willen. Dr. Luther ist gestürzt und dies, nachdem zwei offene Mitherausvoten, dank der Haltung dieser Demokraten, abgelehnt worden waren. Erst dann stolpernde der Vertreter Hindenburgs über die „Missbilligung“, die ihm mit 176 gegen 146 Stimmen ausgesprochen wurde.

Jedoch was nun? Die Republik, noch weniger die Arbeiter-

## Militäraufstand in Polen.

### Warschau in den Händen Piłsudski.

WTB-Berlin, 13. Mai.

Bon der polnischen Grenze erfahren wir aus zuverlässiger Quelle: Am Mittwochnachmittag ist es in Warschau zum Ausbruch der Revolution und zu Straßenkämpfen gekommen. Es gab viele Tote und Verwundete. Piłsudski-Truppen haben das Schloß, das Ministerpräsidium und das Ministerium des Innern besetzt und sind auf dem Marsche nach Belvedere. Die telefonische Verbindung mit Warschau ist unterbrochen.

\*

SPD-Berlin, 14. Mai. (Radio.)

Die telephonischen Verbindungen sind nach wie vor unterbrochen, so daß alle vorliegenden Meldungen über die Kämpfe in der polnischen Hauptstadt zwischen Piłsudski und den Regierungstruppen auf indirekter Übermittlung beruhen. Aber auch diese Meldungen bestätigen übereinstimmend, daß Piłsudski die Stadt Warschau vollkommen beherrscht, ohne daß jedoch eine endgültige Entscheidung über den Ausgang seiner Aktion vorliegt. Sie hängt von dem Ergebnis der Kämpfe ab, die vorläufig noch in vollem Gange sein sollen. Es verlautet, daß die Mehrheit der Truppen auf der Seite der Regierung steht und vorläufig nur zwei Infanterieregimente und zwei Kavallerieregimenter zu Piłsudski übergegangen sind. Auch im Innern Polens liegt der Telephonverkehr still, weil man den außländischen Truppen jede Gelegenheit nehmen wollte, ihr Nachschub zu sorgen.

Dagegen soll die Regierung aus den verschiedensten Teilen Polens, insbesondere aus dem Bezirk Posen, große Truppenmassen in der Richtung auf die Hauptstadt Warschau konzentriert und die Absicht haben, erst nachdem die Truppen angelangt sind, einen Generalangriff gegen Piłsudski zu unternehmen. Der Staatspräsident hat inzwischen eine Botschaft an die Nation und an die Armee gerichtet, in der lediglich von dem Stand der Lage Kenntnis gegeben wird. Es ist auffallend, daß sich die Aufführung nicht direkt gegen Piłsudski richtet.

Der Besuchung Warschaus durch die Anhänger Piłsudski gingen schwere Kämpfe voraus, die nach den hier vorliegenden Meldungen aus Prag und von der deutsch-polnischen Grenze große Opfer kosteten. Es werden bisher 18 Tote, darunter 2 Offiziere und etwa 80 Verwundete gemeldet. Die außländischen Truppen begegnen

zunächst sämtliche Regierungsgebäude, die von den Ministern und Beamten verlassen worden waren. Die Mitglieder des Kabinetts haben sich sämtlich in das Belvedere-Palais aufgezogen. Auch das Parlamentsgebäude ist inzwischen in den Händen der außländischen Truppen gelangt. Die Warschauer Jäger, in der sich noch regierungstreue Truppen befinden, hat sich dem Marshall Piłsudski ebenfalls ergeben. Außerdem ist von seinen Anhängern das Hauptpostgebäude mit der Telephonzentrale besetzt.

Im Zusammenhang mit den Meldungen über die Vorgänge verlautet, daß Piłsudski dem Präsidenten der Republik ein Ultimatum gestellt und die sofortige Gesandtschaft des Kabinetts Witos gefordert hat. Der Präsident soll von dem Rücktritt der Regierung selbst abgeraten haben, und als dann am nächsten Morgen die Truppen Piłsudski von der Vorstadt Praga in Warschau einmarschierten und auf der Poniatowski-Brücke anfanden, erschien anähnlich bei den Vorposten der Präsident persönlich und übergab ein Schreiben an Piłsudski, in dem dessen Unterwerfung gefordert wird. Der Marshall lehnte das ab und kurz darauf sollen die ersten Feuergefechte mit dem tragischen Ausgang begonnen haben. Gleichzeitig wurde der Regierungskommissar der Stadt Warschau von Piłsudski seines Amtes enthoben, der auch das Hauptkommando der städtischen Polizei und andre maßgebenden Ämter bekleidet ließ.

Am Donnerstagabend konzentrierte sich der Hauptstoss der Außländischen gegen den Haupthof der Regierung, das Belvedere-Palais. Kämpfe finden aber nicht statt, da man nach den hier vorliegenden Meldungen scheinbar stillschweigend einen Waffenstillstand geschlossen hat. Vorläufig soll Piłsudski entschlossen sein, das Präsidentenpalais nur zu zerstören, um die Regierung zur Demission zu zwingen und dann im Einverständnis mit dem Staatspräsidenten an die Neuordnung der Dinge zu gehen. Die Arbeiter- und Soldaten sind zweitweise auf der Seite Piłsudski. Es wird u. a. gemeldet, daß die sozialistischen Eisenbahngewerkschaften bereits einen Aufstand zum Streik erlassen haben. Auch das Zentralkomitee der polnischen Sozialdemokratie hat angeblich einen Aufstand erlassen, in dem gegen die Regierung Stellung genommen und darauf beharrt wird, daß eine neue Regierung gebildet wird.

In Lemberg, Krakau und anderen Städten der Provinzen werden Demonstrationen für Piłsudski veranstaltet. Auch in Krakau demonstrierte eine von den Sozialdemokraten einberufene Versammlung für Piłsudski.

Wie WTB aus Katowitz meldet, ist am Donnerstag über Polisch-Oberschlesien der Belagerungszustand verhängt worden.

### Die Regierung geflüchtet?

Nach den neuesten unkontrollierbaren Meldungen von der oberösterreichischen Grenze ist die Regierung nach Skiermietz geflüchtet, nach andern Berichten soll sie sich in Fabianowice aufhalten. Das Belvedere ist vollständig besetzt. Es wurde ein Triumvirat gebildet, an dessen Spitze Witos und die Generäle Radwanowski und Jagorksi stehen. Der Kriegsminister der Wiss.-Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem er den Befratern den Kampf anträgt. Sämtliche regierungstreuen Regimenter sind zum Marsch nach Warschau alarmiert worden. Die Regierung hofft, daß Warschau durch diese Truppen entlastet wird. Der Führer der rechtsgerichteten Truppenteile im Gebiet von Polen, Sołtakowski, hat sich am Donnerstagmorgen 1 Uhr erhoben, da er die Verantwortung für den Bruderkampf, der unvermeidlich ist, nicht tragen wollte. Nach andern Nachrichten soll er durch einen unglücklichen Zufall erschossen worden sein. Der Tod des Generals Sołtakowski hat in militärischen Kreisen große Beifall und Zustimmung hervorgerufen. Am Nachmittag sollen einzelne Truppenteile in Krakau einen Aufstand versucht haben, der aber durch energisches Eingreifen verhindert worden sei. In der Provinz soll jetzt alles tuh sein.

Wie an der Grenze angekommene Reisende aus Polen berichten, soll Piłsudski den Präsidenten der Republik, Wojciechowski, gesangen genommen haben, da dieser mit den Generälen Sikorski und Haller gemeinsame Sache gemacht habe.

### Französische Befürchtungen.

Wie der Soz. Presse Dienst aus Paris meldet, befürchten Pariser Blätter, daß die Handlungswelt Piłsudski Polen in einen Bürgerkrieg stützen würde, der umso zählerlich für das junge Staatswesen sein werde, als die allgemeinen Zustände in Europa gegenwärtig höchst verwirrt seien. Man sieht aus diesen Kommentaren die Befürchtung heraus, daß die inneren Zwistigkeiten für Frankreich das Bündnis mit Polen verloren machen würden.



Der Kanzler während der Rede Westarp's.

Klasse weint dem „Unpolitischen“ auch nur eine Träne nach. Sein Sündenkonto ist so groß, daß es nicht eines Wortes mehr bedarf. Indes nur einer geht, die anderen können bleiben. Herr Dr. Luther wird in die Wüste geschickt für Handlungen, an denen die Stresemann, Kühl, Marx, Gehler, Haslinde, Curtius a tutti quanti nicht weniger schuldig sind. Noch am Montag haben sie sich in der Flaggenfrage mit ihrem Herrn und Meister solidarisch erklärt. Herr Luther geht, und alle seine Helfershelfer bleiben? Ist das die Lösung? Soll Stresemann an Luthers Stelle treten, der offen für die schwärzweissroten Farben warb? Er ist der eigentlich Verantwortliche für den Flaggenerlaß. Oder ist Dr. Gehler der geeignete neue Mann? Hindenburg hat das Erbstück aller Kabinette, den unglückseligen Gehler, aus dem Urlaub zurückgeholt? Er soll nunmehr an Luthers Stelle treten? Das wäre der Teufel an Stelle des Beelzebub.

Doch welche anderen Lösungen bleiben übrig? Nur drei, wenn man die parlamentarische Regel der Tri als das gegeben nimmt. Zunächst die Verbreiterung nach rechts, wogegen freie Ministerposten, wie Herr Westarp längst nur allzu deutlich erkennen ließ, unabdingt erforderlich sind. Sollen die Demokraten auf dem Altar der Deutschnationalen geopfert werden? Sie hätten viel mehr verdient als dies. Daß Westarp bereits beim Reichspräsidenten war, hat Herr Koch in seiner Rede recht deutlich zu erkennen gegeben. Der Bürgerblock, ob mit oder ohne die Demokraten, liegt auf dem Wege der historischen Entwicklung. Die Konturen dieses neuen Gebildes sind schon deutlich zu erkennen.

Neben dem Rechtskabinett bleibt nur die Möglichkeit der Fortführung einer bürgerlichen Minderheitsregierung der Mittelparteien, das schlecht verhüllte Feigenblatt der Reaktion. Weiterhin die Verbindung von Stresemann bis Breitscheid, die Große Koalition. Jeder Kenner weiß, daß dieser Plan abermals ernsthaft erwogen wird. Der Beschuß der Sozialdemokratischen Fraktion ist ein Meilenstein auf diesem Wege. Die Volkspartei bleibt, hoffentlich auch in den kommenden Wochen, dieser Lösung ungeneigt, sie betrachtet sich schon längst nur noch als den linken Flügel der deutschnationalen Fraktion, wodurch nicht behindert wird, daß auch in der sozialdemokratischen Partei diese Lösung noch immer ihre Mandate hat. Bleibt die Weimarer Koalition, die aber ohne die Duldung entweder durch die Volkspartei oder die Kommunisten nicht leben, dafür schneller aber sterben kann. Mit dem Wachsen der Klassengegensätze wird die Kluft zwischen Volkspartei und Sozialdemokrat unüberbrückbar tief. Jede Verbindung mit der Partei des Wahlkaisertums ist untragbar für die Sozialdemokratie, wenn nicht der Vollsenscheid im voraus diskreditiert und die Klassenvertretung der Arbeiterschaft eine ebenso lägliche Rolle spielen soll, wie unter Luther die Demokraten. Damit würde der hoffnungsvolle Aufstieg der sozialdemokratischen Bewegung fühlbar und erneut unterbunden. Jede Koalition mit der Volkspartei, ob offen oder versteckt, verdammt die aktive Teilnahme von Sozialdemokraten im voraus zur Fruchtlosigkeit. Indes wir führen, daß gerade die zur rechten Zeit aufgedeckten Putschpläne der Wisinger und der Behrwolfsteute dem Gedanken etwa einer „republikanischen Konzentration“ stärkste Unterstützung verleihen wird. Wir unterschätzen die Tätigkeit Otto Brauns keineswegs, aber ein einziger Blick in die Organe der Volkspartei genügt, um zu erkennen, inwieweit mit diesen Leuten die Republik zu schützen möglich wäre. Die Volksparteier sind nur verlappt, dafür aber um so gefährlicher. Monarchisten, die den Brief Hindenburgs immerdar präsentieren werden.

Demzufolge bliebe — als tragbar für die Sozialdemokratie — die Weimarer Koalition unter Duldung der Kommunisten. Die Vereinschaft Stöters dürfte in dieser Aera zu erlangen sein. Wer aber wagt zu hoffen, daß dieser Gedanke bei dem Zentrum auch nur erwogen würde? Aus diesem Grunde scheidet diese Lösung im vorhinein aus. Es bleibt ein Rechtskabinett, oder die Große Koalition. Beide sind für die Arbeiterklasse gleichermassen unakzeptabel. Die Koalition der Mitte unter Stresemann, oder gar Dr. Gehler, wäre die Versängerung des Lutherturms unter einem noch schlechteren Firmenschild. Demzufolge bleibt als ultima ratio die Auflösung des Reichsparlaments, zu der aber gerade in dieser Zeit keine der bürgerlichen Parteien zu bewegen sein dürfte. Nichtsdestoweniger bleibt das gesamte Interesse des Proletariats auf diese Lösung konzentriert.

\*

Der Soz. Pressedienst teilt mit:

Nachdem führende Persönlichkeiten des Zentrums am Mittwoch mit der Sozialdemokratie Führung genommen hatten, sind sie am Donnerstag an die Deutsche Volkspartei herangetreten. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Aussichten auf die Verantwortlichkeit der Großen Koalition gänzlich Null sind. Die Volkspartei sieht, wie wir hören, die Bedingung, daß die Sozialdemokraten auf den Volksentscheid verzichten, und das ist natürlich überhaupt nicht zu diskutieren.

Als das wahrscheinlichste kann gelten, daß die alte Minderheitskoalition mit einem neuen Kanzler bleibt.

## Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die Besprechungen im Beirat der Reichsarbeitsverwaltung über die neue Regierungsvorlage zur Erwerbslosenfürsorge brachten im wesentlichen eine Verstärkung des Beschlusses, den der Reichswirtschaftsrat zu der von den Gewerkschaften geforderten Zwischenlösung gefaßt hat. Die Regierungsvorlage enthält eine Lohnklassenstaffelung von einem Einheitslohn von 12 Mark über 15, 21, 27 bis zu 33 Mark. Sie will grundsätzlich nur 40 Prozent des Einheitslohnes als Unterführung geben und für die jugendlichen Arbeitslosen bis zu 18 Jahren in den Lohnklassen III, IV und V nur 35 Prozent. Der Sozialrat für die zulagsberechtigten Angehörigen soll 5 Prozent betragen. Demgegenüber hält der Beirat an einer Lohnklassenstaffelung bis zu 40 Mark Einheitslohn fest, und zwar sollen für die unteren Klassen 50 Prozent und für die beiden oberen 40 Prozent des Einheitslohnes gegeben werden. Ebenso verlangt der Beirat die Beleichtigung der Bedürftigkeitsprüfung und für die zulagsberechtigte Frau des Arbeitslosen 10 Prozent, ihr jedes Kind 5 Prozent.

Die Unternehmer erklärten, grundsätzlich mit der Lohnklassenstaffel einverstanden zu sein, aber nicht mit ihrer soziologischen Einführung, weil sie im Augenblick angeblich einen Sprung ins Dunkle bedeutet. Sie forderten jerner Rückzug zu den Unterführungsstufen nach der Regelung vom 17. Dezember v. J. Damals erfolgte die erste Erhöhung der Unterführungsstufe. Schließlich verlangten die Unternehmer die Beseitigung des Unterschieds zwischen dem zweiten und dritten Wirtschaftsgebiet, d. h. zwischen Rheinland-Westfalen und Berlin.

Die Regierungsvorlage geht jetzt an den Reichstag, zunächst zu dem Zweck, um eine Stellungnahme des Sozialpolitischen Ausschusses herbeizuführen. Wie wir erfahren, sollen die Beratungen des Reichstages noch in dieser Woche, wahrscheinlich am Freitag, beginnen. Sache des Reichstages wird es nun sein, die Regelung der Zwischenlösung auf dem Wege der Gesetzgebung vorzunehmen.

# Plut den Bahnen Mussolini.

## Auflösung radikaler Organisationen.

Der Amstiller Preußische Pressedienst meldet: Die Tätigkeit der preußischen Verbände, die in letzter Zeit die Dissenlichkeit wiederholt beschäftigte, wird, wie bereits seit einiger Zeit erkennbar ist, von einem Kreis politischer Persönlichkeiten noch außen unsichtbar gelebt. Die Durchsuchungen ergaben, daß dieser Kreis einen neuen Plan für die Herbeiführung der Diktatur festgelegt hat. Dieser Plan sollte dadurch ermöglicht werden, daß nach dem Krieg über lang zu erwartende Rücktritt der gegenwärtigen Regierung — gebahnt war vor allem an die Regierung von Lübeck — eine vom Reichspräsidenten ernannte Regierung von Außen seither noch Ablehnung eines Vertracnoumets des Reichstags aussöhnt und die Zeit bis zur Neuwahl zur Mobilisierung der preußischen Verbände im Rahmen der Reichswehr nutzt. Sosehr eine genügend starke Haushalt bereit stand, bestätigte man, nach freiwilligem Rücktritt des Reichspräsidenten, an dessen Stelle verfassungsmäßig der Reichspräsident zu treten hätte, die Diktatur herbeizuführen. Das erste Manöver ist der Regierung ja die Ablösung der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 und der Länderverfassung vor.

Die für die Durchführung dieses ungeheuerlichen Plans vorbereiteten Männer sind:

der Bürgermeister von Lübeck, Dr. Neumann, als Reichskanzler,

Geheimrat Hugenberg als Reichsfinanzminister,

der Industrielle Dr. Wegener aus Kreuth in Bayern als Reichsinnenminister,

General von Möhl als Reichswehrminister.

der Vorsitzende der rheinischen Landwirtschaftskammer und Führer der rheinischen Bauernvereine, Dr. Freiherr von Büning in Bonn als Ernährungsminister.

\*

Der Vorwärts veröffentlicht im Wortlaut die von den Putschplänen vorbereitete Verordnung, die sie nach dem Gelingen ihres Putschs erlassen wollten. Die ersten Paragraphen dieser Verordnung lauten:

S 1.

Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (RGBl. S. 1883) und die nach dem 9. November 1918 erlassenen Verfassungen der Länder und aller kommunalen Verbände sind aufgehoben.

S 2.

Der Inbegriff der Staatsgewalt, das Recht der Gesetzgebung, Verwaltung und Vollstreitung, sowie die obere Bevollmächtigte auf den Reichsvorwesel übergegangen, der sie nach Bedarf an nur ihm verantwortliche Amtsinhaber überträgt.

S 3.

Alle auf Grund der in S 1 genannten Verfassungen gewählten parlamentarischen Körperschaften in Reich und Ländern einschließlich aller auf Wahlen beruhenden Vertretungskörpern in Provinzen, Bezirken, Kreisen, Gemeinden und Gemeindeverbänden sind aufgehoben.

Wer an einer hierauf aufgelösten Körperschaft weiterhin teilnimmt und wer zur Teilnahme auffordert, wird mit dem Tode bestraft.

\*

Die Aktivität der putschistischen Verbände war den preußischen Behörden schon lange kein Geheimnis mehr. Man wußte, daß die Reichsorganisationen die fortgelebte Konsolidierung der Republik mit steigender Sorge betrachteten und das Ziel verfolgten, die Konsolidierung zu unterbrechen, um eines Tages einen erfolgreichen Gewaltstoss gegen die Verfassung von Weimar und das auf sie aufgebauende Staatsleben der Gegenwart zu machen. Es waren u. a. Mitglieder der putschistischen Verbände, die insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen die amtlichen Stellen auf die drohenden Gefahren aufmerksam machten, so daß die Polizei in der Lage war, jede Einzelmaßnahme des Wiking-Bundes, des Werwolfs und anderer Organisationen eingehend zu verfolgen. Es in den letzten Tagen erwies sich eine Gegenaktion der amtlichen Stellen als erforderlich. Sie wurde veranlaßt durch die in den Bezirks der amtlichen Stellen gelangte „Notverfassung“ der Putschisten, nach der im Falle einer Gewaltanwendung gegen die heutige Staatsform die Verfassung des Reiches und der Länder außerhalb Krafs gezeigt werden sollte. Reichstag und Landtage für aufgelöst erklärt wurden und tief einschneidende Maßnahmen gegen das Wirtschaftsleben geplant waren, um der Gegenrevolution die Macht zu schenken. Alle republikanischen Zeitungen lollten nicht nur verboten, sondern völlig eingestellt und die rechtsgerichteten Blätter vorläufig unter Jansur gestellt werden. Es war weiter die Stilllegung des gesamten deutschen Fernsprechnetzes, der Telegraphie und des Funkwesens, die Verhaftnahme der Banken und der Vermögen jüdischer Staatsbürger sowie deren Internierung vorgesehen. Den Parteien und Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer war die sofortige Auflösung und damit verbundene natürlich die Verhaftnahme ihres Vermögens zugedacht. Alle Abwehrmaßnahmen gegen die Putschisten sollten mit dem Tode durch Erhängen oder Ertricken bestraft werden.

Die von der Berliner Kriminalpolizei vorgenommenen und in einzelnen Teilen des Reiches, wie im Rheinland, veranlaßten Haussuchungen bei maßgebenden Führern der Reichsorganisationen bestätigten, daß die in den Bezirks der preußischen Regierung gelangte „Notverfassung“ nicht das Machwerk legenden untergeordneten Putschisten ist, sondern von den führenden Persönlichkeiten ausgearbeitet war. Der Vorsitzende des Altdutschen Verbandes, Cloß, bei dem u. a. gehausacht wurde, hatte das Original dieser „Notverfassung“ in seinem Schreibbüro liegen. Man fand bei ihm außerdem anderes Material, das die Aktion der Polizei und das Verbot bzw. die Auflösung der beteiligten Verbände durch die preußische Regierung völlig rechtfertigte. U. a. gelangte die Polizei in den Besitz eines Briefwechsels mit dem Kaiser in Doorn, an Hand dessen Jansur festgestellt ist, daß die ehemalige kaiserliche Familie mit den Putschisten engste Führung hat und sie unterstützt. Der Vorsitzende des Altdutschen Verbandes, Cloß, hat von Wilhelm bereits in Form eines Bildes mit eigenhändiger Unterschrift die höchste, gegenwärtig vom Hause Doorn verliehene Auszeichnung erhalten.

Auch die anderen Haussuchungen führten zum großen Teil zu einem guten Erfolg. Der Vorsitzende des sogenannten Turnvereins „Olympia“, Oberst von Lüttich, befand z. B. einen erst in den letzten Tagen fertiggestellten Aufmarschplan gegen den Berlin. In ihm waren nicht nur genaue Angaben über die im gegebenen Falle zu benutzenden Tornatorien enthalten; ebenso genau sind die Einzelheiten über die von den Putschisten zu beschaffenden Papiere angegeben. Aus dem Briefwechsel, den die einzelnen führenden rechtsgerichteten Persönlichkeiten bisher miteinander getauscht haben, ergibt sich ebenfalls, daß eine gewaltsame Aktion gegen den Staat geplant war und hierzu die ältesten Jünglinge der verschiedenen Schwarzweissrotten Verbände benutzt werden sollten. Die Haussuchungen bei dem Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Offiziere, Admiral von Schröder, und bei dem Oberst Nicolai ergaben über das bereits gefundene Material hinaus nichts Neues. Schröder und Nicolai schaumt natürlich vor Wut, daß man ihnen einen Putsch zutraut und geben in der rechtsgerichteten Presse ihrem Entschluß Ausdruck. Nicolai besticht sich insbesondere auf seine Loyalitätsserklärung, die er dem preußischen Minister des Innern vor wenigen Wochen abgegeben hat und die nach seiner Außerung noch heute Gültigkeit haben sollte. Es kann gar kein Zweifel sein, daß sowohl Schröder wie Nicolai mindestens von den Plänen der Putschisten um Cloß unterrichtet waren.

Auffallend ist, daß die Deutsche Zeitung, bei deren Redakteur Major v. Sodenstern ebenfalls eine Haussuchung vorgenommen wurde, nicht im geringsten daran denkt, die Vorwürfe der Polizei gegen die rechtsgerichteten Organisationen zu bestreiten. Dagegen wollen die von dem Erzbischöflichen Clöß für die Putschisteneigung in Aussicht genommenen Persönlichkeiten, wie der Oberbürgermeister von Lübeck, Dr. Neumann, der Vorsitzende der rheinischen Bauernvereine Freiherr n. Lüttich von Büning von den Putschisteneigungen nichts wissen. Sie glauben gegen den Verdacht entschieden protestieren zu müssen. Die Proteste des als Reichsfinanzminister in Aussicht genommenen Dr. Hugenberg, des Großindustriellen Kirchoff und des Reichswehrministers von Putschisten Gnaden, des berüchtigten bayrischen Generals o. D. v. Möhl, der bei seiner Gelegenheit fehlten darf, stehen noch aus. Auch sie werden sich sicherlich in den nächsten Tagen melden und alles bestreiten, obwohl selbst der Oberbürgermeister von Lübeck angeben muss, daß ihm Clöß einen Brief geschrieben hat. Das gleiche trifft auf die anderen in Aussicht genommenen Putschisten-Minister zu. Die Aktion der Polizei gegen sie hatte deshalb ebenfalls ihre guten Gründe.

Inzwischen ist der Hauptverdächtige, Oberst von Lüttich, der den ganzen Freitag über von der Berliner Kriminalpolizei nach einem langen Verhör in Haft genommen wurde, von dem deutschnationalen Verhnehmungsschreiber im Polizeipräsidium auf freien Fuß gelegt worden, und zwar mit einer Begründung, die äußerst verdächtig erscheint. Der deutschnationalen Richter stellt dem Putschisten Clöß zugute, daß er geglückt habe, im Interesse der Reichswehr zu handeln. Da aber hochverräterische Pläne der Reichswehr nicht erüttelten, wollte er der Haftbefehl gegen Lüttich nicht bestätigen. Was hat die Reichswehr auf einmal mit den Putschisten zu tun? Steht sie den Absichten der Herren Hugenberg, Clöß usw. fern, dann ist die Verurteilung des deutschnationalen Verhnehmungsschrebers auf die Reichswehr unbegründet und infolgedessen mußte von Lüttich, weil er ernsthaft im Verdacht des Hochverrats steht, in Haft bleiben. Ist das Gegenteil wahr, dann müßte Lüttich ebenfalls in Haft bleiben und dann hätten wir neben dem Putschistenaufstand noch einen Standort der Reichswehr. Jedenfalls dürften diese Dinge noch ein parlamentarisches Nachspiel haben, und zwar mit dem Zweck der Aufklärung und nicht, wie es die Böllischen und Deutschnationalen wollen, zur Verdunkelung der ganzen Affäre.

\*

SPD. Essen, 13. Mai.

In Verbindung mit den bekanntgewordenen Putschplänen haben umfangreiche Haussuchungen bei Generaldirektor Dr. Bögerl, Dortmund, Geheimrat Kirdorf, Mülheim, Bergrat Dr. Winkelhausen, Essen, dem Vorsitzenden des Bergbaulichen Vereins, Generaldirektor Wissel, Essen, dem 2. Vorsitzenden des Bergbaulichen Vereins und Dr. v. Löwenstein, dem Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins statthaft gefunden. Angeblich sollen die Haussuchungen negativ verlaufen sein. Sie haben in industriellen Kreisen außerordentliche Erregung hervorgerufen. Es ist beobachtet, daß zu einem politischen Standort ersten Ranges aufzufüllen. Von großindustrieller Seite wird in Informationen an die Pressevertreter erwähnt, daß es sich bei der ganzen Haussuchungssaturation durch die preußischen Behörden nur darum handle, um jeden Preis bestehendes Material gegen eine Anzahl rechtsgerichteter Großindustrieller zu beschaffen.

\*

WIB. Bonn, 12. Mai.

Heute vormittag 6 Uhr wurde von fünf Kriminalbeamten aus Berlin, Köln und Bonn im Auftrage des Polizeipräsidiums Berlin in der Wohnung des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer, Freiherrn v. Lüttich eine über eine Stunde dauernde Haussuchung wegen dringenden Verdachts des Hochverrats vorgenommen.

Auch die Diensträume in der Landwirtschaftskammer wurden durchsucht.

\*

Der preußische Minister des Innern hat den Verein „Olympia“, den „Wehrbund Ostmark“, deutschnationaler Jugendbund, e. V., und den Bund „Wiking“ aufgelöst und verboten. Der Berliner Polizeipräsident hat am Donnerstag die Bureaus verschiedener Verbände schließen und ihre Bücher beschlagnahmen lassen. Inzwischen sind auch die Bankkonten der Organisationen gesperrt worden, um das Vermögen der Verbände sicherzustellen.

\*

SPD. Altona, 12. Mai.

Der in die jüngsten Putschpläne verwickelte Altoner Bürgermeister Dr. Neumann läßt erklären, daß er an dem Putschplan nicht beteiligt sei, nichts von ihm gewußt habe und ihn auf entschiedenster Verurteilung. Andererseits müßte Dr. Neumann aber zu einem Standort Clöß, der Führer der Altdutschen, in einem Brief an ihn gewandt hat, um ihm für die Ziele der Rechtsputshälfte zu gewußt haben, daß es sich um ein verfassungswidriges Vorgehen handeln sollte.

\*

SPD. Berlin, 14. Mai (Radio).

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag haben nach einer Meldung der Potsdamer Zeitung in der Teplitzer Gegend die Rechtsverbände einen Appell abgehalten, um dort verborgene Waffen auszugeben. Die Ausgrabungskommandos sollen mit mehrfachen Sicherungslinien umgeben gewesen sein. Gegen Personen, die die Vorräte beobachtet hätten und die verdächtig erschienen, seien Schüsse abgegeben worden, die jedoch niemand verletzten. Vorläufig ist die eingeleitete Unterjagung noch nicht abgeschlossen.

## Die Hamburger Bürgerschaft gegen Schwarzweissrot.

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft hatte aus Anlaß der Flaggenverordnung der Reichsregierung an den Senat die Frage gerichtet, ob ihm bekannt sei, daß Senator Dr. Burchard-Mohr bei der Reichsregierung für den Erlass einer solchen Verordnung wirkte und ob der Senat dieses Verhältnis billige. Am Mittwoch antwortete der Senat, daß Burchard-Mohr diese Schritte als Privatmann ohne Wissen der hamburgischen Regierung unternommen habe und ihm die Identität seines Vorhabens bereits bekannt worden sei. Die sozialdemokratische Fraktion hatte dann einen Antrag eingereicht, der den Senat erfordert, bei der Reichsregierung nachzufragen, ob die Auseinandersetzung der Flaggenverordnung zu wirken. Bei der Besprechung dieses Antrages wurde von sozialdemokratischer und demokratischer Seite nicht nur Widerstand gegen den Erfolg Stellung genommen, sondern auch gegen die hamburgischen Kreise, die die Reichsregierung zu ihrem Vorzehen erkannt haben. Mit 87 gegen 55 Stimmen wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen und ebenso ein demokratischer Antrag, der den Senat auffordert, sich nachdrücklich für die Wahrung der verfassungsmäßigen Reichsflagge Schwarzrostgold einzutreten und den hamburgischen Vertreter im Reichsrat entsprechend anzuweisen. Damit hat Hamburg offiziell die Treiber desanoniert, die glauben machen wollten, Hamburg als Ausgangshafen des deutschen Weltverkehrs fordere die Handelslogge für die Auslandsvertretung.

## Niederlage des litauischen Regierungsblocks.

Aus Kaunas wird gemeldet: Nach dem vorläufigen Ergebnis der Wahlen zum litauischen Sejm wurde der bisherige Regierungsblock 29 Sitze gegen 23 bisher erhalten. Dem stehen 56 Sitze der übrigen Parteien, einschließlich der Minderheiten und der memeländischen Abgeordneten gegenüber.

## Zum Ergebnis des englischen Streiks.

„Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.“ Dass der englische Generalstreik als eine große politische Aktion zu werten ist, wird niemand bestreiten. Wenn ein Streik, und dazu noch solchen Umfangs wie der englische, auf Abbruch gestellt wird — es bleibt sich gleich, ob diese Parole vorerst befolgt wird —, dann drängt sich bei all den Arbeitern, die ihn geführt und unterstützen haben, die Frage nach dem Erfolg auf. Und zwar ist hier nur jener ins Auge gesetzt, der sich auf den unmittelbaren Zweck des Streiks, nicht auf seine politische und soziale Ausweitung erstreckt. Und wenn hier jenes Lassallese Wort seine Geltung auch für den Moment nach der Aktion erhält, dann wird man zu sagen haben, dass dieser unmittelbare Erfolg, den die englische Arbeiterschaft in ihrem Kampf zu erreichen glaubte, nicht erzielt worden ist. Die englischen Kohlenarbeiter erhielten von Seiten der Unternehmer ein Diktat, das ihnen verlängerte Arbeitszeit und Heraussetzung der Löhne geben sollte. Das Diktat wurde abgelehnt, die Kohlenarbeiter ausgesperrt, und das englische Proletariat versuchte die Solidarität durch einen Generalstreik. Heldenhaft schlug sich das englische Proletariat über eine Woche; noch am Dienstagabend wurden weitere 1½ Millionen Arbeiter zum Streik ausgerufen. Und so kam die Abbruchspalte um so überraschender. Die Basis, auf der man die Einigung erzielte, war ein Vorschlag des ehemaligen Palästinalenkmars und jetzigen Vorsitzenden der Kohlenkommission, Sir Herbert Samuel. Der Inhalt ist in der obigen Meldung wiedergegeben. Die Samuelschen Thesen sind als vorläufige Regelung durchaus nicht ungünstig für die englischen Kohlenarbeiter, gemessen an dem Unternehmerdiktat, das zur Ausperrung am 1. Mai führte. Die Löhne werden einstweilen nicht herabgesetzt, die Arbeitszeit vorerst auch nicht verlängert, und für die endgültige Regelung ist die Bildung eines nationalen Lohnamtes vorgesehen. Die Verhandlungen über die Behebung der Kohlenkrise werden wieder aufgenommen. Einzelheiten erhalten freilich die Unternehmer ihre finanzielle Stützung durch Fortzahlung der Staatssubventionen (im ordentlichen Budget ist für diese Zwecke auch ein Fonds vorhanden). Was diesen Vorschlag Sir Herberts nun in seiner Wirklichkeit beschränkt, ist, dass er vorläufig eben nur ein Vorschlag bleibt und seine Durchführung, wie nunmehr bekannt wird, keinesfalls von der englischen Regierung garantiert worden ist. Ob es zu einem Abbruch der Ausperrung der Kohlenarbeiter kommt, die noch weiter im Streik verharren, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, wie auch die Abbruchspalte des Generalstreiks noch keineswegs glatt befolgt wird. Inwieweit jener plötzliche Abbruch des Generalstreiks die Situation geblieben ist, etwas, was nicht wir, sondern die englischen Genossen selbst zu untersuchen haben. Erwähnt sei nur, dass der Sekretär der Bergarbeiter, Cool, erklärte, die Aufhebung des Generalstreiks sei ohne Befragung der Bergleute erfolgt.

So zeigt sich also das Fazit des englischen Generalstreiks, insoweit eben jene unmittelbare Zielestellung in Frage kommt. Und trocken glauben wir sagen zu können, dass dieser Streik eine ungeheure Bedeutung für die englische wie die internationale Arbeiterbewegung hat. Dieser Generalstreik ist und bleibt ein Glied der großen sozialen Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie in England. Mag man noch sorgsam sich bemüht haben, in amtlichen Deklarationen den „wirtschaftlichen“ Charakter des Generalstreiks zu betonen; es kommt nicht darauf an, was man von einer solchen Massenaktion des Proletariats aussagt, sondern was sie ist. Und für den Marxisten ist eine derartige mechanische Teilung in „wirtschaftliche“, „unpolitische“ und politische Aktionen eben nicht gut möglich. Dieser Generalstreik hat auf das glänzendste jene marxistischen Analysen über das Wesen des Massenstreiks bestätigt, die vor dem Kriege ange stellt wurden. Der Massenstreik hat seine Realität in der sozialen Totalität der proletarischen Klassenfeindseligkeit. Die ideologische Rückständigkeit des englischen Proletariats durchdringt die Notwendigkeit dieser Bedingung. Ein solcher Streik steht nun aber in Wechselwirkung mit diesen ideologischen Notwendigkeiten, und der Radikalisierungsprozess der englischen Arbeiterklasse, der sich auch in diesem ihr ersten Generalstreik Bahn brach, wird aus dem Ausgang des Streites den Antrieb zu dieser notwendigen ideologischen Klärung erhalten.

Aber noch in einem anderen besteht die gewaltige Lehre, die der englische Generalstreik dem Proletariat der ganzen Welt gibt. England gilt als das klassische Land der Demokratie. Der Generalstreik nun hat in so wunderbarer Deutlichkeit den Wert der bürgerlichen Demokratie erwiesen. Die Geschichte ist nach dem bekannten Wort Mehrings immer noch der beste Marxist. Nach zwei Seiten hin hat die Geschichte demonstriert: Zum einen wurde der Wert der bürgerlichen Demokratie als des besten Kampfesbodens für das Proletariat gezeigt. Wir meinen, dass eine solche ungeheure Aktion in einem Land, das nicht diese demokratische Kampfesarena bietet, nicht gut möglich gewesen wäre. Zum anderen hat die Geschichte gelehrt, dass auch in der bürgerlichen Demokratie der Staat Klassenkampf bleibt. Die Verhängung des Notzustandes durch die englische Regierung, die Organisierung der Streikbrecherbanden, der Aufmarsch des Militärs, leihen auch die Anordnung, die im Ausland gesammelten Streikunterstützungsgelder durch die Post nicht auszahnen zu lassen, sowie diese Gelder Zwecken dienen, die der öffentlichen Sicherheit oder den Lebensinteressen der staatlichen Gemeinschaft abträglich sind, schließlich die nunmehrige Annahme der Unternehmer — all dies hat gezeigt, wie die Bourgeoisie den demokratischen Staat zu benutzen weiß. Und während es noch viele Genossen gibt, die nicht wissen, dass der notwendige Weg der Arbeiterklasse die Diktatur des Proletariats ist, hat die englische Regierung die Demokratie außer Kraft gelegt und die Diktatur der Bourgeoisie unverhüllt erklärt.“ So kennzeichnete Mag. Adler am Mittwoch auf einer Landesbildungstagung der Sächsischen Sozialdemokratie in Dresden den englischen Demokratismus.

Und so meinen wir das, was wir zu Beginn des englischen Generalstreiks bemerkten, dass ganz unabhängig von dem unmittelbaren Ausgang der englische Generalstreik eine ungeheure politische und soziale Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung besitzt, auch nunmehr wiederholen zu dürfen. Die psychologische Wirkung, die der englische Streik mit sich brachte, geht nach drei Seiten: das internationale Proletariat fühlt sich eins mit den kämpfenden englischen Arbeitern, das englische Proletariat selbst zieht aus diesem Streik zu mancher Lehre, und die englische Bourgeoisie mit ihrer Regierung sieht, welche Macht das englische Proletariat, wenn es kämpfen will, auszuüben vermag. Dies alles fördert den Prozess der Klassenscheidung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, und der englische Generalstreik verbleibt somit als eine Etappe im Befreiungskampf des internationalen Proletariats.

## Formeller Abbruch des englischen Generalstreiks.

### Der Kampf noch nicht beendet.

SPD. London, 12. Mai.

Der Streik ist am Mittwochnachmittag beigelegt worden. Neuheitlich hat es bei diesem Frieden weder Sieger noch Besiegte gegeben, während es bei einer Fortsetzung des Kampfes sicher nur noch Besiegte gegeben hätte. Die Überzeugung des Generalstreiks wurde auf Grund einer Formel verhindert, die bereits offiziell mit Sir Herbert Samuel erzielt worden war. Sie sichert den Bergarbeitern für die nächste Zeit die Aufrichterhaltung ihres Lebensniveaus und eine Wiederherstellung der allgemeinen Lage im Bergbau zu. Immerhin bleiben gewisse Schwierigkeiten zu überwinden; denn man hält es für denkbare, dass sowohl auf Seiten der Bergarbeiter als auch auf Seiten der Bergarbeiter eingesetzter Führer hartnäckig sich dagegen sträuben werden, auf die Vorschläge Sir Herbert Samuels, die er in seinem Memorandum entwarf, einzugehen. So ist die Frage der Mahregelung, die ebenso von Arbeitgeberseite den Streikenden als auch von den Gewerkschaften den Streikbrechenden Mitgliedern gegenüber geplant war, nicht gelöst.

SPD. London, 13. Mai.

Man darf sich im Auslande durch die Meldung vom offiziellen Abbruch des Generalstreiks nicht darüber täuschen, dass sich in den letzten 24 Stunden neue Entwicklungen vollzogen haben, die eine glatte Rücksicht auf Arbeit in Frage stellen. Der Generalstreik war vom Generalrat der britischen Gewerkschaften in dem Augenblick abgebrochen, als er seinen Höhepunkt erreicht hatte. Die Disziplin auf der ganzen Linie war noch ungebrochen, die Reserven waren nicht verbraucht. Der Generalrat hat im Gegenteil durch den in letzter Stunde erfolgten Aufruf eines Teiles der zweiten Linie gezeigt, dass er über die Möglichkeiten verfügte, seine Front noch weiter auszurollen. Der Transportarbeiterführer Cool konnte deshalb in der Besprechung, in der der Generalrat dem Ministerpräsidenten Baldwin den Abbruch des Generalstreiks mitteilte, mit Recht darauf hinweisen, dass der Entschluss des Generalrats nicht als ein Zeichen der Schwäche, sondern der Stärke zu betrachten sei.

Der Generalrat hat den Streik abgebrochen, weil er sich davon überzeugt hatte, dass in den Besprechungen mit dem früheren Vorsitzenden der Kohlenkommission Sir Herbert Samuel eine brauchbare Basis für die Fortführung des am 2. Mai abgebrochenen Verhandlungen gefunden worden war. Dieses Memorandum sieht eine Fortführung der Sicherung der Subventionen bis zum Abschluss der kommenden Verhandlungen, also für zwei bis drei Monate vor, für die Schlichtung aller zukünftigen Streitfragen wird ein Schiedsgericht vorgeschlagen; eine Verhandlung über Lohnabschleifungen soll bis zur Sicherung der Reorganisation überhaupt ausgeschlossen sein. Als bemerkenswertes Punkt der Einigung ist ein besonderer Schutz, der infolge der Reorganisation des Bergbaus arbeitslos werdenden Bergleute gegenüber sämtlichen arbeitslosen Arbeiterschichten eine materielle Vorzugstellung gibt, gesichert worden. Der Generalrat der Gewerkschaften hat sich für die nächsten vier bis sechs Wochen entschlossen, weil er zu der Überzeugung gekommen ist, dass sie unter den gegebenen Umständen das Höchstmöglichste erreichen darstellen. Objektiv gesehen bedeutet dieses Memorandum einen, wenn auch kleinen Fortschritt gegenüber den vor dem Streik erörterten Kompromissvorschlags insofern, als sie das Gutachten unter Herausarbeitung für die Bergarbeiter günstiger Punkte präzisiert. Eine Vorbereitung für die Durchführung dieser Vorschläge war, dass es der Autorität des Sir Herbert Samuels gelingen werde, die Regierung zu einer Annahme dieser Vorschläge zu veranlassen, die andere Voraussetzung ist die Annahme der Vorschläge durch die Bergarbeiter.

Hier treten die außerordentlich schwierigsten Faktoren des Augenblicks ein. Die Regierung hält sich an das Samuelsche Memorandum nicht gebunden, sie nimmt gegenwärtig eine abwartende Stellung ein. Auf der andern Seite haben die Bergarbeiter in ihrer Exekutive vom Mittwoch das Memorandum vorworfen. Das bedeutet aber, dass trotz des Abbruchs des Generalstreiks

die Ausperrung der Bergarbeiter fortduert und die Bergarbeiter entschlossen zu sein scheinen, ihren Kampf allein fortzuführen. Die auf Freitag einberufene Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter wird die legitime Entscheidung bringen.

Schon für die unmittelbaren Kämpfe, die die englischen Arbeiter nunmehr gegen den verstärkten Ansturm der Unternehmer durchzuführen haben, werden diese Lehren nicht ohne Einfluss zu bleiben haben.

### Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners.

SPD. Magdeburg, 14. Mai. (Radio)

Am Donnerstag versammelte sich in Magdeburg die Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners. Anwesend waren 300 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands. Der eigentlichen Versammlung voraus ging ein Aufmarsch von Zehntausenden des Reichsbannerhauses Magdeburg und eine Massenversammlung in der Ausstellungshalle für Stadt und Land. In der eigentlichen Generalversammlung wurde der Flaggenerlass Luthers stark befürwortet. Als Vertreter des Zentrums erklärte Ministerialrat a. D. Spieker, dass seine Partei heute mehr denn je von der Notwendigkeit des Reichsbanners überzeugt sei. Schließlich wurden als Vorsitzende der ersten Generalversammlung gewählt: Reichstagsabgeordneter Scheidemann, Reichstagsabgeordneter Graumann und der Bundesvorsitzende Hößling.

Die Generalversammlung hat ein umfangreiches Arbeitsprogramm zu bewältigen. Zunächst soll der Bundesvorstand, der bis jetzt lediglich im Rahmen einer örtlichen Magdeburger Institution existierte, vom „Reichs-Ausschuss“ und von den Delegierten des Reichsbannerhauses gewählt werden. Außerdem steht die Vorlegung einer aktionsfähigen politischen Zentrale nach der Reichshauptstadt zur Diskussion. Eine „Reichsbanner-Pressezentrale“ für die Berichterstattung aller das Reichsbanner interessierenden Nachrichten und Projektreiche, eine Reichszentrale der „lokalen Zeitung“, die Errichtung von Reichsbanner-Büchereien stehen weiter auf der Tagesordnung mit Problemen politischer Art, wie die „Flaggenverordnung“, die Stellung des Reichsbanners zu den Kreisgründen und den Volksräten, den Verbänden, die Hindenburg-Empfänge und das „Reichsdenkmal“.

### Dr. Kühl und die bayerische Denkschrift.

Der Demokratische Zeitungsdienst meldet: „Über die Stellungnahme des Reichsministers des Innern zur bayerischen Denkschrift sind mehrfach unrichtige Darstellungen erfolgt. So ist behauptet worden, dass Dr. Kühl durchaus der Meinung sei, man könne auf der Grundlage dieser Denkschrift in nächster Zeit in gemeinsame Vereinbarungen mit den Länderegierungen eintreten. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass der Reichsminister des Innern, Dr. Kühl, bereits in München den Standpunkt vertreten hat, dass über die in der bayerischen Denkschrift aufgeworfene Frage keineswegs allein mit der bayerischen Regierung verhandelt werden könnte, sondern dass, wenn überhaupt verhandelt werden würde,

Die Tragik der Situation liegt darin, dass es den Bergarbeitern aller menschlichen Voraussetzung nach nicht gelingen wird, allein Bedingungen zu erreichen, wie sie der Einzug von Millionen nicht erreichen könnte. Die andre außerordentliche Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation ist noch ernster. Bedeutet sie doch nicht mehr und nicht weniger die Möglichkeit, dass der gegenwärtige Streik, wenn auch nicht mehr als ein vom Generalrat zentral geleiteter Generalstreik, sondern als die Summe von Einzelstreiks der am Generalstreik beteiligten Gewerkschaften fortduert. So unbeschreiblich die Lage am Donnerstagabend ist, so unverkennbar ist, dass die Unternehmer, insbesondere der Eisenbahnen und sonstigen Transportunternehmungen, aber nicht nur diese, entschlossen zu sein scheinen, die bisherigen Kontrakte der Gewerkschaften als durch den Streik abgelaufen zu betrachten und die Wiederaufstellung der Arbeit von einer Reihe von Bedingungen abhängig zu machen wollen, die für die Gewerkschaften unannehmbar sind. Einzelne Unternehmergruppen haben den Arbeitern neue Kontrakte vorgelegt, die durch die Einführung einer Halbtariflösung ein für allemal unmöglich machen sollen, also den gesamten Charakter der nach Jahrzehntelangen Kämpfen durchgesetzten Arbeitsverträge untergraben würden. In andern Fällen haben die Unternehmer die Gelegenheit benutzt, den Arbeitern niedrigere Löhne als die vor dem Streik geltenden anzubieten. Unter diesen Umständen hätte sich der Generalrat veranlasst gefehlt, den Gewerkschaften zu raten, die Arbeit nur wieder aufzunehmen, falls die vor dem Streik geltenden Verträge wieder in Wirklichkeit treten.“

Die Folge ist, dass trotz des formellen Abbruchs die Wiederaufnahme der Arbeit nicht begonnen hat, und zwar mit der Konsequenz, dass die Lage am Donnerstagabend sich gegenüber dem Vorabend verschärft als verbessert hat. Ein industrieller Guerilla-Krieg, vor dessen Möglichkeit der Bergarbeiterführer Cool den Ministerpräsidenten erinnert hat, tritt auf der ganzen Linie in mittelbare Nähe. Es wird sich in den nächsten 24 Stunden zeigen müssen, ob ein Teil der Unternehmer der Geisterstrafline, vor der die Gewerkschaften des Königs und der Regierung gewarnt haben, verzagen sind, oder ob das Unternehmertum die moralische Voraussetzung, unter der der Streik abgebrochen worden ist, nämlich durch Missachtung den Gewerkschaften ein Kampf aufgeworfen wird, der im Gegensatz zum Subsidienstreik mit ungewöhnlicher Deutlichkeit geführt würde, weil jeder einzelne Arbeiter in eigener Sache und aus eigenem Selbstbehauptungstrieb kämpfen würde, anerkennt.

### Die Diktatur der Unternehmer.

Die Eisenbahner streiken weiter.

SPD. London, 14. Mai (Radio).

Der Generalrat der Gewerkschaften hat an die organisierten Arbeitnehmer Großbritanniens einen Aufruf gerichtet, der die Aufforderung enthält, die Arbeit lediglich auf Grund der Welsungen der Gewerkschaften wieder aufzunehmen. Die Gewerkschaften würden die Beibehaltung der alten Verträge sichern.

Die Eisenbahngesellschaften haben ihren zur Arbeit jurißiehrenden Arbeitern eine Formel zur Unterzeichnung vorgelegt, wonach sich die Gewerkschaften das Recht vorbehalten, ihre Angestellten in Zukunft wegen Kontraktbruchs zu verfolgen. Daraus hin haben die dort führenden Eisenbahngewerkschaften ihre Mitglieder angewiesen, bis zur Regelung der Streitfrage die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

SPD. London, 14. Mai.

Die Besprechungen zwischen den Direktoren der Eisenbahnen und den Vertretern der Eisenbahnangehörigen haben zu keinem Übereinkommen geführt. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt werden.

### Der Kohlenboykott der Arbeiter bleibt!

SPD. Amsterdam, 13. Mai.

Die Transportarbeiter-Internationale fordert die ihr angehörenden Arbeitern eine Formel zur Unterzeichnung vorgelegt, wonach sich die Gewerkschaften das Recht vorbehalten, ihre Angestellten in Zukunft wegen Kontraktbruchs zu verfolgen. Daraus hin haben die dort führenden Eisenbahngewerkschaften ihre Mitglieder angewiesen, bis zur Regelung der Streitfrage die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

### Die Stinnes-Gelder für die Sozialdemokratie.

SPD. In einem Prozess, den der nationalsozialistische Gerichtsreferent Dr. Hugo Wolf gegen unser Mainzer Parteiblatt angestrengt hatte, wurde am Mittwoch das Urteil verhängt. Dr. Wolf hatte in einer Versammlung in Worms die Behauptung aufgestellt, die Sozialdemokratie habe bei den Reichstagswahlen 1920 von Hugo Stinnes-Wahlgefähr in Höhe von 250.000 M. angenommen. Auf Grund dieser Behauptung wurde er von unserem Mainzer Parteiblatt schrift angeklagt. Wolf stellte Beklagung an, die mit einer Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs zu 200 M. endete. Wichtigster aber ist die Urteilsbegründung, in der ausgesprochen wird, dass die Behauptung, die Sozialdemokratie habe von Stinnes-Wahlgefähr genommen, durch die Zeugenaussage des Genossen Dr. Adolf Braun, dessen Glaubwürdigkeit über jeden Zweifel erhaben sei, absolut zu verneinen ist.

### Brunets Kabinettbildung misslungen.

SPD. Brüssel, 13. Mai.

Der mit der Kabinettbildung betraute sozialistische Kammerpräsident Brunet hat nach der Abholzung der Liberalen, sich an einem Kabinett zu beteiligen, den ihm erteilten Auftrag an den König zurückgegeben. Ein neuer Auftrag ist vorläufig nicht ertheilt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Kurt Günther in Leipzig.  
Verantwortlich für den Interessen Teil: Hugo Schippan in Leipzig.  
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Wetter- und Sozial-Märkte  
Mode- und Geschäft  
in Löden - Gummi - Oelbatist - modernen Stoffen  
**Windjacket, Sport- und Reise-Kleidung**  
Einzelformen Jacken, Joppen, Sport- u. Land-Hosen

Für die Abonnenten des Ost- und Südbayrischen liegt der heutige Nummer ein Projekt vom Ausbau Geb. Bergmann, L.-Volkmarstraße, Eisenbahnhof, 84 (Gierichstraße), bei.

Diese Nummer umfasst 16 Seiten.



## Sport-Begeisterung!

Wanderer, Radfahrer, Automobilisten, Segler, Tennis-, Golf-, und Fußballfreunde, sie alle haben sich an den schönen Frühlingstagen wieder für Natur und Sport begeistert. Die größte Begeisterung schwindet jedoch rasch, wenn die Ausrüstung den Strapazen nicht gewachsen ist oder die nötige Bewegungsfreiheit nicht zulässt. — Unsere Sportkleidung ist der Eigenart eines jeden Sports in Form, Stoff und Machart angepaßt. Sie nimmt in der Form auf die heutige Mode und im Preis auf die geschwächte Kaufkraft Rücksicht.

Sport-Anzüge .....	von Mk. 58.— bis 120.—
Loden-Anzüge .....	von Mk. 48.— bis 75.—
Auto-Lederjacken .....	von Mk. 82.— bis 150.—
Auto-Ledermäntel .....	von Mk. 135.— bis 235.—
Schlifflinen-Anzüge ...	von Mk. 21.— bis 38.—
Motorrad-Anzüge .....	von Mk. 28.— bis 58.—
Gabardine-Mäntel .....	von Mk. 75.— bis 120.—
Loden-Mäntel .....	von Mk. 25.— bis 68.—
Gummi-Mäntel .....	von Mk. 21.— bis 68.—
Windjacken .....	von Mk. 16.50 bis 48.—
Breches-Hosen .....	von Mk. 13.50 bis 38.—
Knickerbocker-Hosen .....	von Mk. 7.50 bis 38.—
Tennis-Hosen .....	von Mk. 11.— bis 43.—
Pullover .....	von Mk. 15.— bis 38.—
Sport-Mützen .....	von Mk. 2.75 bis 11.—
Auto-Decken .....	von Mk. 28.— bis 68.—
Auto-Staubmäntel .....	von Mk. 25.— bis 43.—
Auto-Handschuhe .....	von Mk. 9.— bis 21.—
Auto-Hauben .....	von Mk. 4.50 bis 15.—
Auto-Brillen .....	von Mk. 1.75 bis 6.—
Leder-Gürtel .....	von Mk. 1.75 bis 7.50

Versand nach auswärts nur gegen Nachnahme.  
Für Nichtzusagendes erfolgt Betrag zurück.

Verlangen Sie unsere Zeitung  
„Leipzig im Frühlingskleid“

## Bamberger & Herz

Leipzig — Augustusplatz.

Ich bringe, wie seit über 15 Jahren bekannt, gut und billig	
<b>Turnschlüpfer</b> weiß mit Ledersohle	<b>50</b>
Gr 41/46 1.10, 30/40 95., 31/35 80., 27/30 65, 23/26 nur	
<b>Cord- u. Plüschpantoffel</b> mit Trockenfilz und Ledersohle	<b>95</b>
Gr. 43/46 1.65, 36/42 1.35, 31/35 1.15, 24/30 nur	
<b>Hausschuhe</b> mit Ledersohle, in verschiedenen reizenden Farben .....	<b>195</b>
reizenden Farben .....	Gr. 36/42 nur
<b>Kinder-Spangenschuhe</b> schwarz	<b>225</b>
in braun 50 Pf. mehr	
Damen-Spangenschuhe engl. Absatz, vorzügliche Qualität (Gelegenheitskauf) . . .	<b>490</b>
Gr. 36/42 nur	
Damen-Spangenschuhe braun, bekanntestes Fabrikat . . .	<b>690</b>
Außerdem geht der billige Verkauf der	
Rindleder-Sandalen Lederkappe, Lederbrandsohle, unverändert weiter	
42/46 5.25, 36/41 4.45, 31/35 3.45, 27/30 2.95, 23/26 2.65, 21/22 2.35	

**Schuhwarenhaus**  
**M.Fried**  
Nur Windmühlenstr. 1-5

Beachten Sie bitte meine 2 Schaufronten u. 2 Schaukästen

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Abänderungen und Ergänzungen der Verkehrsordnung für die Stadt Leipzig vom 18. Juli 1925 betreff.

I. In § 19 Abs. 1 sind hinter den Worten „beim Eröffnen der Kommissionssäle“ die Worte „oder eines Fanfarenhinnaus“ hinzuzufügen.

II. In Abs. 1, 2d und 3d ist der Ziffer 1 in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Mai 1920 als Abs. 2 hinzuzufügen: „Die Vorstadt gilt auch für die Goethestraße.“ „Vorstadt die Ritterstraße am ehemaligen königlichen Palais.“

III. Die vorstehenden Ergänzungen treten am 17. Mai 1926 in Kraft.

Leipzig, den 15. Mai 1926

### Das Polizeipräsidium.

Unter dem Widerstande des Gutsbesitzers Großböhme in Paulsdorf, Seitenstraße 12, ist die Maul- und Klauenensche ausgebrochen.

Gemäß § 161 Ia der Ausführungsordnungen des Bundesrats zum Reichswehrbeschluß vom 7. Dezember 1911 (RGBl. vom Jahre 1912, Seite 44 ff.) wird bestimmt, daß das Seidengebiet zum Sperrgebiet und der übrige Ort Paulsdorf zum Beobachtungsgebiet gehören.

Leipzig, den 12. Mai 1926

### Die Amtshauptmannschaft.

Die Maul- und Klauenensche in Althen ist erloschen. Das Sperrgebiet Althen wird aufgehoben.

Leipzig, den 12. Mai 1926

### Die Amtshauptmannschaft.

**Großböhme.** Bekanntmachung vom 9. April 1926 fordert mir nochmals auf, die am 15. Mai 1926 fällige Gewerbeuer bei unserer Stadtkennzeichnung einzuzahlen. Für die noch dem 22. Mai einzureichenden Beträgen erwachsen gesetzliche Verzugsfrist.

Großböhme, am 12. Mai 1926

### Der Stadtrat.

**Großböhme.** Das Betreten der Schuh- und Vogel- und Schreibenshöfen in Großböhme ist, in der Pfingstwoche sollen vom 23. bis 30. Mai 1926 während der Nachmittagsstunden das Pfingstvogelschießen und das Pfingstscheibenfesten der hierigen Schulgemeinschaft abzuhalten werden. Während der Zeit des Schießens werden die Schuhlinien durch Stangen mit Fähnchen und Warnungstafeln für jedermann sinnlich gemacht. Dies wird unter gleichzeitiger Warnung vor dem Betreten der Grundstücke, welche in der Schuhlinie liegen, diermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Großböhme, am 12. Mai 1926

### Der Stadtrat.

**Begau.** Oftentliche Sitzung des Bezirksverbandes-Büros am Montag, dem 17. Mai 1926, nach 19 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses. Tagesordnung am Ratsbrett.

**Schleußig.** Nach § 57 Absatz 1 des Aufwertungsgesetzes wird in den Häusern, in denen ein Sparbuch von einer Sparsparze auf eine andere überwiesen worden ist, der Gläubiger mit dem Goldmarkbetrag zur Zeit des Erwerbes der Forderung gegen die erste Sparsparze berücksichtigt. Laut Verordnung des Kreisfreiherrn Ministeriums des Innern vom 27. Februar d. J. § 1 Abs. 2, findet dies jedoch nur statt, wenn der Gläubiger bis zum 30. Juni 1926 bei der Sparsparze, bei der das Guthaben zur Zeit besteht, einen entsprechenden Antrag stellt. Früher erfolgte Anmeldungen sind unwirksam.

Wir bitten daher die Gläubiger solider Forderungen, die die oben genannte Vergünstigung für sich in Anspruch nehmen wollen, uns bis zum 30. Juni d. J. die vorgezeichnete Anmeldung augeben zu lassen.

Eine Anmeldung aller übrigen Sparbuchinhaber ist nicht erforderlich, da deren Aufwertung trakt Geleget erfolgt.

Schleußig, am 12. Mai 1926

### Stadtverwaltung Schleußig.

# Strümpfe

## Damen-Strümpfe

Damen-Strümpfe, zw. Maß, schwarz, Hochseide, Paar — 88, — 60, — 48

Damen-Strümpfe, Maß, farbig, verstärkt Spieße u. Jersey, Paar — 80

Damen-Strümpfe, Seidenstr., schwarz, mit Nahauf und Hochseide, Paar 2.75, 2.25, 2., 1.10

Damen-Strümpfe, Seidenstr., in modernen Farben, verstärkte Spieße und Hochseide ..... Paar 2.60, 2.25, 2., 1.60, — 95

Damen-Strümpfe, Kunsthelde, schwarz u. in den neuen Farben, mit Nahauf und Hochseide ..... Paar 5., 4.75, 4., 3., 1.50

## Herren-Socken

Herren-Socken, Baumwolle, grau, starke Qualität, — 75, — 65, — 28

Herren-Schweißsocken, grau, angenehm im Tragen 1.60, 1.25, — 95

Herren-Socken, Maß, farbig, mod. Ausf. 1.60, 1.50, 1.25, — 95, — 70

Herren-Socken, Seidenstr., far. u. farb. mod. Stricken 2.60, 2.25, 2.00, 1.75

Herren-Socken, Kunsthelde in allerneuestem Stil, 3., 2.60, 2.50, 2., 1.50

## Kinder-Strümpfe

Kinder-Strümpfe, Baumwolle, in Schwarz und farbig, starke Qualität ..... Größe 6 1.10, 1., — 80, — 70

Kinder-Strümpfe, Baumwolle, kräftige Qualität, grau und beige Größe 3 4 5 6 7 8 9 10

Maß, — 60, — 55, — 60, — 65, — 70, — 75, — 80, — 85

Kinder-Söckchen, farbig, mit Wollrand in den neuesten Ausführungen ..... Größe 3 1.30, 1.20, 1.

Kinder-Söckchen, Baumwolle, schwarz ..... Größe 3 — 35

Kinder-Söckchen, farbig, mit schönem buntem Wollrand Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Maß, — 50, — 60, — 70, — 80, — 90, 1., 1.10, 1.20, 1.30, 1.40

# Ronsumverein

## Leipzig-Plagwitz und Umg.

Völkerzeitungs-Leser berücksichtigt unsere Inserente!

## Familiennachrichten.

Beim Heimgang unseres feuernden Sohnes, Bruders, Onkels und Schwagers, des Maschinenwärters

### Otto Zimmermann

sind uns so unendlich viele Beweise herzlicher Teilnahme, sowie zahlreiche Blumenspenden übermittelt worden, daß es uns nur auf diesem Wege möglich ist, herzlich zu danken. Besonders Dank Herrn Thoer für seine frostrischen Worte, der Direktion der Großen Leipziger Straßenbahnen, dem Verband der Heizer und Maschinisten, seinen Arbeitskollegen der Kraftwerke II und III, sowie allen Freunden und Bekannten für wundervolle Blumen, Nachruf und Gelöte. Alles dieses heißt die geschlagene Wunde.

Leipzig und New York, am 14. Mai 1926

Im Namen der Hinterbliebenen

Frau verwitwete Zimmermann, als Mutter

Familie Golze, Familie O. Baudach

### Inserate

für die fällige Nummer bestimmt, erbt, bis 19 Uhr vormittags am Freitag anlässlich

am Freitag anlässlich



Dienstagabend wurde mein lieber, treuloser Mann, unter bewegter Beter, Schwieger-, Großvater und Schwager

**Karl Rüdinger**

im Alter von 71 Jahren durch einen langen Tod von seinem schweren Leiden erlöst.

U. Connewitz, Bornaische Str. 64.

In tiefer Trauer

Anna Rüdinger und Angehörige.

Einäscherung Sonnabend 13.5. Südriedb

Nach langem qualvollem Leiden verschied am 13. Mai meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tochter, Frau

**Pauline Bielig geb. Moritz**

im 68. Lebensjahr.

In tiefer Trauer zeigen dies an

Leipzig-Reudnitz, Kohlgartenstraße 57

Karl Bielig nebst Kindern und Angehörigen.

Die Einäscherung findet am 17. Mai, 3 Uhr, statt.

# Der Endkampf um Dr. Luther.

## Die Abstimmungsergebnisse.

Berlin, 12. Mai 1926.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung um 11½ Uhr erscheinen der Reichskanzler Luther und neben ihm noch andere Mitglieder des Kabinetts, um ihre Pläne auf der Regierungsbank einzunehmen. Die Tribünen sind wiederum sehr stark besetzt.

Der Redner Abg. Koch (Dem.) sieht sich im Anfang seiner Ausführungen mit den Bormütern auseinander, die neatern sowohl von den Deutschnationalen wie von den Kommunisten gegen seine Fraktion erhoben worden sind. Auf der einen Seite habe man ihr Haltlosigkeit vorgeworfen, Graf Westarp dagegen habe Protest gegen die Thrannei und die übertriebenen Anprüche der Demokraten eingelegt, er habe dabei nicht nur den Kanzler bewöhlt, sondern sich auch noch an andere Stellen gewandt. (Hört, hört! links.) Ein Wort an die Sozialdemokratische Partei (unter lärmischer Heiterkeit rüttelt der völkische Abg. v. Gräfe: Vorsicht!) Wenn wir die Sicherheit hätten, daß die Sozialdemokratie so tollstötig, wie am Sturze der Regierung, auch dazu bereit wäre, an der Bildung einer neuen Regierung mitzuwirken, dann wären die Gejähren, die mit der Herstellung einer Krise verbunden sind, weniger groß gewesen.

Die Demokraten wollten sich der Mitwirkung an der Lösung der Flaggenfrage nicht entziehen, aber sie werden nur einer Lösung zustimmen, die der Republik gerecht wird und der Fahne der Republik ihre Bedeutung gibt. (Beifall links.) Aber gerade wenn man eine solche Gesamtlösung wünscht, müsse man anerkennen, daß eine Trennung, wie sie der Reichskanzler vorgenommen hat, überflüssig, gefährlich und lächerlich ist. (Lärm rechts, Sehr richtig, links.) Will man jetzt eine neue Flagge einführen und wiederum nach einigen Monaten noch einmal eine neue? Gerade durch diese Trennung ist eine Gesamtlösung der Flaggenfrage erschwert worden. Wir hätten es verstanden, wenn die Regierung ihre Verordnung zurücksogogen hätte, um eine Gesamtlösung herbeizuführen. Aber wir werden uns dagegen, daß man glaubt, durch „Formulierungen“ eine Lösung herbeizuführen zu können. Daß die Vergabeung nur deshalb nicht sofort in Kraft treten sollte, weil ihre Ausführung einige Monate Zeit erfordere, ist lediglich eine Ausrede. Durch seine gestrengen Erklärungen hat Dr. Luther für die Deutschnationalen optiert. (Beifall links, Unruhe rechts.) Das Kabinett hat schon längst in innerpolitischen Fragen sich nach den Forderungen der Rechten gerichtet, es wird sich nunmehr auch in der Außenpolitik dem Willen der Rechten hingewenden müssen. Als dem Redner von der Rechten zugesehen wird, er sehe diese Dinge nur so an, weil er nicht Minister sei, erwidert er: Sie sehen die Dinge lediglich aus der Feindselperspektive an. (Lebh. Heiterkeit.) Gegen diese Verordnung wenden sich die Demokraten deshalb, weil sie ohne die Regierungsparteien gemacht und in ihrer politischen Wirkung verhängnisvoll sei. Wir erkennen durchaus an, daß der gegenwärtige Zustand unerwünscht ist, und wir wollen uns für eine Einheitsflagge einsetzen, um diesen Zustand zu beseitigen. Aber ist es denn richtig, daß die auswärtigen Gesandtschaften diese Verordnung genehmigt haben? Der Redner verliest unter großer Aufmerksamkeit des Hauses den Brief eines Gesandten, in dem das Flaggenkomitee als eine schwere Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland bezeichnet wird. Dem Ausland erscheint die Verordnung als

eine Lösung nach dem Motto: Manche halb und halb. (Lebh. Heiterkeit.)

Der Reichskanzler hat die Abrede gebrochen, die zwischen ihm und den Regierungsparteien getroffen worden ist. Erst am Morgen vor der Verordnung hat er die Regierungsparteien informiert. Die Hauptverantwortung für das Geschehen trifft den Reichskanzler. (Abg. v. Kardorff (D. Bp.): Und die Minister die abgestimmt haben?) Sie sind ja auch nicht immer mit Dr. Stresemann einverstanden. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler sieht seine Ausnahmestellung für sich in Anspruch nehmen zu wollen, daß sie im Reichstag nicht bestätigt werden dürfte. Ein solches Vorrecht sieht aber die Verfassung nicht vor. (Seht gut! links.)

Wenn diese Reichskanzlerkrise allgemein zur Erfahrung führt, daß derjenige, der die Gefühlswerte der neuen Zeit nicht versteht und würdigt, nicht deutscher Reichskanzler sein kann, dann ist diese Krise nicht umsonst gewesen! (Lebh. Beifall links und in der Mitte, lachen rechts und ironische Rufe freil. rechts.) Ein Wort an die Sozialdemokratische Partei (unter lärmischer Heiterkeit rüttelt der völkische Abg. v. Gräfe: Vorsicht!) Wenn wir die Sicherheit

hätten, daß die Sozialdemokratie so tollstötig, wie am Sturze der Regierung, auch dazu bereit wäre, an der Bildung einer neuen Regierung mitzuwirken, dann wären die Gejähren, die mit der Herstellung einer Krise verbunden sind, weniger groß gewesen.

jonstige Witzen zu verpoltern und sagt dann, Luther allein sei doch nicht schuld, sondern nach dem parlamentarischen System auch andere Minister, besonders Stresemann. Der Reichskanzler und der Außenminister werden gerade an dieser Stelle vom Abg. Dr. Scholz (D. Bp.) zu einer Befreiung hinausgeholt. Der ganze Konflikt sei verschuldet durch den Weimarer Nationalversammlungsbeschluss auf Einführung von Schwarzrotgold. (Der völkische Redner wird vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsflagge nicht schwarz-rot-gelb, sondern schwarz-rot-gold ist.)

Abg. Hößlein (Kom.) bezeichnet die Verordnung des Präsidenten als einen Versuch, auch das lezte blöde Papier zu beseitigen, das von der Weimarer Verfassung übrig geblieben sei. Das Reichsbanner sei nichts anderes als eine Schutztruppe der Bourgeoisie. Der Name des Herrn Giesberts auf die Gefahr von Reichspolitischen sollte nur dazu dienen, vor der Entstehung einer Kabinettsskrise zu warnen. Die Sozialdemokratische Partei bejorge die Geschäfte der Bourgeoisie.

**Abg. Dr. David (Soz.).**

Sie (zu den Kommunisten) wollen die Diktatur, die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit, die Auflösung der Demokratie. Die Regierung hat erklärt, daß sie mit ihrer Verordnung die Verjährung in der Flaggenfrage herbeiführen will. Die Debatte hat aber gezeigt, daß sie sich auf einem Irrweg befindet. Wir stehen dem Unternehmen der Regierung, daß sie mit ihrer Auslösung eingeleitet hat, mit der größten Skepsis gegenüber. Es ist schon einmal der Versuch unternommen worden, eine Auslösung in der Flaggenfrage herbeizuführen, nämlich von der sozialdemokratischen Partei in Weimar im Jahre 1923. Damals war noch überall die rote Fahne hochgezogen. In allen öffentlichen Gebäuden im ganzen Reich war die rote Fahne damals nur zu sehen, auch das Hotel Adlon, das jetzt beim Besuch der Amerikaner nicht gewagt hat, die Reichsfahne zu zeigen, hat damals wochenlang die rote Fahne gehisst. (Hört, hört.) In der damaligen Situation hat die Sozialdemokratie auf die rote Fahne als Reichsfahne verzichtet, sie ist für Schwarzrotgold eingetreten, weil allgemein verständigt wurde, daß eine Vereinigung des ganzen Volkes unter diesem überstaatlichen Symbol erreicht werden könne. Unsere Farben waren jemals die rote Fahne, Schwarzrotgold war uns fremd. Nur auf den Gräbern der Märtyrinnen konnte man noch einige schwarzrotgoldene Fahnen der Demokraten sehen. Die rote Fahne ist auch weiter die Parteifahne der Sozialdemokratie geblieben. Nur die Erfahrung, daß hinter unserer Parteifahne nicht die Gesamtheit des Volkes bringend sei, hat uns veranlaßt, mitzugehen, um unter der schwarzrotgoldenen Fahne die Einigkeit des deutschen Volkes herbeizuführen.

Warum ist denn aber auch ein Ausgleich nicht möglich? Die Schuld liegt ganz auf der rechten Seite. Unser Entgegenkommen hat sich schlecht gelohnt. Die schwarzweisse Fahne ist die Fahne des Sozialistengesetzes gegen die Arbeiterschaft gewesen. Eine Begeisterung der Arbeiterschaft für sie zu auslösen, ist nicht möglich. Sie ist zur Kampffahne der Monarchisten und Reaktionäre gemacht worden, die die Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitstaates wollen. Damit ist für uns die alte Fahne ganz und gar unmöglich geworden. Sie (nach rechts) haben diese Fahne zur Kampffahne gegen die Demokratie gemacht. Warum ist als Handelsflagge die schwarzweisse Fahne mit der schwarzrotgoldenen Gösch zugeschanden worden? Nur weil die Schiffahrtskreise behaupteten, Schwarzrotgold sei auf längere Entfernung hin nicht zu sehen. Das war ein

## Das Ende Dr. Luthers.



Der verfluchte „Senf“.

# Pfingst-Angebot

zu sehr billigen Preisen

## Mäntel, Complets, Kleider



### Mäntel

aus Rips und modern gemusterten Geweben, fesche Verarbeitung und modernen Farben ....

### Mäntel und Jacken

aus Ottomane, Eoliene m. u. ohne Rüschengarnit, aus Taffet- u. Givrine-Seide 69 79 bis 120 Mk.

### Mäntel und Windjacken

aus guten imprägniert. und anderen Stoffen, aus Burberry 35 49 59 bis 120 Mk.....

### Jackenkleider

aus Rips, Gabardine und Jacquard-Geweben in bester Verarbeitung und modernen Farben ....

### Knaben-Kleidung

Der mod. Capes-Mantel  
in neuen Stoffen und Farben

39.-

### Complets

in modernsten und allerfeinsten Modeformen und Stoffen.....

### Jumperkleider

aus Wolle, Bast und Waschseide, fesche moderne Formen und Farben.....

### Kleider

Mehrere 100 Damenkleider aus vielerlei Stoffen in neuen Formen und allen modernen Farben.

### Blusen

aus guten Wasch- u. anderen Stoffen in modernen Formen uni und gemustert in vielen Farben ...

### Starke Damen

finden bei mir eine überaus große, vielseitige Auswahl gutesitzender, fadellos gearbeiteter Kleidung zu sehr niedrigen Preisen.

### Mädchen-Kleidung



# Franz Eberl

Größtes Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kinderkonfektion in Sachsen



Nehlt, den sich aber die Gegner der schwarzgoldenen Fähre zu machen haben. Die Herzen von Millionen Arbeitern schlagen jetzt für eine Fahne, die die Fahne von Märtyrern geworden ist, die für die Republik gelebt und gewirkt hatten. Die Massen, die jetzt für das Reichsbanner aufmarschiert sind, sind Männer, die im Schürengraben gelegen haben, die politisch geschult sind. Sie wissen, durch die bitteren Erfahrungen belehrt, dass die Gegner der Republik sich nur der Macht beugen. (Sehr richtig! links.) Die Gegner der Republik müssen auf Granit beißen, bei jedem Verlust, die schwarzgoldene Fahne herunterzuholen. Dann werden sie sich auch den Tatsachen beugen, wie sie sich auch den Tatsachen im November 1918 gebogen haben. (Lebhafte Sehr richtig! links.)

Auch wird behauptet, dass die Auslandsdeutschen sich für Schwarzweizrot erklärten hätten. Das gilt höchstens für eine Minderheit der Auslandsdeutschen. Der Redner verließ unter dem Beifall der Linken eine Anzahl Zuschauer aus dem Auslande, aus Argentinien, aus Mexiko, aus Stockholm, wortlos hervorgehoben wird, da die östlichen Reichsbarben im Auslande wohl bekannt und angesehen seien, und über den Terror der Anhänger der schwarzweizroten Fahnen gegen die Anhänger der Republik gesagt wird. Wir müssen aber noch eines bedenken: unter den Farben Schwarzweizrot kämpfen die Kreise, die die Wiederaufrichtung der Monarchie betreiben. In dem Briefe des früheren Kronprinzen Albrecht von Bayern, den der Abgeordnete Reicht höchstlich hier verlesen hat, ist ausdrücklich angekündigt worden, dass die Entwicklung zur früheren Dezentralisation zurückgehen müsse, also noch vor das Bismarckische Reich. Die Bayern wollen den Mittelsachsen, die Preußen den Hohenzollern wieder zur Herrschaft verhelfen. Wir würden also wieder das Feldgeschlecht hören: Sie Mittelsbach, ihr Hohenzollern! Die Monarchisten, die uns in die alte Zeit zurückführen wollen, stehen einer geschlossenen Front der schwarzgoldenen Republikaner gegenüber. Wir werden die Reichsfahnen nicht herantreihen lassen, sondern dafür kämpfen, dass das neue Reich einer glücklicheren Zukunft entgegengeführt wird. (Sturmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Westarp (Oll.) protestiert gegen das Vorgehen der preußischen Behörden gegen die Putschisten. Er fragt die Regierung, ob die preußische Regierung vorher mit ihr Aufführung genommen habe. Durch dieses Vorgehen sollte nur die Aufführung seit von der sozialrevolutionären Revolutionsgefahr abgelenkt werden. Er erklärt weiter, dass die Deutschnationalen die Gesamtendenz der Flaggenvorordnung begrüßen. Der Reichsanziger habe auf die Frage wegen der Durchführung der Verordnung noch keine klare Antwort gegeben. Auch der Brief des Reichspräsidenten schafft noch keinen Ausgleich. Ein großer Teil des Reichsbanners sei gar nicht schwarzgold, sondern rot eingestellt. Zu einer Einheitsflagge können wir gar nicht kommen, weil die Sozialdemokraten und Kommunisten widerstreben. Der Redner erklärt schließlich, dass es sich bei den vorlieger in Münchneransprüchen um parteipolitische Mündigkeit handle. Sie würden dieser Koalition nicht durch die Ablehnung der Mützenwahlen die Möglichkeit geben, weiter zu existieren, sondern sie würden sich der Stimme enthalten.

Reichsminister des Innern Dr. Küls erklärte, dass Polizei und Justiz in erster Linie Angelegenheit der Länder sei. Selbstverständlich nehme das Reich an dem Vorgehen der Polizei das nachdrücklichste Interesse, oder das Ermittlungsverfahren schwere und der Minister könne daher nichts darüber sagen. Jeder Putsch werde ihn als stellvertretenden Reichswohminister und als Reichsinnenminister an der Stelle finden, wo er hingehört.

Reichsanziger Dr. Luther: Der Abg. Graf Westarp vermisste die nötige Sicherheit, dass ich die Verordnung im Sinne der geistigen Erklärung ausführen werde. Ich muß demgegenüber im Interesse jeder Regierung auf das ernsthafte Verwahrung darüber einzutreten, dass eine bestimmte Erfüllung in Zweifel gezogen wird.

Dann folgten die Abstimmungen. Man bemerkte, dass diejenigen Minister, die gleichzeitig Abgeordnete sind, ihre Pläne im Hause einzuholen. Nach längerer Reichsausschusssitzung wurde zuerst über den Antrag des Bölkischen abgestimmt.

Der erste Teil dieses Antrags, der die Flaggenvorordnung missbilligt, weil sie nach Meinung der Antragsteller den Anhängern von Schwarzgold zu weit entgegenkomme, wird in namentlicher Abstimmung mit 326 gegen 13 Stimmen bei 91 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen abgelehnt.

Der zweite Teil des völkischen Antrags, der der Regierung das Mützenauspricht, wird in namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 163 Stimmen der Bölkischen, Sozialdemokraten und Kommunisten bei 91 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag, der die Flaggenvorordnung missbilligt und deswegen dem Reichsanziger das Mützenauspricht, wird mit 176 gegen 144 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei 104 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vor der Abstimmung über den ersten demokratischen Antrag, der die Unregung des Reichspräsidenten auf Schaffung der Einheitsflagge begrüßt, erklärte der Abg. Graf Westarp und v. Graefe, dass die Deutschnationalen und Bölkischen sich der Stimme enthalten würden.

Der Antrag wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den demokratischen Mützenantrag gegen den Reichsanziger. Er wird mit 176 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 146 Stimmen bei 103 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen angenommen. Das Ergebnis wird auf der linken Seite mit lobhaftem Beifall begrüßt.

Das Zentrum verzichtet nunmehr auf die Abstimmung seines Antrags. — Um 4 Uhr verlässt sich das Haus auf Freitag.

# Mietzinssteuer — Zugtiersteuer.

## Gegen Adelsrechte und Fürstenabsindung.

Der sächsische Landtag setzte am Mittwochvormittag 10 Uhr die vom Vortage abgebrochene Beratung über die Absiedlung der sächsischen Hochstühle Tharandt an die Technische Hochschule in Dresden fort. Nach langerer Aussprache wurde die Vorlage nebst dem deutschnationalen Antrag zur Weiterberatung an den Haushaltshaushalt A überwiesen.

Es folgte die zweite Beratung über die

### Aushebung der Schönburgischen Renten.

Die Regierungsvorlage sieht die entzündungslose Aufhebung vor mit Ausnahme der sogenannten Salzrente von 12 000 Mark, die gegen eine angemessene Entzündung weglassen soll. Der Reichsaußenminister empfahl die unveränderte Annahme der Vorlage.

Ein Entzündungslos in Wegfall zu stellen ist.

Der Deutschnationale Gründer spielt sich zum Beishörer der Adelsrechte auf, indem er in der Vorlage eine Rechtsverletzung erkläre.

Genosse Edel betonte die Notwendigkeit, dass endlich zu einer reinlichen Scheidung gekommen wird, und hielt es für falsch, in Zweifelsfällen von vorherein dem Schönburgischen Hause entgegenzutun, was im Falle der Salzrente geschiehe. Bei dem Antrage der Schönburgischen Familie auf Anerkennung der Verpflichtung des Staates zur laufenden Weiterzahlung alter Renten drohe dem Staate sowieso ein Prozess. Um so notwendiger sei es, eine einfache Rechtsgrundlage festzustellen, wie es durch den Minderheitsantrag geschah.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Edel mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Dreieindzwanzig abgelehnt. Daraus wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Bölkspartei und der Deutschnationalen, denen sich die Kommunisten anschlossen(!), angenommen.

Die Kommunisten hatten vor einiger Zeit einen Antrag auf Entzündungslose.

### Enteignung der Fürstenhäuser

gestellt. Der Rechtsausschuss beantragte seine Ablehnung.

Zunächst hielt Herr Renner eine lange Rede, ohne auch nur einen neuen Gedanken zu entwickeln, dafür suchte er aus kleinlichen Konfurrenzgründen die klare und einwandfreie Haltung der Sozialdemokratie in dieser Angelegenheit zu verbürgten. Dann fand der Deutschnationale Siegert an die Reihe, der den Standpunkt vertrat, dass für Sachsen die Frage durch den abgeschlossenen Vertrag ein für allemal erledigt sei, an die Moral des Volkes appelliere und mit einer Auflösung der Massen vor dem Volksentscheid drohe.

Genosse Edel: Was hier in sehr erregter Weise Herr Siegert vorbrachte hat, beweist nur, dass das Volksbegehren mit seinem Erfolg sich bereits auswirkt beginnt, dass man gewonnen ist, zur Gegenoffensive überzugehen, und das beweist, dass das Volksbegehren die rechte Bahn beschritten hat, und das der Volksentscheid notwendig ist. Nach Herrn Siegert ist die Frage der Absindung der Fürsten in Sachsen für uns ein für allemal erledigt. Das wird in einem Lande gelten, in dem bereits beim Volksbegehren unter den erschwerten Umständen des Volksbegehrens 40 Prozent des sächsischen Wähler für die entzündungslose Enteignung der Fürsten votiert haben. Die Regierung hat allerdings zu dieser Stellungnahme der sächsischen Bevölkerung nichts beizutragen, sie hat sogar erklärt, dass sie desinteressiert sei an diesem Volksentscheid, an diesem Volksbegehren. Diese Stellungnahme ist auf weiter nichts andres hinausgekommen, als auf eine Sabotage des Volksbegehrens. Wir legen hiergegen entschieden Verwahrung und Protest ein.

Der Auschusstantrag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Es bleibt also bei der Ablehnung des kommunistischen Antrages.

Eine längere Aussprache gab es auch bei der zweiten Beratung über die Notverordnungen, die vom Gefainministerium erlassen worden sind, während der Landtag nicht versammelt war. Es handelte sich dabei hauptsächlich um

### die Mietzinssteuer-Notverordnung

Vom Rechtsausschuss wurde die nachträgliche Genehmigung der Notverordnungen empfohlen.

### Genosse Nebrig

erklärt, dass die sozialdemokratische Fraktion nur insofern den Notverordnungen zustimmen könne, als es sich um die Grund- und Gewerbesteuer handelt, weil dadurch die jetzige steuerliche Regelung nicht berührt wird, dass sie aber ablehnt, soweit die Aufwertung in Frage kommt. Gegen das späte Einbringen so wichtiger Steuervorlagen, das eine rechtzeitige Verabschiedung unmöglich macht, müssen wir ganz entschieden protestieren. Man hat es hier mit der bewussten Absicht der Regierung zu tun, die gesetzgebenden Körperschaften vor vollendete Tatsachen zu stellen. Was die Vorlage selbst abtrifft, so ist nicht einzusehen, warum die Landwirtschaft von der Mietzinssteuer befreit werden soll. Wir müssen auch dagegen protestieren, dass die Mietzinssteuer ohne Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage schon jetzt erhöht wird. Wir haben Ihnen den Weg gezeigt, wie man bezüglich des Wohnungsbauens auf viel billigere und sicherere Art zum Ziel kommen kann. Sie haben aber unsere Anträge abgelehnt. Wir müssen auch bemängeln, dass die Freigrenze zu niedrig gezogen worden ist.

Abg. Kunisch (Dnat. Bp.) regte sich darüber auf, dass dem Haushalt neue Lasten auferlegt werden, ohne dass man ihm auch nur ein Prozent mehr zubillige.

Arbeitsminister Elsner machte darauf aufmerksam, dass in dem Augenblick, wo die Notverordnung abgelehnt wird, eine Regelung für die Mietzinssteuer überhaupt nicht mehr bestehe, der Haushaltshaushalt zum Stillstand komme und das ganze Baugewerbe zum Erliegen komme.

Finanzminister Dr. Dehne wies ebenfalls auf den Ernst der Situation hin. Bei einer Ablehnung der Notverordnung würde die finanzielle Schärfe der Länder und Gemeinden gefährdet.

Der Demokrat Günther erklärte, für das Mietzinssteuergesetz sei nicht der Landtag, sondern der Reichstag verantwortlich, und der Bölkspartei Blüher plädierte ebenfalls eindringlich für die Annahme der Mietzinssteuer-Notverordnung.

### Die Regierung in Nöten.

Mit der scharfen Ablehnung der Mietzinssteuer-Notverordnung durch die Deutschnationalen geriet die Regierung in eine schwere Lage, zumal ja in den Koalitionsparteien, besonders bei der Deutschen Bölkspartei auch starke Widerstände gegen diese Notverordnung bestand. Die Minister bemühten sich, die Ablehnung zu verhindern, und Herr Blüher beschwore die Deutschnationalen, sie sollten doch zur Einsicht kommen, die Notverordnung schone doch die Landwirtschaft darunter, wie es ein Gesetz nicht tun kann. Das Liebesmühlen war nicht unisono. Die Abstimmung ergab die Annahme der Notverordnung mit 43 gegen 33 Stimmen. Dagegen stimmten geschlossen die Sozialisten, die Kommunisten sowie die Deutschnationalen, von denen sich allerdings viele vorher aus dem Saale entfernt hatten.

Längere Zeit beschäftigte sich das Haus auch mit der

### Porzellanmanufaktur Meissen

und der Einstellung von 750 000 Mark im außerordentlichen Staatshaushaltplan zur Verstärkung des Betriebspitals. Der Ausschuss empfahl die Bewilligung der Mittel und weiter das Eruchen an die Regierung, zur Sicherstellung der Pensionstage des Personals den Landtag noch in dieser Tagung eine Vorlage zu unterbreiten. (Die Manufaktur, die früher erhebliche Überstürze erzielte, arbeitet seit langerer Zeit mit Verlust.)

Ferner fordert eine Vorlage die Einstellung von 2 210 000 Mark als verzinsliche und rückzahlbare Betriebsvorlage an die Porzellanmanufaktur als neuen Titel im Haushaltplan für 1926.

### Genosse Schwarz:

Wir vertreten grundätzlich die Auffassung, dass die Porzellanmanufaktur als Staatsbetrieb aufrecht erhalten bleiben muss. Die bürgerlichen Parteien befürchten die augenblickliche Krise, die natürlich auch die Porzellanmanufaktur erfasst, um gegen den Staatsbetrieb zu kämpfen. Allerdings verleben wir nicht, dass eine Umstellung des Betriebes notwendig wird, dabei wünschen wir, dass die Bevölkerung der Arbeiter- und Angestelltenchaft viel stärker zur Vergütung aller Betriebsangelegenheiten herangezogen wird, als es bisher der Fall ist. Auch die Regierung sollte sich daran gewöhnen, die Erfahrungen der Arbeiterschaft mehr zu beachten.

Wir stimmen den Staatskapiteln zu, unterstützen aber den Mindestensantrag, wonach den Arbeitern die Zurückzahlung des im Jahre 1924 gehabten Darlehens erlaufen wird. Weiter wünschen wir, dass die Ruhegeldbezüge der Angestellten- und Arbeiterschaft im wohlwollendsten Sinne der Beteiligten geregt werden.

Zum Schluss bemerkte der Redner, dass es ein lächerliches Unternehmen der Dreieindzwanzig ist, wenn sie in ihrem Mitteilungsblatt den Versuch unternehmen, ihn und seine Freunde der Arbeitfeindlichkeit zeigen wollen.

Finanzminister Dehne betonte mit Nachdruck, dass die Manufaktur Meissen auch heute noch ein überaus wertvolles Teil des Staatsbetriebes sei. Eine Aufgabe aber ein Ueberzählen in eine andere Form dürfte nicht in Frage kommen. In künftigerer Beziehung ginge es in Meissen vorwärts, der wirtschaftliche Aufstieg werde sicherlich folgen.

Die Abstimmung ergab die Annahme eines Mindestensantrages Liebesch, auf Erlass der Rückzahlung der dem Personal der Manufaktur gewährten Darlehen mit 40 gegen 35 Stimmen. Damit hatten sich ein gleicher Antrag Langhorst und der Antrag Kastner erledigt.

Als der kommunistische Mindestensantrag mit Hilfe der 23 angenommen war, gab es bei der Regierung eine starke Überraschung. Inzwischen sind die Koalitionsleute wieder an der Arbeit, die Abstimmung wiederholten und die 23 auf Bezeichnung des Herrn Dehne umfassen zu lassen.

### Staatsredete für die notleidenden Städte Maschinenbesitzer

Der Haushaltshaushalt beantragte, als neuen Titel im Staatshaushaltplan 2 184 000 Mark für Darlehen an notleidende Städte Maschinenbesitzer zwecks Modernisierung ihrer Maschinen im ganzen (einschließlich der bereits bewilligten Darlehen) einzustellen.

In der Aussprache erklärte Genosse Graupe, dass die sozialdemokratische Fraktion dem Auschusstantrag zustimmen werde, weil

durch eine Modernisierung der Maschinen bereits eine Besserung der Lage der Städte Maschinenbesitzer eingetreten ist. Die Regierung sollte die Darlehsgebiuste so schnell wie möglich berücksichtigen.

Die Mehrheit des Hauses (34 : 32) nahm einen Antrag der 23 an, nur 1½ Millionen zu bewilligen. Dadurch hatte sich der Auschusstantrag erledigt.

Angenommen wurde noch den Bericht des Genossen Krahnert mit den Stimmen der Linksmehrheit die Vorlage auf Änderung des Gesetzes über die Organisation der Behörden für die innere Verwaltung, obwohl der Rechtsausschuss Ablehnung beschlossen hatte. Es handelt sich um die Belebung des Stimirechts eines zweiten Beamten der Kreishauptmannschaft im Kreisausschuss. Die

**Die richtige  
mittelpreisliste**

in Anzügen und Mänteln  
pflügen wir ganz besonders.  
Mehr denn je müssen Sie  
in der heutigen Zeit darauf  
achten, dass Sie für den  
denkbaren niedrigsten  
Preis das denkbare  
Beste kaufen.

# Gollemkrammer

Leipzig, Brühl 28-32

Herren-Sacco-Außige aus Cheviot-, Gabardine und Kammgarnstoffen, mustergült. Sitz, beste Verarbeitung .	29.- 39.- 49.- 59.- bis 98.-
Herren-Sport-Außige aus starkem Cheviot, Cord, Whipecord und Gabardine, teilweise mit 2 Hosen.....	39.- 49.- 59.- 69.- bis 98.-
Herren-Windjacken, imprägniert, neueste Formen, aus Zeltbahn und Covercoatstoffen .....	8.90 13.- 18.- 21.- bis 37.-
Herren-Sport-Hosen aus Cord, Whipecord und Manchester, doppeltes Gesäß, Rundbund mit Schlaufen ....	8.90 11.50 13.50 14.- bis 24.-
Oberhemden mit 2 Kragen	4.90 6.50 7.50
Oberhemden mod. Karos	7.50 8.60 9.50
Sport-Oberhemd. Trikolia .....	3.90 4.90 5.90

Vorlage ist die Folge eines Antrages, den die sozialdemokratische Fraktion vor einigen Monaten eingebracht hat.

Weiter beantragte der Rechtausschuss die Annahme der Vorlage über

#### die Aufhebung der Jagdsteuer.

Genosse Nebrig bemerkte, daß die Bezirkverbände, wenn heute die Steuer aufgehoben wird, in eine mäßliche Lage geraten. Deshalb stelle er den Antrag, für 1926 die Jagdsteuer noch weiter zu erhöhen, aber nur noch dem einsamen Jäger. Weiter wurde beantragt, vom Landesausschuß an der Kraftfahrzeugsteuer für 1926 25 Prozent den Gemeinden und Bezirkverbänden zu überlassen und 5 Prozent dem Wegebaustock auszuführen.

Der Antrag Nebrig wurde abgelehnt und darauf der Auszug, antrag gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen.

Endlich wurde nach fast neunstündiger Sitzungsdauer noch ein Antrag Wirth auf reichsgerichtliche Regelung der Bodenwirtschaft angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen und einige Volksparteien.

Schluß 6½ Uhr abends.

## Aus der Umgebung

### Gemeindebeamte gegen die Flaggenvorordnung.

In der ordentlichen Bezirkssitzung des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes wurde nach eingehender Aussprache folgende Entscheidung angenommen und an die Bundesleitung weitergegeben: Die am 9. Mai in Kötha stattfindende Bezirkssitzung (Bezirk Leipzig) des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes erhebt klärtigen Protest gegen die erlassene Flaggenvorordnung. Der Sächsische Gemeindebeamtenbund steht auf dem Boden der Republik. Die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold sind das Symbol der neuen Staatsform und der Reichseinheit. Der Angriff auf die Reichsfarben ist zugleich ein Angriff auf die Republik und die Demokratie. Die sächsische Beamtenenschaft steht noch wie vor treu zur Republik und zu den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold.

Zöglicher. Gemeindeverordnetenitzung. In der letzten Sitzung erfolgte weitere Stellungnahme über Begehung der Wohnungen im Gemeindeamt. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt in der kommenden Vollsitzung. Zur Bauteilnehmerauskunft aus der Mietzinssteuer 1926 werden die Gesuche von fünf Siedlern beantwortet. Die Ausführung der Aufschüttungsarbeiten von der Schäferei nach der Städter Straße (500 Meter Straßentilf) werden an Steinmeister Begant in Gaußthal vergeben. Bei diesen Arbeiten finden einige Erwerbslose Beschäftigung. Mit der Bearbeitung des erforderlichen werdennden Bebauungsplanes für das Siedlungsgebäude wird der Architekt Stauffert in Leipzig beauftragt. Zum Vorschlag der Gemeinde Gaußthal, die Regelung der Aufrichtungsunterstützung der Heimbürgen betreffend, wird unter gewissen Bedingungen Einverständnis erzielt. Der bisherige Freibankverwalter Herr Richter hat der Gemeindeverwaltung mitgeteilt, daß er ab 1. 7. 1926 diesen Posten abgibt. Durch Ausschreibung soll versucht werden, anderweite Unterbringungsmöglichkeit für die Freibank zu finden. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Markelsberg. Sämtliche hiesige Arbeiterorganisationen versammelten am Sonntag, dem 18. Juni 1926, gemeinsam ein Volkssfest. Früh 7 Uhr findet durch den Spielmannszug des Turnvereins ein Festzug statt, der das Fest einleitet. Mittags 1½ Uhr ist Stellen zum Festzug im Garten von Moders Hofhof. Das Fest selbst beginnt um 2 Uhr auf dem Gemeindesportplatz. Es wird eingeleitet durch gesangliche Darbietungen des hiesigen Gemischtchor. Nach einer kurzen Ansprache werden den Kindern Darbietungen der Kinderfreunde und gemeinsame Spiele, sowie die Behandlung von kleinen Geschenkartikeln, Freude bereiten, während die Erwachsenen sich an den Darbietungen der Arbeitsturner, Sänger und Radfahrer ergößen können. Für Getränke und Würstchen wird reichlich gesorgt. Die Kinder erhalten dies gratis. Abends findet bei Eintritt der Dunkelheit ein Umzug der Kinder mit Eltern statt. Von 3 Uhr an ist für die Erwachsenen Festball. Alle Genossen, die beschäftigt sind, ihre Kinder an der Verankartung teilnehmen zu lassen, werden erachtet, diese in die Liste einzutragen, die in unserer Konsumvereinsgeschäftsliste bis zum 20. Mai ausliegt. Der Festbeitrag für ein Kind von Genossen oder Vereinsmitgliedern beträgt 25 Pf.

Leibertwölfwitz. Die größte Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiterschaft beanspruchen die am kommenden Sonntag stattfindenden Elterntagswahlen. Der Kampf um die Schule, der im Vorjahr entbrannte, läßt viele Eltern und Erzieher in dem Glauben, daß der reaktionäre Angriff abgeschlagen sei. In Wirklichkeit wird der Kampf von der Schulrektion planmäßig weitergeführt, wie die intensive Tätigkeit des christlichen Elternvereins am Orte beweist. Als Gegenmaßnahme soll eine öffentliche Versammlung am Sonnabend, dem 15. Mai, abends 8 Uhr, im Schwarzen Roh stattfinden, in der Lehrer Pflug, Leipzig, aus der Praxis der weltlichen Schule spricht.

Die Wahl selbst findet am Sonntag, dem 18. Mai, in der Zeit von 10 bis 4 Uhr in der Schule statt. Allen Eltern und Erziehern, denen das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, ist dringend zu empfehlen, ihre Stimme für die Liste Gralapp-Frank abzugeben.

Taucha. Keine Elterntagswahl. Die für kommenden Sonntag angelegte Elterntagswahl findet nicht statt, da beim Wahlvorstand nur eine Liste, und zwar die der weltlichen Schule eingegangen ist. Die Christlichen halten wegen eines Ausfluges des Kirchhorts, der am 18. Mai stattfinden soll, Verlegung des Wahlganges beantragt und sich dem älteren Glauben hingegeben, daß ihrem Antrag entsprochen wird. Zum Erstaunen der Christlichen, die noch keinen Wahlvorschlag eingebracht hatten, wurde ihr Antrag abgelehnt.

Böhmisches-Greifenhain. Die diesjährige Elterntagswahl findet am 18. Mai von 10 bis 4 Uhr in der Schule statt. Die Wahlstimmen können bis Sonnabend, den 15., mittags, beim Schulleiter eingehen werden.

Kötha. In der einzigen „proletarischen“ Zeitung, die sich Sächsische Arbeiterzeitung nennt, macht wieder einmal ein heller Kommunist seinem geprägten Herzen über den Verlauf der Maifeier in Kötha Lust. Neben dem Geschreihe könnte man ruhig zur Tagesordnung übergehen, wenn dieser Schreiber das Schwundeln lassen könnte. Wie sehr muß es ihm getan haben, daß er mit seinem kommunistischen Unherrn bei der Maifeier nicht auf seine Rechnung gekommen ist. Deshalb kein Wunder, wenn er vergnügt, sich wieder an Personen zu reiben, die sich ebenfalls an diesem Tage wie auch sonst in den Dienst der hohen Sache der Arbeiterschaft stellen. Bei seiner sonderbaren Einstellung scheint der Schreiber der S.A.Z. etwas stark schwachsinnig zu sein, sonst würde er den Lesern seiner Presse nicht das Märchen austischen, daß anlässlich der Maifeier der Hohenrechberger Marsch gespielt worden ist. Um meistein aber liegt dem Mitarbeiter des kommunistischen Organs das Reichsbanner im Magen. Gerade diese Organisation ist Zielscheibe seiner giftigen Angriffe und vielleicht nur deshalb, weil im Reichsbanner kein Tummelplatz für fragwürdige Elemente ist. Diese treiben auf ihre Art im Rosten Frontkämpfer-Klassenkommando. Es wäre also sehr angebracht, wenn der Schreiber der S.A.Z. in Zukunft mit seiner Kritik etwas vorstelliger sein würde, sonst müßte einmal Veranlassung genommen werden, in der Presse Dinge zu erörtern, die manchen Personen, vor allem aber den roten Frontkämpfern und der hiesigen kommunistischen Ortsgruppe, sehr unangenehm sein würden.

Großröhrsdorf. Das Gewerkschaftsamt und der Bildungsausschuss veranstalteten am Sonnabend, dem 15. Mai, abends 8 Uhr, auf der Wiprechtsburg einen öffentlichen Vortragsabend mit dem Thema: „Die europäische Weltkraft und die Konzentration des Kapitals.“ Redner ist der bekannte Genosse Engelbert Groß, Dörrnberg. Es wird erwartet, daß die gesamte organisierte Arbeiter, Beamten- und Angestelltenchaft in dieser wichtigen Versammlung erscheint.

Döbeln. Automobilunfall. Auf der Fahrt nach Bad Schmiedeberg stürzte in voller Fahrt ein Motorradfahrer und zog sich schwer innere Verletzungen zu, die seine Überführung nach dem Stadtkrankenhaus Halle notwendig machten. Zwei junge Leute, die auf dem Soziusplatz des Motorrades Platz genommen hatten, kamen mit leichten Verletzungen davon. Einem dem Motorrad folgenden Kraftwagen war es dank der Entschlossenheit des Chauffeurs möglich, seitwärts auszuweichen, dabei fuhr der Wagen gegen einen Baum und wurde stark beschädigt. Ein Insasse des Wagens wurde schwer verletzt.

## Gerichtssaal

### Momentbilder.

Ein Greis sitzt auf der Anklagebank. Mit 80 Jahren bereits weiß und gebildet. Er ist Tischler. Abgefämpft und müde blickt er teilnahmslos ins Leere. Man will dem Eröffnungsbefehl kaum glauben, daß dieser Mann der gefährlichen Körperverletzung angelegt ist. Die Verhandlung entrollt ein unendlich trauriges Bild familiären Zusammenlebens. Die Mutter und einige Kinder sind schon lange tot. Nur der Vater und eine dreijährige Tochter bilden den Überrest der Familie. Die letzten zehn Jahre arbeitete der alte Mann in einer Klavierfabrik. Doch im Herbst verstärkt einsetzende Weltwirtschaft nahm auch dem Angeklagten die Arbeit. Während der Suche nach neuer Beschäftigung mußte der Alte immer und immer wieder die brutalen Worte hören: „Sie sind uns zu alt!“ Die auf ihm seit einem halben Jahrhundert lastende Unterdrückung seiner Menschenwürde, die ihm unentzündbares Schicksal schien, liegen ihn nervös und tyrannisch werden. Zu Hause, in seiner Wohnung, da wollte er einmal den Herrn spielen. Und so war er gegen die von ihm Abhängigen launig, ja brutal. Außest blieb ihm nur noch die Tochter. Als diese ein uneheliches Kind bekam, gehaltete sich das Zusammenleben zwischen Vater und Tochter zu einer Hölle, so daß Mutter und Kind nach Amerika auswanderten. Doch bald mußten sie zurückkehren und „Zuflucht“ bei dem Vater nehmen, wenn beide nicht Opfer der Straße werden wollten. Nun lebte sich aber das Marionett erst recht fort. Mit 30 Jahren ist die Tochter bereits müde, matt und verbraucht. Sie leidet an nervösem Schütteln des Kopfes und ist infolge des unzähligen Lebens erheblich nervenkrank. Am 17. März d. J. kam der alte Vater nach Hause und stand zufällig die Tür verschlossen. Sofort begann er in gewohnter Weise zu töben. Raum hatte sein siebenjähriges Enkelkind die Tür geöffnet, als er in drohender Haltung seine Tochter in wüttester Weise zu beschimpfen begann.

Schließlich wollte er, wie so oft, schon zuschlagen. Um ihn abzuwehren, ergriß die Unglücksfrau einen Feuerhaken. Das legte den Alten noch mehr in Wut. Er ergriß ohne weiteres einen Hammer, drückte die Wehrlose in eine Korridorecke und schlug mit dem Hammer blindlings zu, so daß der Stiel abbrach! Stark blutend, und einer Ohnmacht nahe, gelang es der Verletzten noch, zur Korridorblende hinauszutasten. Hier war sie der Wütenden mit solcher Verachtung an die Nachbaritur, daß diese ausstieg. Statt die Unglücksfrau zu beschlägen, warf die menschenfeindliche Nachbarin in taum zu überbelender Roheit das arme Mädchen aus ihrem Korridor hinaus, so daß sie gleich wieder von ihrem Vater mit einem wuchtigen Faustschlag aufs Auge empfangen wurde. Einem Sturz die Treppe hinunter entging sie nur, indem sie sich in ihrer Todesangst krampfhaft am Geländer festhielt. Mit vier schweren durch die Hammerschläge verursachten Kopfwunden und mehreren andern Verletzungen mußte das Mädchen sofort den Arzt aufsuchen. Die Furcht vor ihrem Vater aber war so groß, daß sie keinesfalls Strafantrag stellen wollte. Doch erhob die Staatsanwaltschaft in öffentlichem Interesse Anklage und beantragte für den Alten 7 Monate Gefängnis. Das Schöffengericht verurteilte den Mann wegen vorläufiger schwerer Körperverletzung kostenpflichtig zu 4 Monaten Gefängnis. Durchaus blieb die Tochter unter fortwährenden nervösen Zuständen ihren Vater nach Bekündung des Urteils an. Wie mag diese Familienszene noch enden?

## Rundfunkprogramm

Freitag, den 14. Mai. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollpreise. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del. Notiz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktenbörsen amtlich. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen für Haus bzw. Berichtsfun. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktenbörsen, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrott. 6.20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk für Unterhaltung und Belohnung: 10.05 Uhr: Verlehrsfunk und Weiterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Weiterdienst und Vorablage. 12 Uhr: Mittagsmusik aus der Hufschloß-Phonola. 12.55 Uhr: Neuener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle). Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes. 3 Uhr: C. M. Allioli und Karl von Eschen: Spanisch für Anfänger. 3.35 Uhr: Studienrat Scheitler: Schwierigkeit des Empfangens in großen Städten, bevorstehende Sendekräfte (selektive Empfänger). 4.30 bis 5.15 und 5.30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30-7 Uhr: Leseproben aus den Neuercheinungen auf dem Büchermarkt. 7-7.30 Uhr: Vortrag: Haushaltshilfe. Ludwig Kapeler-Berlin: „Seilfahrt auf die Zugspitze, Erlebnisse und Eindrücke.“ 7.30-8 Uhr: Neues aus der Naturwissenschaft an der Universität Leipzig: Prof. Dr. Weizmann, Direktor des Geographischen Institutes der Universität Leipzig: „Der Flug zum Nordpol.“ 8.15 Uhr: Unter blühenden Bühnen. Ein Volksabend. Spielleitung: Julius Witte. Musikalische Leitung: Alfred Simon. Mitwirkende: Leipziger Opern-Vereinigung, Konzertmeister Luh (Violin), Andreas Itron (Gitarre), Martina Otto-Morgenstern, Eva Bisch, Karl Kehler, Hans Böken (Regulation). Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk.

Sonnabend, den 15. Mai. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollpreise; amerikan. Metallmärkte des Vorabends. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del. Notiz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktenbörsen amtlich. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen für Haus bzw. Berichtsfun. 6 Uhr: Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktenbörsen, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrott. 6.20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft und Mitteilungen des Leipziger Wochentes für Handel und Industrie. Rundfunk für Unterhaltung und Belohnung: 10.05 Uhr: Verlehrsfunk und Weiterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Weiterdienst und Vorablage. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hufschloß-Phonola. 12.55 Uhr: Neuener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle). Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes. 3 Uhr: Prof. Dr. Amel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskulturstoff. 3.35 Uhr: Deconomrat Lembe: „Die Aus- und Fortbildung des Kleinlandwirtes.“ 4.30-5.15 und 5.30-6 Uhr: Aus der Musikkapelle des Kindes. Das Leipziger Rundfunkorchester. 6.30-6.45 Uhr: Funkbastelstunde. 6.45-7 Uhr: Wie bleiben wir gefund? 7-7.30 Uhr: Vorleistung aus englischer Prosadichtung; Miss Elizabeth Harper: „Elsie and the Child and other Stories by Arnold Bennett (Tauchnitz Edition vol. 4663).“ 7.30-8 Uhr: 11. Vortrag des Sächs. Arbeits- und Wohlfahrtministeriums; Ministerialrat Dr. Maier: „Von Jugendnot und Jugendhilfe.“ 8.15 Uhr: Dresden: Kammermusik. Mitwirkende: Charlotte Schröder von der Staatsoper Dresden (Gesang), Gustav Frihügel (Violin), Erste Bläservereinigung der Staatsoper (die Herren: Fritz Ruster (Flöte), Hans König (Oboe), Karl Schütte (Klarinette), Wilhelm Anecker (Fagott), Theodor Blumer (Klarinet). Flügel: Rönisch. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. 10 Uhr: Funkkreis. Mitwirkende: Andreas Itron, Karl Kehler, Wünchmanns gemischter Chor: „Ein Abend in der Dorfschenke“ und das Leipziger Rundfunkorchester.



Unsere

# Bingostschläger



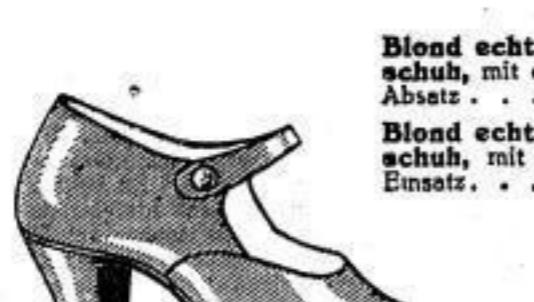
Weiß Leinen-Schuhe in den 5.00  
modernen Ausführungen von 5 an

Blond echt Chevreau-Modeschuh, mit einer Spange, L-XV-Absatz . . . . . 14.50

Blond echt Chevreau-Modeschuh, mit zwei Spangen, beige Einsatz . . . . . 16.50

Braun echt Boxkali-Spanngeschuh, sehr vornehm . . . . . 12.50

Sandalen  
Tennisschuhe  
Turnschuhe  
Seglerschuhe  
Turnschlüpfer



12.50

12.50

Brauner Dam.-Spanngeschuh, gediegene Ausführung, moderne Form . . . . . 11.90

Blonder Damen-Modeschuh, Seitenspanngummi und Spangendurchbruch . . . . . 13.50

Beige, haselnuß, mauve, Chevr. Modeschuhe in vielen Ausführungen und Preislagen . . . . . 17.50

Schwarze Herren-Schnürstiefele in Original-Goodyear-Welt-Ausführung . . . . . 12.50

Strümpfe in allen Nuancen von 1.95 an

Tüffabrik  
Tacke

& Cie A.G. Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.  
**Burg Leipzig**  
b. Maedebé nur Hainstraße 16-18

## Panzerkreuzer Potemkin.

Von Max Sennenh.

In den Kreisen der sozialistischen Arbeiterbewegung wird bei weitem noch nicht genug gepredigt, in welchem Maße der Film zur Aussöhnung berufen werden kann. In ungeahnte Fünfzehn Berliner Kinospieltheatern wird jetzt endlich einmal ein Film gezeigt, der den Verfall aller Republikanerinden muss, der eine einsoche, wichtige Anklage gegen das alte, monarchistische Regime ist, der wirklich aufschlüssig auf die Massen wirken muss.

"Panzerkreuzer Potemkin" heißt dieser auch künstlerisch überaus wertvolle, in Russland hergestellte Film, in der poetischen Form, gestützt auf eine geschichtlich wahre Begebenheit, Ursache und Verlauf einer während des russisch-japanischen Krieges im Jahre 1905 vorgekommenen Matrosenmeuterei auf dem russischen Panzerkreuzer "Potemkin" schildert. Überzeugend wird hier gezeigt, wie die Matrosen durch stinkiges Essen und schlechte Behandlung, durch das rabiante, brutale Vorfahren der Offiziere wider ihren Willen zur Aufschwung getrieben werden. Aufwühlend und herzerregend sind die Szenen, die sich auf dem Schiff obliegen und die die Matrosen schließlich zwingen, sich um ihrer Selbstbehauptung willen gegen die Offiziere zu wenden. Mitreißend, begeisternd dagegen wirkt der Film, wenn die arbeitende Bevölkerung von Odessa wie von einem Alp befreit aufsteht und den mutierenden Matrosen des "Potemkin" jubelt. Grauenhaft sind die Szenen, die zeigen, wie die Goldstücke des Zarismus die wehrlose und unbewaffnete Arbeiterbevölkerung Odessas niedergemacht. Szenen, die bildhaft und eindringlich einprägen, was für eine herzlose, blutdürstige Maschine der Militarismus ist, eine Maschine, die kein Erbarmen kennt, die Freiheit, Mütter, Kinder und Säuglinge zerstört — Menschen zerstört. Eine grauenhafte Maschine, die zerstören und zerstören müssen.

\*

Herzerregend sind diese mit gewaltiger, künstlerischer Kraft gestalteten Szenen. Aber nicht nur grauenhaft und herzerregend, sondern auch kräftig wendend, aufstrebend zur Aussöhnung, zur Abwehr. Und das Ganze wirkt darum so gewaltig, wird darum eine so überwältigende Anklage gegen das alte, monarchistische Gewaltregime, weil dieser Film ein Kunstwerk von außerordentlicher Vollendung ist. Nicht einzelne Stars, sondern die Massen sind in diesem Film die Akteure, die dumpfe, stumpfe, ewig gedrückte und getretene Massen. Die ernsthafte Berliner Presse, die den "Panzerkreuzer Potemkin" nur als Kunstwerk gewertet hat, hat einmütig und übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, dass dieser Film der künstlerisch wirkungsvolle und eindrücksvolle ist, der jetzt in Berlin gezeigt wird. Tausende Szenen allabendlich in Berlin in fünfzehn Kinotheatern ergriffen und begeistert vor diesem Film. Dieser Film ist ein Beweis dafür, dass, wenn künstlerisch Werktuolos gezeigt wird, die Massen unseres Volkes sich recht wohl auch im Kino an anderen Dingen begeistern, als am Feuerkreuz.

\*

Ganz Berlin spricht von diesem Film. Die Reaktion ist groß. Alle Kräfte werden mobilisiert, um das Verbot des Films zu erreichen. In der Rechtspresse Berlins stehen halbenlangen Leitartikel, in denen gegen den Film gekämpft wird, in denen gesagt wird, dass dieser Film die Massen aufseh zu bewegen. Nach den heutigen in Deutschland geltenden gelegentlichen Beschränkungen ist die einzige Instanz, die den Film verbieten könnte, die Filmoberprüfstelle. Diese Filmoberprüfstelle hat aber mit dem Hinweis auf den einwandfrei zutreffenden künstlerischen Wert den Film freigegeben. Eine besondere Polizeizensur für Filme gibt es in Deutschland nicht mehr. Trotzdem läuft die Meute der reaktionären Presse östlich, dass der Berliner Polizeipräsident um die Sicherheit des Staates willen den Film verbieten müsse. Der Berliner Polizeipräsident hat das abgelehnt. Aber für Reichswehrangehörige ist der Film verboten. Da die Polizei in solchen Dingen die Meinung vertritt, dass sie eingreifen kann, wenn es bei der Aufführung selbst zu Tumulten und zur Störung der öffentlichen Ordnung kommt, versuchen die Feinde jeglicher freiheitliche Regung jetzt, durch Provokationen in den Kinotheatern so ähnlich wie bei Theaterstandalen Tumulte zu initiieren, die die Polizei zum Eingreifen zwingen lassen.

Kein Mittel ist den Vorlämpfern für "Wahrheit und Gerechtigkeit" zu schlecht, um den Film unmöglich zu machen. Die Vereinigten Baterländischen Verbände veröffentlichten in der Berliner Presse folgenden Aufruf:

In zahlreichen Berliner Theatern wird zur Zeit der Dokumentarfilm "Panzerkreuzer Potemkin" aufgeführt. Verherrlichung von Meuterei, Aussöhnung gegen die Obrigkeit, Verhebung des Massen sind die Tendenzen des Films. In unverhüllter Folge bereitet er die Einführung des Bolschewismus bei uns vor. Bezeichnend für die heutige Zeit ist es, dass trotzdem die bestehenden Reichsbehörden für das Verbot des Films eingetreten sind, die anscheinend mit

diktatorischen Vollmaßen arbeitende Film-Oberprüfungsstelle die Aufführung des Films zugelassen hat. Daher fordern wir von den Institutionen des Reichstags und des Landtags, das Verbot des Films durchzuziehen und dadurch einer weiteren Verherrnung des deutschen Volkes Einhalt zu tun."

Es kann also auch noch einen frisch-fröhlichen parlamentarischen Kampf um den "Panzerkreuzer Potemkin" geben. Der erhabene Kampf der Reaktionäre aber zeigt, dass dieser Film eine überaus wirksame Waffe im Kampf gegen das monarchistische Regime, im Kampf für die Republik, im Kampf für eine neue bessere Gesellschaft ist. — Darum sollten alle Republikaner und alle Sozialisten in jedem Orte Deutschlands jetzt darauf drängen, dass in irgendeinem Kinotheater ihres Ortes der "Panzerkreuzer Potemkin" aufgeführt wird.

## Haushaltshilfen durch Pflanzen.

Doch durch gewisse steckende und brennende Pflanzen, wie z. B. die Nelke, unangenehme Hautausschläge hervorgerufen werden, ist längst bekannt. Aber auch Pflanzen, die uns ganz harmlos erscheinen, können lästige Hautentzündungen hervorrufen, und zwar nicht bei jedem Menschen, sondern nur bei besonders empfindlichen. Diese Empfindlichkeit gegen Pflanzen und Pflanzenprodukte ist in jüngster Zeit eingehender untersucht worden und hat zu überraschenden Ergebnissen geführt, über die Professor Touton in einem Aufsatz der Frankfurter "Umfund" berichtet.

Die Hautentzündungen, die durch Spargelblätter hervorgerufen werden, sind erst seit dem Vorjahr näher beachtet worden, als unter den Arbeitern und Arbeitern der zahlreichen Konzernbetriebe der Braunschweiger Gegend Massenreaktionen ausbrachen. Die "Spargelkrise" ist in diesen Betrieben eine alltägliche Erscheinung, und die betroffenen Arbeitern werden entlassen und auch nie wieder eingestellt. Es hat sich nämlich aus den Beobachtungen die wichtige Tatsache ergeben, dass bei jeder neuen Verführung mit dem Spargelsoß eine immer heftigere Entzündung auftritt. Die Empfindlichkeit zeigt sich bisweilen plötzlich bei Personen, die jahrelang ungefähr Spargel verzehren konnten. So ergibt sich eine Teilung der "Empfindlichen" in zwei Gruppen, in solche, die schon bei erstmalsiger und leichter Einwirkung des Saftes auf die Haut den Ausschlag bekommen, und solche, die erst nach mehrmaliger, oft durch lange Zwischenzeiten getrennter Einwirkung davon ergriffen werden. Den "Gitsch" beim Spargel nachzuweisen, ist noch nicht gelungen.

Die die ganze Pflanze außen überziehenden Drüsen spielen wahrscheinlich eine Hauptrolle, und dies ist wohl auch der Fall bei der chinesischen oder japanischen Primula, die bei Empfindlichen sehr unangenehme Erscheinungen hervorruft. Obgleich diese Krankheit bereits längere Zeit bekannt ist, gibt es doch noch immer Fälle, die jahrelang nicht festgestellt werden, und das beliebte Primelstädtchen, das dem Empfindlichen immer wieder zum Geburtstag geschenkt wird, erweist sich als ein rechtes Dornenärgeschenk, bis man schließlich die Blumen ganz aus seinem Bereich entfernt und ihn damit von dem heftig juckenden Ausschlag befreit. Diese "Primelkrankheit" sind sogar schon durch Dritte übertragen worden, die Primelsoß auf irgendwelchen Gegenständen zurückgelassen haben.

Eine dritte Gattung solcher schädlicher Pflanzen ist die Gattung Rhiz, zu der die in Nordamerika und Ostasien wachsenden Giftpflanzen, Giftrum und Gifteiche gehören. Dazu kommt noch der japanische Lackbaum. Alle vier rufen quälende Hautentzündungen des Geschlechts und aller von ihnen berührten Hautpartien hervor. In den Vereinigten Staaten, wo der Giftrum eine lästige Plage ist, hat man durch Einspritzungen mit einem „Gegen-gift“ vielfach Unempfindlichkeit dagegen erreicht. Bei uns besteht je diese Gefahr nicht; dagegen können Lackbaum, Giftrum der abgeschoben Laub von einem Gesäß, das über 1000 Jahre alt war, noch die Reizwirkung, und in Amerika sind verschiedentlich durch japanische Lackwaren Entzündungen hervorgerufen worden. Die Zahl der Menschen, die an einer solchen Unempfindlichkeit gegen Pflanzen leiden, beläuft sich auf etwa 7 bis 10 Prozent.

## Kleine Chronik.

Dem Gedächtnis Max Ringers, der vor 10 Jahren am 11. Mai starb, war ein Orgelkonzert Günter Ramins gewidmet. Das Programm umfasst einen wichtigen Teil des Schaffensbereiches von Max Ringer, dessen Musik mehr als die aller lebenden Komponisten im Klischenie wurzelt und Welt und Weltgesühl als ein Ganzen in sich trägt, d. h. also: im besten Sinne des viel missbrauchten Wortes kosmisch ist. Er hat zwar ungleichmäßig geschaffen, aber neben Belanglosem liegen die markantesten Neuerungen, in denen eine unheimliche Musikalität und ein ungebräuch-

In langer Träumerie schritt er langsam über die Terrasse zurück, und als er Green-side Church erreicht hatte, blieb er in zweitäliger Ruhelegung stehen. Seitwärts des Gipfels von Chatslon Hill, zu seiner Linken, zog sich der Weg zu Colette. Dort wurde Alan bald seiner Unfert entgegen; doch John würde jetzt ebenso wenig zugestimmt haben, dorthin zu gehen, wie er eingewilligt hätte, sich in einem Sumpf zu wälzen. Der zarte Druck von des Mädchens Hand auf seinem Arm und das freundliche Lächeln in seines Vaters Augen verboten beide laut ein solches Tun. Gerade vor ihm führte der Weg nach Hause. Das vertrieb jedoch nur ein Bett, einen wenig anziehenden Platz für jemanden, dessen Gemüt in lyrische Schwüngen versetzt ist und dessen nicht allzu stürmisches Herz gerade in diesem Augenblick in tumultuarischer Erregung bebte. Die Bergspitze, die fühle Nachtruhe, die Gesellschaft der großen Monumentalbauten, der Andeut der Stadt zu seinen Füßen mit ihren Hügeln und Tälern und den sich freudenden Licherchen liehen alles erwachsen, was an Poetie in ihm lebte; und er wandte sich jenem Wege zu. Diese an sich so unschuldige Abweichung ließ die Saat seiner so verzweigten Fehlers der Schicksalslinie entgegenreisen.

Vielleicht eine halbe Stunde ruhte er auf einer Bank auf dem Hügel oberhalb Green-side aus und blieb hinunter auf die Lichter Edinburghs und hinauf zu den himmlischen Lichtern. Herrlich waren die Entschlüsse, die er zog, schön und freundlich die Bilder seines künstlerischen Lebens, die sich vor ihm auftaten. In ungewohnten und dramatischen Wiederholungen sprach er den Namen "Flora" aus, das sein Herz vor Zärtlichkeit fast hinnehmbar. Am liebsten hätte er laut gelungen. In diesem trübsamen Moment vernahm sein Ohr ein gewisses Knittern in seinem Mantel. Er fuhr mit der Hand in die Tasche, zog den Umschlag, der das Geld enthielt, hervor und sah da, wie geföhnt. Zu jener Zeit hatte Chatslon Hill des Nachts einen schlimmen Ruf. Dort mit vierhundert Pfund zu hohen, die einem nicht einmal gehörten, war kaum klug zu nennen. Er blieb auf: da stand etwas leitwärts von ihm ein Mann mit einem sehr schädigen Hut und betrachtete augenscheinlich auch die Szenerie. Und von der anderen Seite kam ein zweiter nächtlicher Wanderer ganz geräuschlos nähergeholt. John sprang auf, der Umschlag entfiel seiner Hand, er bückte sich, um ihn aufzuhören, und im gleichen Moment stürzten die beiden Männer auf ihn los und fielen über ihn her.

Nach ein paar Minuten stand er wieder auf den Füßen, verprügelt und entsetzt, und örter um eine Börse mit einer zwei

Augen Temperament sich mit Chaos, Hölle, Erde und Himmel beschafft. Ramin diente den grandiosen Werken mit der ihnen entsprechenden und an ihm gewohnten technischen Meisterschaft und mit einer spürbaren Liebe, die den Abend zu einer stillen Feier erhob. Er vereinigte allen Dank der Regerfreunde auf sich, weil er der einzige blieb, der diesmal für Reger arbeitete. Dass die Zeit für ein Regerfest mit großen Orchesterkonzerten und Kosten nicht günstig ist, sei zugegeben, weil man es in Leipzig doch wieder so schlecht organisierte würde wie im Vorjahr das Händelfest. (Andere, kleinere Städte auch, bringen solche Sachen freilich gut fertig, und das Dresden Händelfest vor zwei Jahren ist glänzend verlaufen.) Ja bedauern bleibt, dass kein Wanlit, sein Geiger den Nutzen zu einem Regerabende sah. Regers Streichquartette setzten vielen als die bedeutendsten nach den Klassikern, wesentlich als etwa die von Brahms — unser Gewandhausquartett, das oft mit Reger zusammen spielte, hört, so glaube ich, seine Veränderung im nächsten Winter noch. Vorläufig festigte also Ramin allein in uns die Neuerung, dass die Zeit für die mächtigste Wirkung Regers noch kommen wird. Sie wird da sein, wenn die dünnblättrigen, aufgeplusterten, nobilitischen Musikmodenführer unserer Tage kaum den ledigsten Musikphilologen reizen werden. Für den richtiglosen und daher inkonsistenten, verlogenem und vollsinnigen Musikbetrieb von heute ist es charakteristisch, dass unsere Musikschreiber, auf verschiedene Weise miteinander im Dienststand weltfertiger, lieber Sondernummern für persönliche Interessen oder über den Komponisten einer Slaviersuite, die einen pervertierten Kanonenzug gestaltet, herausgeben, als den Weg freizumachen für die genialische übertragende Erscheinung eines Reger, der mit 43 Jahren, gerade als er sich neuer Formen bemächtigte, sterben musste — während andre mutter weiterkomponieren. Man sollte ihnen die Unsterblichkeit dafür anbieten, dass sie das ruhige Notenbuch ausgeben. Den Platz, den sie wegnehmen, wird Reger doch einmal ausfüllen. S. W.

James Klein auch in Berlin erlebt. In dem Konzessionsentwurfungsprozess des Berliner Polizeipräsidiums gegen James Klein wurde von dem Bezirksausschuss Berlin ein Urteil gefällt, durch das ihm die Konzession entzogen wurde. Der Vorwiegende, Geheimrat Berger, erklärte in der Begründung, dass die Ergebnisse des Beweisverfahrens die Voraussetzungen nach § 53 der Reichsgewerbeordnung, die für die Entziehung einer Konzession notwendig sind, bei Direktor Klein vorlagen, da diesem die Zulässigkeit in allgemeiner und finanzieller Beziehung nicht mehr zuverkannt werden könne. Direktor Klein hat den Bau und später polizeilichen Vorschriften nicht entsprochen, seine Buchführungen waren völlig ungenügend. Die Vorlage von Quittungen über angebrachte Zahlungen an die Schauspieler durch seine Sekretärin, die sich als unrichtig herausgestellt haben, und vor allem die Ablegung des Offenbarungseides rechtfertigen die Entziehung der Konzession.

Die Sektion für Dichtung in der Preußischen Akademie der Künste ist vorläufig durch Berufung von Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, Arno Holz, Hermann Stich und Ludwig Fulda gebildet worden. Nach Absicht des Kultusministers Becker, durch den die Berufungen erfolgten, soll sich die Sektion durch Zusatzorgane ergänzen.

Die Magdeburger Theater-Ausstellung. Der Termin der auf das nächste Jahr verschobenen Deutschen Theater-Ausstellung "Messe Magdeburg 1927" ist nunmehr endgültig auf die Zeit vom 14. Mai bis zum 4. September 1927 festgesetzt worden.

**Operetten-Theater.** Sonnabend, den 15. Mai, 7½ Uhr. Premiere der Operette "Olin-Polly" von Walter Kosse. Hauptrollen: Erna Ritter, Theo Tiziani, Gianni Navarro, Hellwig, Biedenkopf, Tobien, Martelli, Bergmann. Die Einstudierung der Tänze László Galpern. Musikalische Leitung: Großkopf, Regie: Martelli.

## Filmstechau.

**Fedorov** (im Ufa-Theater Albertthalle) verarbeitet den unerträglichen Stoff des Sardouischen Romans von Boris Spassky, der im Verdacht steht, einen politischen Mord begangen zu haben, von der Braut des Ermordeten verfolgt wird, flieht, die Liebe der ihn verfolgenden gewinnt und ihr schließlich gesteht, dass der Mord nichts anderes war als die Rache für eine zerstörte Ehe. Mord, dem politischen Motive untergeschoben werden, obwohl persönliche Machtgebend sind, ist in unseren Tagen eines tragischen Krimiteriums aktuell, und auch der Ausgang des Films, dass zuletzt der Ermordete schuldig gesprochen wird. Der Film haut viel weibliche Liebestheatralismus um die Angelegenheit, wirkt überwiegend durch die romantisch-kriminelle Spannung seiner Handlung und bleibt im Bildlichen vielfach stark und flach. Überraschend dramatisch ist diesmal die konkret mehr operhaft phantastische Lee Parrish in der Rolle der belebten Rächerin. S.

Bencmark, ein ballistisches Taschenbuch und das über alles wichtige Kavort.

Hier stand er nun, ein junger Bursche, den auf der Höhe seines Liebesrausches ein Streich getroffen hatte, zu festig, um ohne Beistand entragen zu werden. Und nur wenige hundert Meter entfernt lag sein intimster Freund beim Nachtmarsch — ja, und erwartete ihn sogar. War es nicht menschlich tief begründet, dass er dorthin eile? Er ging auf die Suche nach Mitleid — auf die Suche nach seinem tödlichen Artikel, den wir alle so dringend zu benötigen glauben, wenn wir uns in einer Klemme befinden, und den wir überall gefunden sind, als guten Rat zu bezeichnen. Außerdem ging er auch dorthin in der vagen, aber um so lockender Erwartung, Hilfe zu finden. Alan war reich oder würde es wenigstens bei Mündigkeit werden. Durch einen Federstift vermochte Alan dieses Glück zu heilen und die gefürchtete Unterredung mit Mr. Nicholson abzuwenden, vor der Zähne beim bloßen Gedanken zurückzuschrecken.

Unmittelbar am Ende von Chatslon Hill zog sich eine gewisse enge Gasse hin, halb Straße, halb Landweg. Ihr eines Endes führte auf die Tore des Gefängnisses, das andere führt hin zu dem sonnenlosen Verbrecherviertel von Untercalton. Auf der einen Seite wurde die Gasse von den Hölzen des Hügels übertragen, auf der anderen erstreckt sich ein alter Friedhof. Zwischen diesen beiden führt die Straße wie durch einen Hohlweg, spärlich beleuchtet bei Nacht und wenig befacht bei Tage. Nachdem der Begrüßungsplatz aufgelassen worden, erhoben sich an seiner Stelle schmutzige und anodente Häuser. Eines davon war das Haus Colettes. An der Tür dieses Gebäudes pochte jetzt unter zum Unglück geborener John um Einlass. Zu dieser Stunde betrat er das etwas schmierige Innere. Alan war bereits zur Stelle. Er sah in einem von alten, den Gasträumen erleuchteten Zimmer an einem unlauberen Tisch, vor sich ein wenig verlöschendes Essen, in Gesellschaft einiger angetrunkenen Mitglieder der jüngeren Juristenschaft. Auch Alan war nicht mehr jugendlich; er hatte beim Rennen laufend Punkt verloren und diese Nachricht erst mittags erhalten. Jetzt war er dabei, mangels jeder Möglichkeit, sich aus dieser Sache herauszuwinden, wenigstens die Erinnerung an seine Verlegenheit zu ersäufen. Er kann helfen! Die Geschichte war unmöglich, nicht einmal sich selbst konnte er helfen.

(Fortsetzung folgt.)

## Die unglücklichen Abenteuer John Nicholsons

Von Robert Louis Stevenson.

Copyright by Buchenau und Reichert Verlag, Berlin.

## Zweites Kapitel.

In dem John Sturm erriet.

Etwas um halb elf Uhr hatte John das große Glück, sich Madeline seinen Arm reichen zu dürfen und sie nach Hause zu begleiten. Die Nacht war kühl und sternenhell, auf dem ganzen Wege schwärzten in den benachbarten Gärten die Bäume und hoben sich schwarz gegen den Nachthimmel ab. Als sie den steinigen Grund von Leith Walk kreuzten, blies ihnen der Wind scharf entgegen und ließ die Flammen der Straßenlaternen flackern. Und als sie endlich die königliche Terrasse, wo Hauptmann Madeline wohnte, erreichten hatten, wehte ihnen eine stark salzige Kühle vom Meer her ins Gesicht. Diese einzelnen Phasen des Weges blieben tief in Johns Erinnerung haften, verlängert durch die Berührung der leichten Hand auf seinem Arm. Und hinter all den Ausblicken auf die nördliche Stadt sah sein geistiges Auge das Bild des erleuchteten Wohnzimmers zu Hause, wo er mit Flora im Gespräch gelesen und sein Vater vom anderen Ende des Zimmers mit freundlichem und ironischem Lächeln zu ihm herübergeworfen hatte. John hatte die Bedeutung dieses Lächelns, das einem Fremden wohl entgangen wäre, verstanden. Mr. Nicolson gewährte die Verließheit seines Sohnes eine mit Humor gemischte Bestreitung, und sein Lächeln, wenn es auch noch etwas geringschätzig war, bedeutete Zustimmung.

Vor des Hauptmanns Haustür reichte ihm das Mädchen mit einer gewissen Empathie die Hand, John griff sie, hielt sie ein wenig länger als nötig und sagte: „Gute Nacht, liebe Flora.“ Aber in gleichem Augenblick erschreckte ihn auch schon seine Verlegenheit. Sie aber lachte nur, sprang die Stufen hinauf und klingelte. Während sie auf das Öffnen der Türe wartete, schmiegte sie sich eng an die Vorhänge und unterhielt sich von hier aus wie aus einem Zeitungsbau mit ihm. Sie hatte einen gesträubten Schal um das Gesicht gelegt, die blauen Hochländeraugen emporbringen das Licht von den benachbarten Straßenlaternen und funkelten. Und als sich die Tür öffnete und gleich wieder hinter ihr schloss, empfand John schmerzlich seine Einsamkeit.

## Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 14. Mai.

## Turnhose und Bludertum.

Bei Beratung des Haushaltshauses erklärte als Redner der Sozialdemokratie der Abg. Schmidt, man könne Käsch und Schund nicht mit Musketoschen bekommen. Solche Erklärungen sind ab und zu notwendig, wenn man daran denkt, wie in gewissen kirchlichen Kreisen (evangelischen und katholischen) das Musterum an Macht gewinnt und immer wieder Vorstöße gegen eine freie und natürliche Erziehung gemacht werden, wie man dort eine Empfindlichkeit nimmt, die am Lächerlich grenzt. Ein klassisches Beispiel dafür bot kürzlich der Haushalttausch des Bayrischen Landtags. Dort erklärte der bayrischen Volkspartei, d. h. dem bayrischen Zentrum angehörige Abg. Irl., er protestiere namens des gesamten bayrischen Landvolkes gegen das sogenannte schwedische Turnen. Es sei unanständig, wenn eine Turnlehrerin nur mit einer Turnhose bekleidet, am Boden auf dem Rücken liege und beide Beine in die Luft über den Kopf strecke. Derartige Turnübungen seien mit dem religiösen Empfinden unvereinbar, namentlich dann, wenn dieses Turnen mangels geeigneter Räume an Orten stattfinde, wo die männliche Jugend unbehindert zuschauen könne. Das Bauernvolk habe heute wichtige Ausgaben zu bestreiten als die für die Anschaffung von Turnhosen." Diese von "Sittlichkeit" triebenden Ausführungen riechen auch noch eine Reaktionstasse des Abg. Irl., ein Fräulein Barth auf den Plan, die glaubte, das Damentreffen überhaupt vom Standpunkt des Anstandes und der Artethit verwerfen zu müssen, sie fand es als besonders bedauerlich, daß ein Zwang zum Turnunterricht besteht.

Ist es nicht sonderbar, auf welche Gedanken bigotte alte Jungfern kommen? Und man braucht dabei noch nicht einmal immer nach Bayern zu gehen. Solche Exemplare findet man auch anderswo, manchmal sogar in bedenklicher Nähe. Und dazu der stiftlich entrüstete religiöse Bauer, dem's die Turnhose angetan hat, die er — als Bauer nicht bezahlen kann. Und dann noch das unsittliche Einheben. Und wie befürchtet er um die Sittlichkeit des bürgerlichen Nachwuchses ist!

Ob die so lehrt Sittlich-Entrüsteten gar nicht merken, daß sie daran, daß sie überall Unsittheit wittern, sich selbst ein recht fragwürdiges Zeugnis ausstellen.

Aber so ist ja das Musterum aller Richtungen.

Clavis.

## Was die Untermieter fordern.

Die von der Untermieter- und Wohnunglosen-Gemeinschaft Leipzig und Umg. e. V. für den 5. Mai 1926 im Saal des Gesellschaftshauses Metropol Leipzig, Gottschedstraße, einberufene öffentliche Versammlung nahm nach dem Referat über das Thema: "Die neue Mietpreisebzähnung und ihre Auswirkung auf die Untermieter" folgende Entschließung einstimmig an: "Die Untermieter und Wohnunglosen Leipzigs fordern von den Reichs- und Landesregierungen, sowie vom Rat der Stadt Leipzig die restlose Verwendung der Mietzinsteuer zum Wohnungsbau, sowie eine sofortige rationelle Verteilung des bestehenden Wohnraums. Ferner fordern sie die Aufhebung der Ratsbefreiungsmachung vom 1. Februar 1921, die Schwarzmiete betr. und die Unterstellung aller Untermieterverträge unter das Mieterschutzgesetz, und sie berufen sich hierbei auf Artikel 155 der Deutschen Reichsverfassung, wonach jedem Deutschen eine gesunde Wohnung zusteht."

## Wie man Impfgegner behandelt.

Ein Impfgegner schreibt uns: Ihr Artikel „Wenn sich die Polizei irr“ vom Sonnabend, dem 24. April d. J. gibt mir Veranlassung, Ihnen etwas über meine Erlebnisse während einer 2 tägigen Staatszensur zu schreiben. Da ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, mein Kind impfen zu lassen, nachdem mir die Schäden der Impfungen in überreichem Maße bekannt sind, wurde ich bereits das zweite Mal gerichtlich, wegen Vergehens gegen das Impfgesetz, bestraft. Obwohl man nach dem Grundjahr, nach dem wegen ein und desselben Vergehens nicht mehrere Male bestraft werden kann, bestrafen die meisten deutschen Gerichte des öfteren. Nach dem Impfgesetz von 1874 ist nur einmalige Bestrafung wegen Impfvergehens bei der Entstümplung vorgesehen. Da Bestrafung zwecklos gewesen wäre, verklagte ich es mit einem Gnadenbeschluß an das Sächsische Justiz-Ministerium, mit der Begründung, daß ich mich zu Unrecht verurteilt fühlte. Nach wiederholten Anfragen wurde die ausgeworfene Strafe in Höhe von 20 M. nicht erlassen bzw. die Begnadigung wurde davon abhängig gemacht, daß die Impfung nachgeholt würde. Für mich als Impfgegner war dies eine starke Aufführung, welche einem Impfzwange gleichkommt, der jedoch im Grundsatz nicht vorgegeben und bei der Annahme des Gelebens auch nicht beabsichtigt war, was aus der Entstümplungs geschichte hervorgeht. Da für mich als kleinen Geschäftsmann 20 M. wieder eine Summe darstellen, mit der man unter jeglichen Verhältnissen sehr rechnen muß, entschloß ich mich, die Entstümplung von 2 Tagen Haft anzutreten. Ich konnte nach Antritt meiner Strafe feststellen, daß der Staat anscheinend auch sehr mit diesen 20 M. rechnete. In 3 Schreibblättern wurde ich mindestens 6 Mal aufgefordert, doch lieber die Strafe zu zahlen, als mich 2 Tage in Haft zu begegnen. Man möchte mir wegen der Abholzung die weitgehendsten Konzeßionen. Da für mich aber 20 M. auch dann noch zwanzig Mark bleiben, wenn ich diese in Raten bezahle, ließ ich mich von meinem Vorhaben nicht abbringen, obwohl schon die Behandlung in den ersten Minuten des Strafantrittes für mich etwas sehr entwürdigendes hatte. Nachdem ich mich in meiner neuen Behausung nach Erledigung der mit Verbüßung einer Strafe verbundenen Formalitäten eingemessen zu haben, wurde ich aufgefordert, eine bestimmte Schreibstube auszuwählen. Dort wurde mir eröffnet, daß man mit Fingerabdrücke entnehmen müßte. Auf meine begreifliche Erregung, mit dem gemeinen Verbrecher auf eine Stufe gestellt zu werden, wurde mir von dem ausführenden Beamten der Polizei, das sei doch gar nicht so schlimm und für ihn unbedeutende Befehl. Ich sah ein, daß weitere Einwendungen keinen Zweck haben würden und jeder Versuch gegen dieses Anlinnen einen Widerstand gegen die Staatsgewalt gleichkommen wäre. Wenn den Beamten so viel Macht in die Hände gegeben wird, müßte man ihnen auch das Recht geben bzw. vorschreiben, daß in gleichen und ähnlichen Fällen Ausnahmen zu machen sind, oder traut man einem Impfgegner, welcher es vor seinem Gewissen nicht verantworten kann, bei seinen Kindern einen solchen operativen Eingriff, wie ihn die Impfung darstellt, vornehmen zu lassen, so schwere Verbrechen zu, die eine Entstümplung in das Verbrecherabulum rechtfertigen? Es wäre hier Pflicht unserer Vertreter im Parlament, dafür zu sorgen, solche Vorkommen in Zukunft unmöglich zu machen, um das Ansehen des Staates nicht in Mitleidenschaft zu bringen. Es ist auch angebracht, die Verbiegung einer Artikl zu unterziehen. Nicht etwa, daß dieselbe nicht reichlich genug gewesen wäre, aber die Zusammenstellung und Zubereitung deutet von einer Verständnislosigkeit, wie man sie nicht für möglich halten sollte. In einem gewissen Grade von Ehren, Sauerkrant und Bohnen fand ich 30 ganze Pfeffertörner vor, deren Zahl bestimmt noch größer geworden wäre, wenn ich mit die Mühe genommen hätte, weiter zu suchen. Es war mir nicht möglich, das Essen zu genießen, da es

auch dem vollständig verschlossen war. Beim Schlafengehen überfiel mich ein neuer Ekel, denn das Bettlaken, welches vollständig schwarz und schmutzig ausgab, hatte keinen Bezug. Das sind Zustände, die in einer modern eingerichteten Straßenstube wie in Leipzig nicht zu finden sein sollten. Dies alles soll mich jedoch nicht davon abhalten, auch in Zukunft wieder, falls man mich nochmals verurteilen sollte, die Geldstrafe abzuzahlen, denn solange der Staat noch Geld für das längst durch bessere hygienische Zustände überholte Impfgesetz von 1874 erhält, hat er kein Interesse daran, das selbe aufzuheben. Pflicht eines jeden Impfgegners wäre es, sich in der zuständigen Organisation: Verband der Impfgegner e. V., Sitz Leipzig, Rosslauer Str. 11, als Mitglied anzumelden, um so an der Bekämpfung des Impfgesetzes auf geheimnisvollem Wege mitzuwirken zu können.

## Bunzel junior.

Den alten Herrn Bunzel, der „vaterländischer“ Arbeiterschreiter ist, kennen uns alle. Sein Sohn, Bunzel junior, stand dieser Tage vor Gericht. Am 28. Januar 1926, nachts 12 Uhr, zog er mit ungefähr 100 Hafenkreuzern durch den Rostocker Steinweg. Er und seine Komplizen waren aus einer politischen Versammlung in den Konkordienstädten. Ihnen entgegen zogen mehrere Kommunisten, die aus einer Versammlung im Frankfurter Torhaus kamen. Da sich die Nationalisten in großer Überzahl befanden, stießen sie über die wenigen Arbeiter her. Mit Schlägerstöcken und Stockhaken schlug man blindlings auf die Passanten ein, so daß dann mehrere Menschen blutüberströmmt ins Krankenhaus transportiert werden mußten. Bei dieser sinnlosen und wilden Schlägerei tat sich vor allem der Sohn des alten Bunzel, Herbert Bunzel, hervor. Allerdings schlug auch ein ebenjüngler vor Gericht schon befannter Rotfrontkämpfer einen jungen Menschen mit einem wuchtigen Stockschlag zu Boden, so daß er Verlebungen davontrug. Vor Gericht bestritt der Kommunist, in dieser Weise geschlagen zu haben. Die Hafenkreuzer wollten natürlich erst recht die Unschuldsmänner markieren, trocken bei ihrer Verhaftung sogar Dolche gefeuert wurden. Der Staatsanwalt beantragte wegen Landfriedensbruchs



"Um diese gottgesegneten Zustände zu festigen, ist es unsere erste Pflicht, dem Volke die Religion zu erhalten!"

gegen den Kommunisten, der doch immerhin der Angeklagte war, 8 Monate Gefängnis; gegen Bunzel, Meier, Beckmann und Kriebisch je 4 Monate Gefängnis. Das Gericht sah die Sache viel milder an. Statt aber den Kommunisten freizusprechen, ließ es unverblümlicherweise die Rechtsradikalen Meier, Beckmann und Kriebisch frei ausgehen und verurteilte den Roten Frontkämpfer wegen Körperverletzung zu 1 Monat Gefängnis. Den Herbert Bunzel zu 1 Monat 3 Tagen Gefängnis. Lediglich hatten die beiden Verurteilten bereits 9 Tage Haft über sich ergehen lassen müssen. Werden sich hier die L. R. R. über die Verwahrlosung der heutigen Jugend entzürten, da Fleisch von ihrem Fleisch eine solche erschreckende Roheit zeigte?

## Vom Konsumverein L. Plagwitz

ist uns folgende Entschließung zur Veröffentlichung zugegangen: Die Leipziger Einkaufsvereinigung, der sämtliche in Nordwest Sachsen anstößigen Konsumvereine angehören, hat in ihrer Sitzung am 10. Mai 1926 mit Bekennen Kenntnis genommen von einem Rundschreiben des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands, Leipzig, durch das die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, ihren Bedarf in Tabakzeugnissen bei einer bestimmten Privatfirma zu decken, weil angeblich nur diese ihren Arbeitern anständige Löhne zahlte. Die Einkaufsvereinigung stellt sich, daß die in den Konsumvereinen geführten Zigarren und Tabakfabrikate „GEG“ in den eigenen Fabriken der organisierten Verbraucher seit je unter den darüber liegenden hygienischen Bedingungen auf Grund der mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband vereinbarten Tarife unter weitgehender sozialer Fürsorge für die Beschäftigten hergestellt werden und daher schon aus dienen Gründen von jedem organisierten Arbeiter bevorzugt werden sollen. Sie weist die einseitige Stellungnahme des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands zugunsten einer Privatfirma zurück und erwartet, daß die organisierten Verbraucher sich dadurch in der planmäßigen Förderung der genossenschaftlichen Eigenproduktion nicht beirren lassen."

Fahrradausbewehrung für Gewerbolose. Vom öffentlichen Arbeitsnachweis Leipzig und Umgebung wird mitgeteilt, daß nunmehr auch in der Mekhalle auf dem Schulplatz (gegenüber dem Alten Theater) eine Fahrradausbewehrungsstelle eingerichtet worden ist, um zwar für die Gewerboles, die in der Fachabteilung für die Metallindustrie am Tröndlinring 1 zur Kontrolle gehen, sowie für diejenigen, die im Arbeitsamt II in der Herberger, 3 Geschäftsräume zu erledigen haben. Die Ausbewehrungsstelle wird am Freitag, dem 14. Mai, eröffnet. Die Fahrräder werden gegen Vorweisung der zur Zeit gültigen Kontrollstelle des öffentlichen Arbeitsnachweises Leipzig in der Zeit von 1/2—1 Uhr unentgeltlich zur Aufbewahrung angenommen. Sie sind möglichst schnell, spätestens bis 1/2 Uhr, wieder abzuholen.

Sonderzugverkehr. Wie unterlassen nicht, auf den am Sonntag, dem 16. Mai 1926, von Leipzig Hbf. nach Dresden verkehrenden Sonderzug 4. Klasse nochmals besonders aufmerksam zu machen. Der Zug ermöglicht den Besuch der Dresdner Gartenbauausstellung und besteht ab Dresden Hbf. Anschluß an fahrplanmäßige Züge nach Königstein/Bad Schandau. Es kann mithin ein sicher lohnender

Ausflug nach der sächsischen Schweiz ausgeführt werden. Zugabfahrt 6.20, früh Leipzig Hbf. Fahrpreis Dresden 5.20 M., Bad Schandau 7.10, Pöhlitz (Wehlen) Rathen 6.60 M. Der Zug hält in Leipzig-Paunsdorf, Wurzen, Oschatz, Riesa.

Die Sommer-Ausgabe des „Blitz“-Fahrschemas erscheint Mitte Mai im Verlage der Firma M. u. R. Zocher in Dresden. Vielsachen Wünschen nachkommend, wurde der „Blitz“ durch Neuauflnahme des böhmischen Grenzenbahnhofes und Ausbau der Kraftwagenlinien bedeutend erweitert. Der „Blitz“ ist in den Eisenbahnbuchhandlungen und allen einschlägigen Geschäften zu besorgen.

Neues bei Sarajani. Sarajani präsentiert jetzt eine prächtige Gruppe von Sudanlöwen, dreistufig von dem bekannten Dampfteur Karl Neindl, und schließlich erscheint als Massenschau das Sarajanische Amazonenkorps. Uebrigens kann trotz des enormen Erfolgs eine Verlängerung des Sarajani-Gastspiels über den 10. Mai hinaus nicht stattfinden. Sarajani muß zu Pfingsten die Chemnitz feiern. So stehen nur noch 5 Tage für Leipzig zur Verfügung. Morgen ist der letzte Sonnabend, übermorgen der letzte Sonntag, an dem Sarajani besucht werden kann. An beiden Tagen finden je zwei Vorstellungen statt, mit Beginn um 3 Uhr und um 7.30 Uhr, und außerdem gibt es am Sonnabend zwischen 10.30 Uhr und 11.30 Uhr wieder eine vollstümliche Tierstau zum Eintrittspreis von 50 Pf. pro Person.

Tiere der Nordsee im Zoo. In der vergangenen Woche ist im Zoologischen Garten ein großer Nordseetransport eingetroffen. Ein wohl durchlüfteter Fässer und Kästen kamen sie an; u. a. ein Dorf, der nun durch eines der großen Boote kreist. Den meisten dürfte er nur als toter Spezies bekannt sein. Unter ihm bedeckt eine Menge Flachfische den Boden: Schollen, Seesel, Seelungen und Butte. Wunderwoll passen sich in ihrer Farbung dem sandigen Grund an. Selbstame Nagelrochen mit ihren Fischellosen haben sich darunter gemischt. Eine Schar Einiederkrebs trügt die bezauberten Schneckenhäuser. Hudepau. Schwimmkrabben schleichen seitlich den Felsen hinan und gleiten hernan mit ihren ruderförmigen Hinterbeinen durch die Flut. Das Schönste ist aber das Seeorendesten. Es prangt in lebener Fülle. So ungefähr mag es auf den unterschiedlichen Bänken des Nordmeeres aussehen. Ein Tier neben dem anderen; sogar ein in die See geworfenes Kochettiretje haben sie gemacht. Jedes hat seinen strauchhaften Leib gekreest und die geschrägelte, jetzt getönte „Blütenkrone“ entfaltet, um von den herabfallenden Wassertröpfchen möglichst viele zu eraffen. Ein wirklich farbenfrohes Bild.

Heimatstündliche Führungen. Sonntag, 14. Mai, veranstaltet das Naturkundliche Heimatmuseum eine öffentliche Vormittagsführung zum Studium der Vogelstimmen auf dem Südfriedhof (Führer P. Leonhardi). Die Teilnehmer treffen sich 7 Uhr am Verwaltungsbau des Friedhofes. — Am gleichen Sonntag erfolgt ein öffentlicher ganzjähriger geisteskundlicher Ausflug in die Umgebung von Waldheim (Führer R. Döring). Abfahrt 6.40 mit Sonntagskarte nach Waldheim über Döbeln (hier umsteigen in der Richtung Chemnitz). Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist für jedermann frei.

Bewölkerungsvorgänge in Leipzig. Nach dem 17. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig janden in der Woche vom 25. April bis 1. Mai 63 Scheidungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 18. bis 24. April 205, davon 95 Knaben und 110 Mädchen. 49 Lebendgeborene waren unehelicher Abkunft. Tochtergeborene wurden 5 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 25. April bis 1. Mai 100 Personen, darunter 22 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 68 männliche und 92 weibliche Personen. Von den Todeställen entfielen auf Diphterie 1, Tuberkulose 20, Krebs 17, Gehirnblut 12, Krämpfe der Kinder 1, Herzkrankheiten 23, Lungenerkrankungen 17, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 4, Alterschwäche 6, übrige natürliche Todesursachen 46. 6 Personen erlagen tödlichen Unfällen und 7 endeten durch Selbstmord.

Zur Einstellung des Paketverkehrs nach Großbritannien. Die in den ersten Tagen dieses Monats aufgelegten Pakete nach Großbritannien lagen zum größten Teil noch bei den deutschen Grenzausgangs-Postanstalten. Diele sind angewiesen worden, die Pakete mit leicht verderblichem Inhalt, soweit dies aus den Zollinhaltslisten oder sonst ersichtlich ist, an die Abzender zurückzuleiten. Den Absendern von nach Großbritannien bestimmten Paketen mit andern Waren bleibt es überlassen, ihre Pakete zurückzufordern. Anträge auf Rückgabe nehmen die Aufgabe-Postanstalten entgegen.

Die Freiheit zur Einreichung von Anträgen für die einmalige Entschädigung derjenigen Empfänger von Militärrenten, die im Jahre 1923 durch die dritte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz abgelenkt wurden, oder die nach diesem Zeitpunkt aus der Rentenversorgung ausgeschieden sind, weil ihre Erwerbsminderung unter 25 v. H. gesunken ist, läuft am 31. März 1926 endgültig ab. Der Antrag auf diese Entschädigung ist von dem aus der Rentenversorgung ausgeschiedenen Kriegsbeschädigten — ausgenommen hieron sind alle vor 1923 als damalige Rentenempfänger ausgeschiedene Personen — sofort an das zuständige Verwaltungsausschuß zu stellen. Die einmalige Entschädigung von 50 Reichsmark kommt nur zur Auszahlung, wenn das durchschnittliche Monatseinkommen nach Abzug von Frau- und Kinderzulagen (Sozialzulagen) 200 RM. nicht übersteigt.

Biererzeugung und Brauholzverbrauch im Jahre 1925. Im deutschen Biererzeugungsgebiet, mit Ausnahme des der Steuerhoheit des Reichs entzogenen Saargebietes, wurden im abgelaufenen Jahre über 40 Millionen Hektoliter Bier hergestellt, und zwar ganz überwiegend, nämlich 43,7 Millionen Hektoliter Vollbier. Die Erzeugung weist in den letzten Jahren eine ganz bedeutende Steigerung auf, sie zeigt von 1922—23 folgende Staffel: 30,7—26,3 (Geldentwertungsjahr 1923) — 37,8—46 Millionen Hektoliter. Als Rohstoffen (Märkten) wurden 1925 zur Bierbereitung verbraucht: über 17 Millionen Jentiner Malz — rund 22 Millionen Jentiner Gerste, 91 000 Zentner Zuckerzucker und rund 12 000 Zentner Reis und Reisgrütze, Maisgrütze und Maisstärke. Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes in „Wirtschaft und Statistik.“

WZL. Zur Aufführung des Zigeunerbaron heute abend 1/2 Uhr sind noch Karten am Eingang zu haben.

Als Platz für den Verkauf von Pfingstmalen am Sonnabend vor dem Pfingstfest (22. Mai) wird wieder der Schulplatz bestimmt. Fleischverkauf an der Freibau. Sonnabend, den 15. Mai, Freibau I. Nr. 2401 bis 4200, Freibau II. Nr. 551 bis 2030. Von 11 Uhr an freier Verkauf.

## Polizeinachrichten

Ein dreiter Diebstahl wurde am 10. Mai, nachmittags 1.20 Uhr in einer Erdgeschosswohnung der Sebastian-Bach-Straße verübt. Dort wurde aus einer Mädchenkammer, die ihr Licht durch ein nach dem Hausflur führendes Fenster in über 2 Meter Höhe erhält, geklaut: ein graues Sportfotstuhl, ein grauer Wintermantel mit grauem gelbgeblümten Damastje gefüttert, ein Paar schwarze neue Damenlaubstiefel mit blauem Stein in der Größe einer Kaschubohne als Anhänger, eine schwergoldene Damenarmbanduhr, Französisches Fabrikat im Deckel eingeschlagen das Wort „Paris“, ferner eine Double-Gliederarmbanduhr, ein Damen-Hemdbeinkleid und ein Damenbund, beides gez. G. H. in weiß, sowie einige verschiedenfarbige Frauenstrümpfe. Der Täter ist durch das offenstehende Fenster wahrscheinlich unter Beihilfe einer unbekannten Frauensperson in den Raum eingestiegen. Die unbekannte Frauensperson, die nicht näher beschrieben werden kann, hat zur angegebenen Zeit das Haus mit einem Wäschekorb verlassen. Der Diebstahl geschah während der An-

## Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Alt-Leipzig, Westen 11. Alle arbeitsfreudigen Genossen Sonnabend 3 Uhr zur Flugblattverteilung bei Tauchert.

Thonberg. Alle Funktionäre erscheinen heute und morgen 5.30 bis 8 Uhr in der Bibliothek. Ebenso Elternräte!

Neuschönfeld. Morgen Sonnabend, 7.30 Uhr abends: Wichtige Sitzung im Sophienhöfchen. Reichslos! Escheite wird erwartet.

Leißnig. Morgen Sonnabend, abends 7.30 Uhr: Wichtige Sitzung im „Kronprinz“. Sämtliche Funktionäre sowie die Elternratsmitglieder haben zu erscheinen.

Neustadt. Morgen Sonnabend, abends 6 Uhr, bei Kafe. Flugblattausgabe und Kurze, aber wichtige Sitzung. Alle Funktionäre, Elternräte, Reichsbanner und Jugend haben respektlos zu erscheinen.

Connewitz. Sonntag, den 16. Mai, früh 8 Uhr, müssen alle Funktionäre sowie alle Elternratskandidaten zur Stelle sein. Entschuldigung gibt es nicht.

Eutin. Heute Freitag 7 Uhr: Treffen sämtlicher Vorstandsmitglieder, Funktionäre, Elternräte und Reichsbannerlamente, um zu kurzer, aber wichtiger Besprechung im Golenhöfchen. Seid pünktlich! Wahlhelfer willkommen.

Leipzig. Morgen Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, Handzettelverbreitung (Bibliothek). Es ist Pflicht aller Funktionäre, zu erscheinen.

Großschocher. Morgen Sonnabend 7.30 Uhr in der Bibliothek: Funktionäre und Wahlhelfer.

Leipzig. Morgen Sonnabend, 6.30 Uhr abends, bei Hellriegel: Sitzung sämtlicher Funktionäre. Unsere Jugend ist dazu eingeladen.

Kleinschöner. Morgen Sonnabend, ab 4 Uhr nachmittags, in der Bibliothek: Materialausgabe zur Elternratswahl. Pflicht aller Funktionäre ist es, zu erscheinen.

Frauen.

Leipzig. Mittwoch, den 19. Mai, abends 8 Uhr, im „Vater John“: Vortrag der Genossin Helene Pöltle über: „Einführung in die sozialistische Gedankenwelt“.

Schönefeld. Frauensitzung findet diese Woche nicht statt. Dafür besuchen wir die Elternversammlung am Montag, abends 7.30 Uhr, im Heim der Kinderfreunde, Robert-Blum-Straße 19.

Thonberg-Reutewitz. Frauensitzung am Dienstag, 18. Mai, abends 8 Uhr, „Himmelsreich“. Redestr.: „Die schaffende Frau als Mutter.“ Rezitationen usw. Kommt alle und führt mindestens noch einen Gaß ein!

Gohlis. Montag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im Ridaus-Aus- schank: Vortrag des Genossen Otto Schröter über: „Jung und alt.“

Connewitz. Dienstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Zeltdschlößchen: Vortrag des Genossen Dr. Hübler über: „Die Verschaffung der Stadt Leipzig“. Unsere Frauen sind in den vorläufigen Dienstags, nicht Montags, statt.

Böhlig-Chrenberg. Mittwoch, den 19. Mai, abends 8 Uhr, im Kindergarten: Vortrag des Genossen Rudolf Hesse über: „Die soziale Stellung der Frau.“

AVZ.

Funktionärsschule. Heute Freitag: Kurse wie immer.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Nord stellt morgen Sonnabend, abends 6.15 Uhr, an der „Goldenen Krone“, Mödern.

Händler-Quasni. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, Werbeveranstaltung im Kino, Quasni. Republikaner, Parteigenossen, beteiligt auch zahlreich an dieser Versammlung.

Spieldammszug Krieg stellt Sonnabend, den 15. Mai, nach 6.30 Uhr, an der „Goldenen Krone“, Mödern (Endstation der 10).

## Mitglieder-Veranstaltungen

SPD. Brodorff. Morgen Sonnabend, abends 7.30 Uhr, im Zeltdschlößchen: Deutschnationale Frauenversammlung. Vortrag über Königin Luise. (Richtstellung einer bürgerlichen Geschichtsfälschung) mit Bildern. Vortragender: Schriftsteller H. Komm (Leipzig).

Liebewolwitz. Morgen Sonnabend, 8 Uhr abends, „Schwarzes Ross“. Genosse Lehrer Pfugl (Leipzig) spricht über: „Christliche oder weltliche Schule.“

Stahmeln. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, in der „Post“: Fortsetzung des Vortrages vom Genossen Alfred Hesse.

Görlitz. Heute Freitag keine Mitgliederveranstaltung, wir gehen aber alle zur Elternveranstaltung nach den Concordialäden.

Tauza. Morgen Sonnabend, 8 Uhr abends, im „Goldenen Ring“, spricht Genosse Fuchs (Leipzig) über: „Wirtschaftskrise und Arbeiterklasse.“

Wesentlichkeit der Wohnungsinhaber in der Wohnung, die von dem Ein dringen des Dodes nichts bemerkten haben.

Unfall. Am 28. April (Mittwoch) nachmittags in der Zeit zwischen 2 und 3/4 Uhr ist eine 19 Jahre alte Bankangestellte in erkranktem Zustand bei ihrer Arbeitsstelle, der Darmstädter Bank, eingetroffen. Es wurde eine Gehirnerschütterung festgestellt. Das junge Mädchen glaubte zunächst an einen Kraftwagen beim Überqueren der Straße angefahren worden zu sein. Durch die angestellten Erörterungen ist aber festgestellt worden, daß sich an der von dem jungen Mädchen bezeichneten Stelle, in deren unmittelbarer Nähe ein Speisezettelwagen gehalten hat, dort der Unfall nicht zugeschlagen hat. Da das junge Mädchen infolge seiner Verletzung noch auf überhaupt nichts befinnen kann, vermutet man, daß der Unfall sich woanders, vielleicht auch auf andere Art zugeschlagen hat. Es nimmt seinen Weg ständig von der Funkenburgstraße aus durch die Frankfurter, Thomaskirche, Lessingstraße über den Fleischmarkt nach ihrer Arbeitsstelle der Darmstädter Bank. Es kann sich nur ganz dunkel entzinnen, daß nach dem Unfall etwa 6 Personen um sie herumgestanden und sich gestrichen haben. Einige hätten immer gesagt: „Die Dame ist richtig gegangen“. Diejenigen, die über den Unfall Angaben zu machen vermögen, werden gebeten, ihre Adresse der Kriminalabteilung mitzuteilen.

Wieder eine tödliche Gasvergilbung durch Fahrlässigkeit. Am 11. Mai, abends 1/2 Uhr, wurde eine 50jährige Schneiderin in ihrer Wohnung in der Frommannstraße an Gasvergilbung gestorben aufgefunden. Der Abzugsröhre der Gaslampe in dem Zimmer, an dem sich 2 Jugendliche befanden, wurde offen vorgefunden. Vermöglich hat die Verunglücks nach Verlöschen der Gaslampe noch einmal an einem Reichen gezogen und dabei das falsche benutzt, wodurch der Hahn wieder geöffnet wurde. Die Tote war seit 18. April niemandem im Hause wieder zu Gesicht gekommen. Es wurde vermutet, sie sei verreist. Nach Beifinden der Sägtür stand man die Frau in stark verwestem Zustand auf dem Sofa mit einer Decke bedekt, vor ihr auf dem Tisch ein Buch, worauf ihre Brille lag. Der Umstand, daß man von dem austromenden Gas nichts bemerkte, lädt sich vielleicht dadurch erklären, daß durch ein offenes Fenster ein heiterer Abzug des Gases ins Freie bestand.

Ein Straßenbahnwagen aus den Gleisen gesprungen. Am 10. Mai, abends nach 8 Uhr, war an der Frankfurter Straße ein Anhängewagen einer Straßenbahn der Linie 15 aus dem Gleis gesprungen und in eine Ausgrabung gefahren. Dadurch kam der Wagen auf die Seite zu liegen. Die Insassen, etwa 30 Fahrgäste, verließen den Wagen panikartig. Dabei erlitt eine Fräulein einen Nervenzitter, außerdem kam ihr Geldbörse mit 4.75 M. abhanden. Sie wurde mit dem Krankenwagen der Feuerwehr nach ihrer Wohnung gebracht. Bei dem Sturz des Wagens in die Ausgrabung wurde ein darin befindlicher Wasserposten abgebrochen. Das austromende Wasser sättigte die Ausgrabung und überschwemmte in kurzer Frist die Straße mit Wasser. Das Wasserwerk bejegte den Schaden, während die Feuerwehr etwa zwei Stunden damit zu tun hatte, den Wagen wieder in das Gleis zu bringen.

## Der Kommunalbetrieb der Straßenbahn in Gefahr

### Die Kommunisten als Helfershelfer des Privatkapitals. — Drohungen des Oberbürgermeisters.

An Stelle des beurlaubten Dr. Junc leitete am Mittwoch der Bizephalter Herrmann die Verhandlungen der Stadtverordneten. Gleich zu Beginn der Sitzung wurde ihm Gelegenheit gegeben, zu demonstrieren, daß auch ein Kommunist eine tiefe Verbeugung vor der Geschäftsordnung der Stadtverordneten und vor dem bürgerlichen Geist zu machen versteht, selbst wenn seine eigenen Partei-freunde von ihm als Bizephalter verlangen, was außerhalb seines Machtbereichs liegt. Der Kommunist Lieberach fragte nämlich unter großer Heiterkeit des Kollegiums an, ob der Bizephalter angeordnet habe, daß 50 Sipoleute im Rathaus untergebracht wurden und ob er veranlassen wolle, daß sie entfernt werden. Darauf erwiderte Herrmann, daß sich sein Machtbereich als Bizephalter nur auf den Sitzungssaal und die Räume der Stadtverordneten beziehe, und er die Sipoleute nicht entfernen könne. Wie zahn sind doch die großen Mosauer Revolutionäre bereits geworden, und wie sind sie schon zu „Vatiken der Bourgeoisie“ herabgesunken! Man kann Herrn Lieberach nur dankbar sein, daß er seinen Partei-freund Schmidt zwang, dies wieder einmal zu beweisen. Wie würde übrigens die Sachsische Arbeiterzeitung auf die „arbeiterrätselnde“ Sozialdemokratie geschimpft haben, wenn ein Sozialdemokrat in dieser Sitzung den Bizephal gesucht hätte.

Obwohl etwa 2½ Jahre seit der Stabilisierung der deutschen Währung vergangen sind und reichlich Zeit vorhanden war, den Betrieb der Straßenbahn in seiner Finanzlage zu umzu gestalten, daß er sich als Kommunalbetrieb trügt, doxtiert man — um ein Wort des Oberbürgermeisters aus der letzten Stadtverordnetensitzung zu gebrauchen — immer noch an ihm herum, ohne ihm bisher eine gesunde finanzielle Grundlage gegeben zu haben. Die Schulde liegt vor allem bei den bürgerlichen Stadtverordneten, die mit Ausnahme der Demokraten in der letzten Sitzung sich weigerten, einen notwendig gewordenen Preiserhöhung der Knipskarten von 60 auf 70 Pfennige zuzustimmen. Das Ziel dieser Bürgerlichen ist, nachdem der Straßenbahnbetrieb durch teilweise Erneuerung des Wagenparks, der Gleisanlagen, des Ausbaus der Werkstätten usw. erneuert worden ist, so daß er in nicht allzu ferner Zeit wieder ein gewinnbringendes Unternehmen wird, in die Hände des Privatkapitals zu spielen. Dabei sind insbesondere die Wirtschaftspolitischen zu zeigen, sich offen zu diesem Ziel zu bekennen. Das ging aus den Ausführungen ihres Fraktionschefs Schmidt hervor, der den Oberbürgermeister dazu veranlaßte, der rechten Seite des Hauses zu erwähnen, daß man es sagen solle, wenn die Bürgerlichen den Kommunalbetrieb unmöglich machen wollten. Der Oberbürgermeister erklärte, daß es zu katastrophalen Zuständen

schmidt 1, bei einer Besichtigung des Hotels ausdrücklich den Bizephalter des Rechtes Nachrichten mitgenommen, damit die Zeitung imstande war, vor der Beratung im Plenum die Deftigkeit zu unterrichten. Vielleicht beschäftigt sich das Kollegium einmal mit dieser gar nicht ungewöhnlichen Handlungweise dieses bürgerlichen Stadtverordneten.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen schreitet das Kollegium zur Beratung über

#### die Erhöhung des Knipskartenpreises der Straßenbahn.

Der Rat fordert, wie unsern Leuten bekannt ist, die Befestigung der Umsteigekarte von zwei Stunden und die Erhöhung der Preise für Bierfahrtkarten von 60 auf 70 Pf.

Schmidt 1 (W. V.) führt den Missbrauch, der mit den Umsteigekarten getrieben wird, auf die Schuld der Direktion und des Straßenbahnpersonals zurück. Er lehnt daher die Vorlage des Rates in Paß und Bogen ab.

Heise (Kom.) wendet sich ebenfalls gegen die Vorlage.

Weigig (Dem.) macht die wirtschaftliche Misere dafür verantwortlich, daß die vor kurzem festgesetzten Fahrtpreise den erhofften finanziellen Erfolg nicht gebracht haben. Die demokratische Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Genosse Pöltle wendet sich gegen die Politik der bürgerlichen Fraktionen, die darauf ausgehen, den Regierungsbezirk in einen gesamtwirtschaftlichen umzuwandeln und die daher aus diesem Grunde der Straßenbahn alles verlegen, was sie zum Wiederaufbau der durch Krieg, Inflation und bürgerliche Sabotage heruntergewirtschafteten Anlagen gebraucht. Er hält ihnen vor Augen, daß sie bei der letzten Tariffestlegung selbst Zweistafelkarten für 35 Pf. beantragten. Zur Vorlage selbst bemerkt Genosse Pöltle, daß Weigig für Weiter- oder Rückfahrt eine zweite Karte gelöst werden mußte. Bei der heutigen flüchtigen Umsteigekarte könnte jeder zum Zentrum der Stadt fahren, dort eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigen und umsonst wieder zurückfahren. Hieraus entstehe nicht nur eine Benachteiligung der Straßenbahn, sondern auch der sogenannten Einzelfahrer. Schmidt habe die wirklichen Gründe der Ablehnung gar nicht genannt. Ihn und seine Freunde können, daß für die Einstellung von Arbeitern und Angestellten der allgemeine Arbeitsnachweis in Anspruch genommen werde, und daß die Verbesserung der Werke unter besonderer Hervorhebung als Kommunalbetrieb fortgesetzt werden soll. Lediglich aus diesen Gründen ist die erdrückende Mehrheit der Wirtschaftspolitischen Vereinigung gegen die Vorlage. Die Kommunisten, die die Wirtschaftspolitische Vereinigung in ihrer Sabotagepolitik unterstützen, erkennen sehr wohl, daß es den Bürgerlichen nur um die Entstabilisierung der Straßenbahn zu tun ist. Trotzdem erklärt Heise: Wir stimmen gegen die Vorlage. Er forderte wieder, die Stadt solle eine Anleihe für die Straßenbahn aufnehmen. Die sozialdemokratische Fraktion sei durchaus dafür, für die Verbesserung und Verbesserung der Anlagen durch Anleihen Mittel zu beschaffen. Sie können aber nicht zulassen, daß laufende Defizite durch Anleihen gedeckt werden. Die Dinge liegen jetzt so, daß obwohl unter dem 15-Pf.-Tarif 30,1 Prozent der einfachen Fahrtkarten voll bezahlt werden, jetzt, unter dem 20-Pf.-Tarif, nur noch 10,4 Prozent der einfachen Fahrtkarten volle Bezahlung erhalten. Die voll bezahlten Umsteigekarten machen unter dem alten Tarif fast 33 Prozent aus. Sie liegen jetzt auf 8,4 Prozent zurückgegangen. Das ist ein Rückgang der voll bezahlten Fahrtkarten von fast 63 auf 18,8 Prozent. Bei den einfachen Wohnfahrtkarten kommen solche Abweichungen nicht in Betracht. Sie hätten früher einen Prozentsatz von 4,7 ausgemacht und wiesen jetzt einen solchen von 4,5 Prozent auf. Auch bei den Wochenumsteigekarten habe sich keine wesentliche Verschiebung gezeigt. Sie ergaben vor der neuen Tarifregelung 14,8 Prozent und stellen jetzt einen Anteil von 14,5 Prozent dar. Auch der Anteil der sogenannten Diversen — Karten für Kriegsbeschädigte usw. — sei nur um ein Geringes verändert. Er betrug unter dem 15-Pf.-Tarif 5,8 Prozent gegen 6,1 Prozent in der Gegenwart. Ganz anders bei den sogenannten Knipskarten. Ihr Prozentsatz belief sich früher auf 12 Prozent und ist jetzt auf 56,1 Prozent hinaufgeschnellt. Auf diese Weise wurde die Ausschaltung des Betriebsleistungskapitals unmöglich gemacht. Die Sozialdemokratie sei bereit, die Vorlage anzunehmen, weil sie verhindern müsse, daß die Straßenbahn den Händen der Kommune entstehen wird, und weil die Sozialdemokratie weiter verhindern wolle, daß die Arbeiter in den städtischen Werken noch mehr deprimiert und Arbeiten für die Straßenbahn noch mehr den privaten Unternehmen zugeschoben werden. Die Sozialdemokratie wolle damit zugleich verhindern, daß das psychologische Moment eintrete, bei dem der Wunsch reif werden kann, die Straßenbahn so schnell wie möglich zu entkommunalisieren. Sie werde deshalb der Vorlage zustimmen.

Oberbürgermeister Dr. Rothe: Wenn die Vorlage keine Mehrheit finde, werde ich sie in Aktion gebracht, der zu ernstlichen Bedenken führt. Wenn man verhindern will, daß die Straßenbahn sich tragen kann, so sollte man das klipp und klar sagen. Der Rat sei immer noch der Überzeugung, daß bei gefundener Tarifpolitik die Straßenbahn mit bestem Erfolg von der Stadt betrieben werden kann. Eine Umsteigekarte für zwei Stunden sei ein Unsin, weil die meisten Leute mit den Umsteigekarten mögeln. Wenn das Kollegium den Rat zwinge, andere Maßnahmen zu ergreifen, so könnte das für diejenigen, die jetzt glauben, sehr klug zu handeln, sehr schief ausgehen. Der Rat sei nicht geneigt, ein gesamtwirtschaftliches Unternehmen aus der Straßenbahn zu machen. Er werde jetzt jedoch zu prüfen haben, ob irgendeine privatwirtschaftliche Form für die Straßenbahn geeignet sei. Die Tarishöhe müsse einem kleinen Kreise übertragen werden. Der Rat werde die Ablehnung keinesfalls so hinnehmen.

Hirschmeier (USP) lehnt die Erhöhung des Knipskartenpreises ab, stimmt aber der Verkürzung der Umsteigekarte zu.

Heise (Kom.) verteidigt sich gegenüber den Gesetzen der Entkommunalisierung damit, daß sich erst einmal zeigen müsse, ob die beiden kapitalistischen Kreise, die angeben, der Stadt keine Anleihen geben zu können, das für einen guten Grundstand für preiswerten städtischen Besitz und werbende Unternehmen der Stadt legten. Die Bevölkerung hat es bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen in der Hand, eine gründliche Reinigung im Stadtverordnetensaale vorzunehmen.

Vor Eintritt in die Tagessordnung führt Hirschmeier (USP) einen Fall rigoroser Abschaffung eines Unterflügungsgeleuchs des USP-Stadtverordneten Ziegler an. Die Ablehnung lautet: „Unterstützung wird abgelehnt mit Rücksicht darauf, daß Ziegler den Rat unter dem Einfluß der parlamentarischen Vertretung dieser Bevölkerung und im Beisein der Stadtverordneten nicht aufzuhören. Da waren doch wirklich die Vorfahren der heutigen bürgerlichen Stadtverordneten Leipzig viel weitsichtiger, indem sie einen guten Grundstand für preiswerten städtischen Besitz und werbende Unternehmen der Stadt legten. Die Bevölkerung hat es bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen in der Hand, eine gründliche Reinigung im Stadtverordnetensaale vorzunehmen.“

Ziegler (USP) verteidigt die Erhöhung des Knipskartenpreises ab, stimmt aber der Verkürzung der Umsteigekarte zu.

Heise (Kom.) verteidigt sich gegenüber den Gesetzen der Entkommunalisierung damit, daß sich erst einmal zeigen müsse, ob die beiden kapitalistischen Kreise, die angeben, der Stadt keine Anleihen geben zu können, das für einen gesamtwirtschaftlichen Betrieb erforderliche Privatkapital aufbringen. Soweit Kommunalbetriebe in der Ausbeutung dem Privatkapital nicht nachstehen, könne es der Arbeiterschaft auch egal sein, ob sie der kommunalen oder der privatkapitalistischen Ausbeutung ausgeliefert würden.

Genosse Pöltle hält diese Ausführungen entgegen, daß es demnach den Kommunisten auch ganz gleich sein müsse, ob zum Beispiel die Arbeiter von der russischen Sowjet-Bureaucratie oder von der Kapitalistensklasse ausgebaut werden. Trotzdem seien die Kommunisten nicht für die Befreiung der Sowjetwirtschaft, weil sie glauben, daß die Produktionsregelung in Russland einen Fortschritt bedeute. Die Sozialdemokratie aber sage sich, sie müsse die kommunalen Betriebe erhalten, um sie sowohl zum Vorbild der Allgemeinheit als auch zu Musterbetrieben für die Arbeiterschaft

## Warnal

Gute helle Kern-

Seife

Sehr schäumend und  
sparsam zugleich.

auszugehen. Letzteres werde jedoch erst möglich sein, wenn sich die gesamte Arbeiterschicht wieder darauf bestimmt, eine sozialwirtschaftliche Kommunalpolitik machen zu müssen. Bis dahin gebe es manche Widerwärtigkeiten in Kauf zu nehmen. Zu den Ausgerungen des Oberbürgermeisters bemerkte Redner, wenn der Oberbürgermeister hinter den wie Drohung klingenden Worten ein paar Gedankenpunkte mache, so genüge das der Sozialdemokratie nicht. Wolle der Oberbürgermeister sagen, wenn der Tarif nicht durchgehe, werde die Straßenbahn weiter notleidend bleiben, oder glaube er durch gewissenswirtschaftliche Finanzierung den Betrieb als reinen Kommunalbetrieb zu erhalten, oder trage er sich mit dem Gedanken, dem Privatkapital Eingang zu verschaffen? In letzterem Falle würde die Sozialdemokratie ihm stärksten Kampf entgegenlegen. (Lachen rechts.) Sollte dem Kollegium eine Vorlage vorgelegt werden, die Tariffragen einem Vertrauenskörper zu überweisen, so werde die Sozialdemokratie sie prüfen und je nachdem, ob dadurch Vorteile für die Allgemeinheit ohne Nachteil für die Arbeiterschaft entstehen, sich entscheiden.

Schmidt (W. B.) erklärt, seine Fraktion werde es trotz der Drohung des Oberbürgermeisters darauf ankommen lassen. Der Oberbürgermeister betreibe mit seiner Drohung weiter nichts als die Verfeindung der sozialdemokratischen Politik.

Göltz erklärt für die Volksliste, sie würden der Verkürzung der Umsteigefrist zustimmen, die Erhöhung des Fahrpreises jedoch ablehnen.

In der Abstimmung wird die Verkürzung der Umsteigefrist von zwei auf eine Stunde mit 32 gegen 31 Stimmen angenommen, die Erhöhung des Knipserkartenpreises jedoch mit 19 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

#### Erwerbslosenbehilfe.

Die Ausschüsse haben den Antrag Dieberach, weitere 100 000 Mark für die Verteilung von Lebensmitteln zu bewilligen, abgelehnt, dagegen einen sozialdemokratischen Antrag, die im Mai ausgestellten Hälfte der Lebensmittel Anfang Juli zur Verteilung zu bringen, zugestimmt.

Hesse (Komm.) wendet sich scharf gegen die Vorlage. Genossin Thiel erklärt, die Sozialdemokratie habe dem Ausschussschluss zugestimmt, um den Erwerbslosen überhaupt etwas zu föhren zu können. Wenn die Kommunisten jetzt die Vorlage ablehnen, würden die Erwerbslosen überhaupt nichts bekommen. Mit dem sozialdemokratischen Antrag, die Unterstüzung im Juli noch einmal zu wiederholen, werde den Erwerbslosen wenigstens in etwas geholfen. Mit der kommunistischen Politik der Ablehnung könne man den Erwerbslosen keine Rückeruf bringe.

Seit 36 Jahren

## Bis 3 Monate Kredit!

Sofortige Aushändigung der Ware!

Anerkannt niedrige Preise

Für Pfingsten:

Moderne Herren- und Knaben-Anzüge, Mäntel  
Ersatz für Maßarbeit garantiert, auf Roßhaar und Hand-Knöpfchen gearbeitet

Mehrere Tausend Auswahl!



Für Pfingsten:

Moderne Damen-Mäntel Kostüme Kleider, Blusen, Röcke Mädch.-Sachen  
in allen modernen Farben und Stoffen Alle Größen auch extrawelt

Gummi-Mäntel Sport-Anzüge

Dieser Anzug Mk. 68,- u. höher

Dieser Mantel Mk. 68,- u. höher

Complets Capes- Kleider ab Mk. 25,-

## = Damen-Hüte =

das Neueste — extra preiswert.

## Liebau

Rößplatz 8  
I. Etage

Kein Laden — Ecke Kurprinzstr.

## Kaufen Sie Sfirsich! Edelmargarine

statt Butter Pfund Mk. 1.-

und Sie sparen viel Geld.

Überzeugung macht wahr!

Stets frisch nur im nachstehend genannten

vorm. F. E. Krüger-Geschäften

Westen

Leutzsch, Gundorfer Straße 57  
Lindenau, Markt 14  
Plagwitz, Zschochersche Str. 36  
Kleinzschocher, Oelskaustr. 23

Norden

Gohlis, Hallische Straße 79  
Eutritzsch, Wilhelmstraße 8

Süden

Connewitz, Pegauer Straße 11

Osten

Thonberg, Reitzenhainer Straße 8  
Neustadt, Eisenbahnstraße 51  
Anger-Crottendorf, Unterstraße 2  
Reudnitz, Dresdner Straße 47  
Stötteritz, Wasserturmstraße 10

Zentrum

Hainstraße 26  
Zitzter Straße 40

## Von Nah und Fern

Die Norge in Alaska gelandet.

Nach Spezialfunkspuren amerikanischer Blätter von Bord der „Norge“, passierte das Luftschiff um 6.30 Uhr abends den 80. Breitengrad. Die Flughöhe betrug im Durchschnitt 350 bis 600 Meter. Die Kälte betrug etwa zehn Grad unter Null.

Nach einem weiteren Funkspruch hat das Luftschiff um zwölf Uhr Mittwochnacht den 89. Breitengrad und nachts 1 Uhr den Nordpol überflogen. Kurz vor Erreichung des Poles mußte das Luftschiff große Nebelbanken passieren. Land ist nicht entdeckt worden.

Am Donnerstagabend kurz vor acht Uhr kam die Norge nach Nome (Alaska) und wurde dort von einer bereitgehaltenen Mannschaft entgegengenommen. Die Mannschaft des Luftschiffes war nach dem fast tödlichen Fluge stark mitgenommen, da wegen der durch den dauernden Nebel äußerst schwierigen Navigation für die meisten Leute der Beobachtung an Schlafen kaum zu denken war. Am Donnerstag früh 1.30 Uhr passierte man Point Barrow, das erste Land, das man nach der Abreise von Spitzbergen in Sicht bekam. Die Reisegruppe der Expedition müssen nach den vorliegenden Berichten als sehr unglücklich betrachtet werden, da der Nebel, der dauernd die Aussicht behinderte, genauere Beobachtungen nicht gestattete. Die Verladung des Luftschiffes auf einem Dampfer muß so schnell wie möglich vorgenommen werden, da es schwierig ist, das Luftschiff längere Zeit in Nome verankert zu halten, und die Wetterlage nicht mehr so stabil wie in den letzten Tagen ist.

Die gesamte Deutschen Welt verfolgte den Flug der „Norge“ mit allersgrößtem Interesse; vor allem in den Vereinigten Staaten erschienen die Zeitungen in einer Aufmachung, die an die Zeppelinlänge erinnern. Der Start der „Norge“ ging ausgezeichnet vonstatten; das Luftschiff gewann in steilem Flug die Höhe und schlug zunächst die von Kapitän Byrd benutzte Richtung ein. Das Wetter war klar, und die Sonne schien, so daß mittels des Sonnenkompasses die Fahrrichtung abschließlich die genaue Stelle des Nordpols ermittelt werden konnten. Vom Luftschiff aus waren in dem Zwischenland zum Nordpol Seehunde und große Polarbären zu sehen. In der eigentlichen Umgebung des Nordpols war jedoch jedes Leben erstarrt. Die über dem Polarmeer zusammengezogenen Eismassen bildeten ungleichmäßige Schichtungen und tiefe Risse, deren Eismassen man vom Luftschiff so weit und brechen sah. Um Nordpol senkte sich das Luftschiff so tief als möglich, um den Abwurf einer norwegischen und einer italienischen Flagge beobachten zu können und nahm dann Kurs auf Point Barrow in Alaska.

Kein zweiter Flug Byrds. Einer nach New York gelangten Meldeung zufolge dürfte Byrd auf seine ursprüngliche Absicht, seinen Flug zu wiederholen, verzichten. Die Führer des Kongresses sind davon überzeugt, daß Byrd seine Reise darum auf seine ursprüngliche Beweise darlegen müsse, daß er den Nordpol erreicht habe, die von den Marinebehörden und den Geographen nachgeprüft und bestätigt werden sollen, ehe die angeregte Verleihung der Langzeitsmedaille und die Erhebung zum Range eines Admirals beschlossen wird. Auch der Marineminister hält mit seinem Glücksmuth noch zuversichtlich, weil bisher noch keine offizielle Meldung von Byrd eingelaufen ist, doch beweist man in Washington Kreisen nicht, daß Byrd das Ziel erreicht hat.

Eine siebenköpfige Familie durch Gas vergiftet.

U. Breslau, 11. Mai. In Breslau-Pöpelwitz hat sich in der letzten Nacht die aus sieben Personen bestehende Familie des früheren Kolonialwarenhändlers Buch mit Leuchtgas vergiftet. Außerdem Ehepaar und auch die fünf Kinder im Alter von drei bis elf Jahren tot. Man sucht das Motiv zu der Tat darin, daß die Familie ermittelt werden sollte, weil sie schon längere Zeit mit der Miete im Rückstand war.

## Versammlungskalender

Freitag, den 14. Mai 1926.

Bund soz. Freidenker Großschober, Lindengarten 1/8 Uhr.

Werkezeugmacher und Einrichter (Vertrittungsmänner), Volks-

haus 1/8 Uhr.

Schmiede, Volkshaus 1/8 Uhr.

Metallarbeiter-Funktionäre, Ellyium, Elisenstraße 72, 1/8 Uhr.

SPD. Ortsgruppe Borna, Volkshaus 8 Uhr.

## Kamille für's Haar

Seit edlerlichen Zeiten schätzt man die auerregende Wirkung der Kamille auf die Kopfhaut. Von der unpraktischen und zeitverbindenden Verwendung einer Kamille ist man aber längst abgelenkt, seitdem in dem bekannten Kopfwuschpulover „Schampoo mit dem schwarzen Kopf“ mit Kamillenöl ein Mittel von ausnehmendem, aromatischem Duft geboten ist, das die kräftigende Wirkung der Kamille mit durchgreifender Reinigungs Kraft verbindet und dem Haar glänzendes, volles Aussehen verleiht. Das echte Habitus fragt kein die weltbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf“. Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.



## Jhr Badezimmer

blitzt vor Sauberkeit, wenn Sie VIM zum Reinigen seiner Einrichtung nehmen. Wunderbar leicht ist das Arbeiten mit VIM, das keine Säure enthält und weder schmiert noch kratzt. VIM putzt alles: Metall, Porzellan, Steingut und Holz. Prächtig reinigt es auch nach schmutziger Arbeit Ihre Hände.

Preis der handlichen Streudose 30 Pf.

V9

VIM



Zahlungserleichterung

Bon Herrschaften  
wenig getragene  
Herr.-Garderobe  
billig zu verkaufen  
Vorhangsliste, 12, p.  
Ein- u. Verkaufsgesch.

Auf Teilzahlung  
v. wöch. Raten  
v. 1.— u. erhält.  
Sie Elek., Kleider,  
Mäntel, Sportwest,  
Gummimantel, An-  
züge, Schuhwaren  
Bettwäsche, Inlett,  
Gardinen

S. Rachwalski  
Katharinenstraße 20.

Bon Herrschaften  
wenig getrag. Herren-  
u. Damengarderobe  
zu sehr bill. Preissen  
bei Friedmann, 1.  
Elm- u. Bert.-Geißel-  
Rant Steinweg 13, I.

Auf Kredit  
Beitstellen mit  
Meistrach  
ab 5.9. Zahlung

Scherbel  
Katharinenstr. 20.

Auf Kredit  
Beitstellen mit  
Meistrach  
ab 5.9. Zahlung

Scherbel  
Katharinenstr. 20.

Promenadenwag.

Klappwagen

Teilzahlg. gefüllt.

Nürnberg Str. 6, Hof.

Stellere gedr. Solo  
mit 2 Sellen

bifig zu verl. Daule,

El., Rietzschelstr. 19.

Reformbettlen

Holzbetten

Rinderbetten

Chaiselongues

Schlafzimmers

Anzahlung 10 Mk.

Abzahlung 5 Mk.

Vorläufige Lieferung

Kein Aufschlag!

Hofmann

Leipzig - Rennb.

Rapellenstraße 9a.

Rinderbetten, Holz

u. Eisen, v. 17,- ab

Teilzahlg. Sof. Min.

Elsterstr. 46, 1.

Diverses

KL. weiber grauget.

Kalter (Miezen)

am 3.5. entlaufen.

Gegen Belohnung

abzugeben bei Linde-

ließt. Mari.-Anstalt,

Schleuderh. Str. 32.

Bubikopf

Erster

Spezial - Schnitt

langes Haar M. 3.

Verkleiden

„1. mit Frizur

2. mit Kopfbedeck.

Friseur Schönbrunn

Querstraße 33, L.



**Sächsische Angelegenheiten****Der Wille zur Spaltung.**

Nachdem die Dreifundzwanzig in ihrem freimütigen Spiel von der Gesamtpartei entlarvt und fallengelassen worden sind, haben sie sich planmäßig auf die Gründung einer neuen Partei eingestellt. Ihre systematischen Vorarbeiten zur Schaffung eines Vertrauensmännerkörpers und ihre planmäßigen Sonderkonferenzen ließen ihre Absichten deutlich erkennen. Sie hielten es freilich für nötig, ihr Spiel mit der von ihnen gewohnten Unehrlichkeit zu treiben, indem sie versicherten, sie dächten gar nicht davon, der Partei den Rücken zu kehren. Diese Erklärungen waren zur Täuschung der mit ihnen sympathisierenden Parteimitglieder bestimmt. Auch dieses Täuschungsmanöver ist jetzt zu Ende. Die bürgerliche Presse weiß zu berichten, daß die Dreifundzwanzig keine Berufung auf ihren Ausschluß aus der Partei eingelegt haben. Nur ein Abgeordneter, gemeint ist Hagen, habe beim Parteivorstand gegen seinen Ausschluß ein Schiedsgericht beantragt, das sei aber nur gelöscht, weil er während seiner Krankheit keine Fühlung mit den übrigen Dreifundzwanzig gehabt habe. Ubrigens steht zu erwarten, daß Hagen seinen Einspruch gegen den Ausschluß zurückziehen werde.

Tatsächlich haben von den Dreifundzwanzig bisher nur Hagen und Castan die Einziehung eines Schiedsgerichtes beantragt. Die in Leipzig ausgeschlossenen Abgeordneten Berger und Struve haben demnach die vierwöchige Frist zur Berufung verstreichen lassen. Die Frist für die in anderen Bezirken Ausgeschlossenen läuft am Sonnabend ab. Es kann aber wohl angenommen werden, daß auch diese Ausgeschlossenen auf die Berufung verzichten.

Damit ist die Situation völlig geklärt. Die Dreifundzwanzig wollen mit der Partei nichts mehr zu tun haben. Das zeigt sich auch sehr deutlich in dem Organ der Ausgeschlossenen, der Sächsischen Staatszeitung. Der neue Redakteur der S. St. Z., Betsch, benutzt das Blatt dazu, Sächsische Kritik an der Haltung des gesamten Sozialdemokratischen Partei zu üben. Derselbe Mann, der uns und der übrigen Parteipresse noch am Anfang dieser Woche eine Verichtigung zuschickte, in der er bestreit, in Leipzig gezeigt zu haben, daß der Parteivorstand unserer Partei nichts von sozialdemokratischer Politik versteht, schreibt ein paar Tage später in der Sächsischen Staatszeitung einen Artikel, in dem er mit gütigem Hohn gegen die Politik der Gesamtpartei die schwersten Vorwürfe erhebt und damit zu beweisen versucht, daß der Parteivorstand nichts von sozialdemokratischer Politik versteht. Betsch will sich damit interessant machen und erzwingen, daß sich die Öffentlichkeit mit ihm und den Dreifundzwanzig beschäftigt. Aber gerade deshalb werden wir diese Brüder noch Möglichkeit haben unter sich lassen.

Für die Partei ist nunmehr eine leichte Handhabe gegen die Anhänger der Dreifundzwanzig gegeben, die sich an dem Aufbau der Partei der Ausgeschlossenen beteiligen. Jetzt kann nicht mehr bestritten werden, daß diese Leute gegen die Sozialdemokratische Partei wirken; sie müssen also nach § 25 Abs. 5 des Parteistatuts ohne weiteres Vorschriften aus der Partei ausgeschlossen werden.

**Sozialdemokratischer Beamtentag in Chemnitz.**

Der erste Bezirksoberamtstag Chemnitz-Erzgebirge nahm nach Vorträgen der Genossen Senatspräsident Dr. Freymuth-Berlin und Wagner-Berlin zwei Entschließungen an. Die erste fordert von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine entschiedene Stellungnahme gegen das Verbot der Regierung betreffend den Vertrag der Beamten mit Landtagsabgeordneten, die zweite wendet sich gegen den vorliegenden Entwurf einer "Reichsbeamtenordnung", der wegen seiner vielfach reaktionären Tendenzen abgelehnt werden müsse.

**Die Dienst der Republik.**

Ein Chemnitzer Militärverein hat „in unveränderbarer Treue“ dem verflossenen August eine Ergebenheitsabreife überbracht. Daran beteiligten sich auch anwesende aktive Polizeioffiziere, u. a. Polizeihauptmann Clauß. Ein dreijähriges Hurra auf „Seine Majestät den König“ beschloß die Komödie, an der auch der Reichswehrhauptmann Wolff vom Reichswehrregiment 11, Leipzig, teilnahm, der sogar in einer Rede die „glorreiche Bettagung“ verherrlichte.

Sie können sich leisten, die Dienst der Republik, sie wissen ja, daß solche Reden und Handlungen der Koalitionsgouvernement wohlgestanden.

**Chemnitz. Schwerer Unfall.** Im Gaswerk 3 wurde durch zu starken Gasdruck ein Reiniger durchschlägen. Das austromende Gas betäubte den Maschinisten. Mittels Sauerstoffapparats konnte er von der Feuerwehr nach halbstündiger Tätigkeit wieder ins Leben zurückgerufen werden. Das austromende Gas bedrohte auch die Ammoniakfabrik. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß das nahegelegene Benzollager von einer großen Stichflamme nicht erreicht wurde.

**Annaberg.** Ein neues Bergwerk. Das vom „Erzgebirgsverlehr“, Gemeindenverband zur Hebung des Fremdenverkehrs im Erzgebirge, vor Jahresfrist für 1675 Ml. gekauft und unter einem Kostenaufwand von etwa 20 000 Ml. ausgebaute Erz- und Marmorbergwerk „Herkules-Friedrich-Glück“ ist jetzt dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Das Bergwerk ist mit elektrischen Lampen und Scheinwerfern ausgestattet, es ist mit seinem umfangreichen Innenausbau eines der sehenswertesten Bergwerke des gesamten Erzgebirges.

**Treuen.** Ein Fabrikant als Brandstifter. In der Nacht zum Montag brach in dem vor zwei Jahren erbauten Wohngebäude der Mechanischen Weberei Tröger in Weidenland ein Brand aus, der den Dachstuhl vernichtete. Der Fabrikant Emil Tröger wurde unter dem dringenden Verdacht, den Brand selbst angelöscht zu haben, verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis in Treuen eingeliefert.

**Auerbach i. B.** Todessturz mit dem Motorrad. Der Mechaniker Gustav Jech aus Hallenstein, der mit dem Bäcker Helmut Seifert aus Friedrichstadt auf einem Motorrad nach Hof ausrückte, stürzte, so daß beide Fahrrer behinungslos auf der Straße liegen blieben. Während Jech mit geringfügigen Verletzungen davonkam, starb Seifert nach kurzer Zeit.

**Mügeln.** Eine späte Rechtfertigung. Der Schuhmacher Emil Helmemann in Mügeln i. Sa., der früher Bäcker war, hat jetzt mit 35 Jahren vor dem Schuhmacher-Zwangsinnung in Mügeln seine Gesellenprüfung mit Erfolg abgelegt.

Leipziger Kommentierung in bezug auf die Strafsfreiheit des Arbeitgebers gerecht wird, erhob die Bank Berufungsklage, die am 7. Mai 1926 vor der 5. Strafkammer des Landgerichts verhandelt wurde. Das Verhandlungsbild war ein vollkommen verändertes im Gegensatz zu der Verhandlung in der ersten Instanz. Der Richter konzentrierte in der Hauptfrage sein Interesse darauf, von den beschuldigten Bankdirektoren zu erfahren, ob die Arbeit eine freiwillige gewesen wäre. Der Direktor Huchs beantwortete die Frage damit, daß er sagte, für ihn sei die Freimüdigkeit der Ableistung von Überstunden eine „conditio sine qua non“ gewesen. Die Angestellten hätten nicht nötig gehabt, eine Mahregelung zu befürchten, das sei für ihn eine seitliche Tatsache. Er freue sich über die Freimüdigkeit der Überstunden. Obwohl es von der Zentrale verboten gewesen wäre, eine Entschädigung an die Angestellten zu zahlen, habe er 3 Ml. Abendbrosgeld bewilligt. Er hätte dies jedoch nicht getan, wenn in der Commerz- und Privatbank eine Kantine gewesen wäre, dann hätte jeder Angestellte, der Überarbeit abgeleistet hat, sein Beileid (N) erhalten. Die Urteilsbegründung der ersten Instanz bezeichnete er als ungeheuerlich. Die vernommenen Zeugen — unter andern der Betriebsrat — machten unter Eid die gleichen Auslagen wie in der ersten Instanz. Daß die freiwillige Mehrarbeit keine dauernde nach dem Gesetz sein darf, sowie die Tatsache, daß die Stoffarbeit des Arbeitgebers nicht dadurch bestätigt wird, daß er zu der unzulässigen freiwilligen Mehrarbeit nicht aufgefordert hat, sowie die Tatsache, daß die Bank sich auf den Halbjahresabschluß durch Abdelegierung von Angestellten anderer Abteilungen vorbereiten konnte, all das mache auf das Gericht gar keinen Eindruck. Es erkannte vielmehr auf die Freiwilligkeit der zwei angeklagten Bankdirektoren und des Prokuristen und sprach in seiner Begründung aus: „Da die Überarbeit freiwillig abgeleistet worden sei, liege kein Verstoß gegen § 11 der Arbeitsverordnung vor.“

Dieses Urteil wird jeder organisierte Arbeiter als eine schreiebare Ungerechtigkeit empfinden. Eine Kommentierung können wir uns mit dem Hinweis, daß wir in einem „Kultur- und Rechtsstaat“ leben, ersparen.

**Streik in den Atlaswerken.**

Die Belegschaft der Atlaswerke, Maschinenfabrik, Stötteritz, hat wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Arbeitsangebote der Firma sind abzulehnen.

**Die Personalbetriebsnothilfe der Reichsbahn.****Eine Streitbrechergruppe.**

Die Reichsbahn unterhält schon seit längerer Zeit eine sogenannte Personalbetriebsnothilfe. Sie ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Apparat zur Ausbildung von Streitbrechern. Dem Ausbau dieses Apparats dienen auch die dunklen Pläne, die sich hinter dem vom Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Verwendung der Wartegeldempfänger verborgen. Erst in Verbindung mit der Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft wird die Geschäftlichkeit dieses Gesetzentwurfs zum Abbau der Beamtenrechte völlig klar.

Die Reichsbahngesellschaft, die auf der einen Seite erklärt, mit dem Personalabbau fortfahren zu müssen, interessiert sich auf der anderen Seite für die Wiederwendung der auf Wartegeld gelehrten Eisenbahnbeamten. Die Reichsbahngesellschaft will das Recht erhalten, diese holt abgebauten Beamten vorübergehend zu allen möglichen Arbeiten heranziehen zu dürfen, und zwar unter dem Druck der Kündigungssandrohung. Worauf die Reichsbahngesellschaft hinaus will, ist nicht schwer zu erraten. Sie will aus den Wartegeldempfängern im Laufe der Zeit eine Streitbrechergruppe heranziehen. Schon aus diesem Grunde muß der Gesetzentwurf zum Abbau der Beamtenrechte, ganz abgesehen von seinem verfassungsändernden Charakter, in die Wolfsschlucht geworfen werden.

**Achtung, Schwerbehinderte und den in der Arbeitsbetreuung tätigen!**

Dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Leipzig, wird von dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Leipzig, geschrieben, daß sich immer mehr die Fälle häufen, daß Kriegsbehinderte in Druckereien eingestellt und dabei Löhne vereinbart werden, die den tariflichen Bestimmungen entgegenstehen. Sobald sie dann aber in der Firma beschäftigt sind, erwerben sie die größten Schwierigkeiten bei Regulierung der den Betreffenden zutreffenden Löhne. Es muß deshalb allen Arbeitnehmern zur Pflicht gemacht werden, sich vor Besonderheiten mit der Firma mit der zuständigen Organisation in Verbindung zu setzen, um über die Lohnverhältnisse und sonstigen Arbeitsbedingungen der Firmen, in die sie eingestellt werden sollen, Information einzuholen.

Dieser im graphischen Gewerbe aufgetretene Übelstand trifft auch auf die anderen Berufswege zu, und der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Leipzig, fordert deshalb alle schwerbehinderten Arbeitnehmer auf, nicht ohne Beratung mit der zuständigen Berufsorganisation einen Arbeitsplatz einzutreten, damit tarifwidrige Abschlüsse von Arbeits- und Lohnbedingungen vermieden werden.

**Versammlung der erwerbstlosen Mitglieder des Deutschen Verkehrsverbundes.**

Vom Deutschen Verkehrsverbund wird uns geschrieben: In der am 11. Mai abgehaltenen Versammlung der erwerbstlosen Mitglieder des Deutschen Verkehrsverbundes wurde u. a. auch Stellung genommen.

**Für jede Figur**

die richtige Paßform in fertiger Kleidung

**Verblüffend niedrige Preise** \* \* \* \* \* **Große Auswahl**

**Herren-Anzüge . . . Mk. 15.- 24.- 33.- 39.- 47.- 53.- 59.- 64.- 73.- 78.- 85.- 89.- bis 110.-**

**Herren-Mäntel . . . Mk. 19.- 23.- 31.- 39.- 46.- 49.- 54.- 59.- 63.- 69.- 76.- 83.- 89.- 98.-**

**Herr-Sport-Anz. Mk. 27.- bis Mk. 67.-**

**Herren-Hosen . . . Mk. 2.90 bis Mk. 24.-**

**Gummimäntel . . . Mk. 13.50 bis Mk. 59.-**

Echt Continental

**Leipzig  
Roßplatz 1**

**Friedrich Treumann**

**Knab -Wasch-Anz. Mk. 0.95 bis Mk. 15.-**

**Knab-Stoff-Anzüge Mk. 3.75 bis Mk. 24.-**

**Knaben-Hosen Mk. 1.30 bis Mk. 7.-**

**Im Hotel**

**„Grüner Baum“**

neben der **arkthalle.**

men zu den vom Rat und den Stadtverordneten Leipzigs beschlossenen Sonderzuwendungen von Ressourcenmitteln an die Erwerbslosen. Dabei wurde betont, daß diese Sonderzuwendungen den berechtigten Erwartungen der Erwerbslosen nicht entsprechen, vielmehr als gänzlich unzureichend bezeichnet werden müssen. Die Erwerbslosen erwarten, daß in allernächster Zeit erneut den Erwerbslosen mit Hilfsmitteln unter die Arme gegriffen wird. Ferner wurde in dieser Versammlung nachstehende Entschließung angenommen:

Die erwerbslosen Mitglieder des Deutschen Verkehrsverbundes protestieren gegen die Staffelung der Erwerbslosenunterstützungslage, wie sie vom Reichsarbeitsministerium neuerdings geplant ist, da damit ein indirekter Abbau der Erwerbslosenunterstützung verbunden ist. Sie erwarten vielmehr, daß die augenblicklich gänzlich unzureichenden Unterstützungsätze entsprechend der Notlage der Erwerbslosen sinnstiftend und ausreichend erhöht werden.

Ein Erwerbsloser, der sich in der von ihm eingebrachten Entschließung selbst als Funktionär des Roten Frontkämpferbundes bezeichnete, beantragte, daß zur Linderung der Not der Erwerbslosen und zwecks Unterbringung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess die deutschen Gewerkschaften einen Generalstreik initiierten sollten. Über diesen Antrag ging die Versammlung debattierlos zur Tagesordnung über.

## Wirtschaft

### Borübergehende und dauernde Vermögensverminderung.

#### Neue Orientierung der Vereinigten Staaten?

Vertreibt eine Firma über ein übermäßig großes Barvermögen, so legt sie es möglichst nutzbringend in Hypotheken, Krediten usw. an. Maßstab für den Augen ist die Höhe der Sicherungen und der Zinsgewährung. Nebenbei sucht man durch die Kredite fremde Firmen in möglichster Abhängigkeit zu bringen.

Auf dem Weltmarkt stellen die Länder bis zu einem gewissen Grade große, stark konzentrierte Firmen dar. Es gibt kein Land, dessen Vermögen in Barwerten und Warenwerten so übermäßig groß ist, wie das der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie suchen also ihr Geld nutzbringend unterzubringen. Es ist dabei eine Selbstverständlichkeit, daß sie — sofern die Forderungen nach Sicherheiten und Zinsgenügs erfüllt sind — doch sie Wert auf Einflussnahme auf die Hauptindustrie der vorliegenden Länder legen, denen sie Kredit gewähren. So ist es kein Zufall, daß in Deutschland Montan-, Schwer- und chemische Industrie den Vorrang an den amerikanischen Krediten genießt haben. Die gemachten Kreditsummen gingen bekanntlich zum großen Teil in Waren nach Deutschland. Die Aktivität der Handelsbilanz der USA stieg in schwindende Höhen. So ergab es sich, daß man den mühsamen Kleinexport in die weniger bedeutsamen Abfahrländer vernachlässigte.

Die Vernachlässigung trug jetzt ihre wenig schmackhaften Früchte. Die europäischen Märkte sind so überfüllt von nordamerikanischen Waren, daß sie nicht mehr aufnehmen können. Das Aussehen der Propaganda hat aber den wichtigen, wenn auch schwer zu bearbeitenden Markt des Fernen Ostens und einige kleinere Abnahmärkte den Lieferanten aus USA entlockt. Das zeigt sich in den nunmehr veröffentlichten Auszehndelszahlen der Vereinigten Staaten, die nach allen Ländern des Fernen Ostens außer Australien und Neuseeland hinzuwachsen aufzuzeigen. Die Einfuhr aus diesen Ländern zeigt dagegen durchweg, so daß sich ein schreitendes Misverhältnis zum Stand früherer Jahre entwickelt. Die Einfuhr ist bis zu 110 Prozent gegen 1924 gestiegen, die Umschau bis zu 50 Prozent gefallen. Das kann voreast für die Wirtschaft der USA nicht von ernsthafsten Folgen sein. Aber — und das bestätigt die drüben am Export interessierten Kreise — es ist das Gegenstück der Kreditgewährung. Sie bedeutet, wie wir oben zeigten, Kapitalausfuhr mit Nutzen, vorübergehende Verminderung des augenblicklich verfügbaren Vermögens in Barwerten, die außerdem weitgehende Sicherheiten und einen für die Dauer der Verminderung funktionierenden Anlencengang in sich schlägt. Die sich neuendings zeigenden Ercheinungen aber bedeuten unverdängliche Vermögensverminderung ohne Gegenleistung. Hier zeigt sich der selbe Unterschied wie zwischen Verleihen und Verschenken (oder Bestohlenwerden). Leistungen ohne Gegenwert — mit Leistung bezeichneten wir in diesem Falle etwas Negatives, nämlich den Ausfall eines Teils der profitablen Ausfuhr — beunruhigen jeden Kaufmann, mag er auch noch so viel augenblicklich über-

liniges Barvermögen aufzuweisen haben; Jahren vom Kapital bedeute geschäftiges Abschreiten.

Aus dieser Erkenntnis heraus beschloß die Generalversammlung des Exporteurverbands, nunmehr für die Dauer mindestens eines Jahres das Hauptrangement verstärkter Propaganda auf den Ostmärkt zuzuwenden. Bei der politischen Macht, die dieses Gewerbe in den USA besitzt, kann das bis zu einem gewissen Grade eine wirtschaftliche Wendung bedeuten, die Deutschland allerdings höchstens mittelbar etwas angeht. Wir wissen vorläufig nicht, ob der Wunsch, sich über deutsche Banken an den Russentaur zu beteiligen, das Betreiben der nordamerikanischen Wirtschaft auf Rückgewinnung des Ostmärktes schon andeutet. Wie dem auch sein mag: Es wird gut sein, der geschilderten Ercheinung, so interessant sie auch theoretisch ist, mehr als nur theoretische Aufmerksamkeit zu schenken.

#### Ablösung der Roggenvalorisation durch Händler und Verbraucher.

Der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse und die Vereinigung Hamburger Getreideimporteure, sowie der Verein der Vermittler in Hamburg haben beschlossen, die Beteiligung an den Deutschen Getreidehandelsgesellschaft, die zum Zweck der Roggenpreisstabilisierung (sprich Roggenpreissteigerung) gegründet worden ist, abzulehnen. Auch die Verbraucherorganisationen werden sehr wahrscheinlich zu einem ähnlichen Beschlus kommen, da sie innerhalb des deutschen Getreidehandels-G. m. b. H. in der Minderheit sind und keine Möglichkeit haben, gegenüber den Vertretern der Landwirtschaft und der Düngeindustrie den Verbraucherpunkt zu vertreten. Als ihnen bestimmt kann weiter angenommen werden, daß der Berliner Großhandel ebenfalls den Eintritt in die Valorisationskommission ablehnen wird.

Damit ist eine völlig neue Situation geschaffen. Der Reichstag beschloß, auf Grund dessen der Valorisationskredit in Höhe von 30 Millionen Mark aus den Mitteln der Reichsgetreidegesellschaft gebunden werden soll, belagt, daß der Kreditnehmer, also die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft, eine berufsständische Organisation sein muß. Diese berufsständische Organisation darf nicht auf die Landwirtschaft und die an der Landwirtschaft interessierten Industrien beschränkt sein, sondern muß vor allen Dingen auch den Handel, die Mühlen, die Bäcker und die in Frage kommenden Verbraucherorganisationen umfassen. Da Handel, Mühlen und Verbraucher aber aus gewichtigen Bedenken finanzieller und volkswirtschaftlicher Art der Valorisationskommission nicht beitreten, muß sich der Reichstag zweifellos abermals mit den Bedingungen beschäftigen, unter denen der Valorisationskredit gegeben werden soll.

Inzwischen hat die deutsche Oberschicht bereits einen Vorstoß der Roggenpreisstabilisierung bekommen. Sie hat im Monat April eine Steigerung des Weizenpreises, mit dessen „Stabilisierung“ sie sich eigentlich nicht befähigen sollte, verurteilt, der gegenwärtig ungefähr um 300 Mt. pro Tonne schwankt. Naturngemäß zieht die vor sich gegangene ganz erhebliche Steigerung des Weizenpreises pro Tonne im Laufe eines Monats um 20 Mt. versteuert. Was vor sich gegangen ist, hat mit einer Stabilisierung gar nichts zu tun, sondern es handelt sich hier um eine Preistreiberei unselbst Art, die sogar noch mit Steuergroschen bezahlt wird. Es ist zu erwarten, daß der Reichstag bei der Nachprüfung der ganzen Angelegenheit zu einer Ablehnung des Kredits kommt, der nichts anderes als eine verstekte Subvention darstellt.

Einnahmen und Zahlungen des Reparationsagenten vom April. Der Reparationsagent veröffentlicht die Übersicht über seine Einnahmen und Zahlungen für den Monat April. Danach beliefern sich die Einnahmen im April auf 182,5 Millionen Goldmark, wovon 20 Millionen aus dem dem Reichshaushalt entnommenen Beitrag, 50 Millionen aus der Verzinsung der Reichsbahnschuldverschreibungen, 62 Millionen aus Zinsen der Industriebonds und der Rest sonstige Einnahmen. Von den Zahlungen entfielen im April auf: Frankreich 42,7, England 20,3, Italien 5,6, Belgien 9,6, Jugoslawien 2,8 Millionen, Rumänien 129,129, Japan 335,626, Portugal 716,962, Griechenland 276,190, Polen 65,9 Goldmark, und im zweiten Jahr der Jahreszahlungen bis 30. April: Frankreich 35,7, England 144,5, Italien 43,4, Belgien 73,6, Jugoslawien 22,4, Rumänien 5,8 Millionen, Japan 335,477, Portugal 4,2 Millionen, Griechenland 2 Millionen, Polen 60,777 Goldmark.

10 Prozent Dividende beim Auktionsamt. Der Ausschussrat der J.G.-Farbenindustrie, Auktionsgesellschaft, beschloß eine Dividende von 10 Prozent auf das Aktienkapital von 641 600 000 Mark vorzuschlagen. Auf die Namensvorzugsaktien entfällt eine Dividende von 3½ Prozent.

Die J.G.-Farbenindustrie ist aus dem völligen Zusammenschluß folgender früher nur durch Interessengemeinschaft verbundener Großunternehmungen der chemischen Industrie hervorgegangen: Badische Anilin- und Soda-Actie, Höchster Farbwerte, A.G. für Anilinsfabrikation (Agfa), Chemische Werke Hüls, Höchster Electrolyt, Farbenfabrik vorm. Friedr. Bayer & Co., Chemische Fabriken norm. Weier, der Meer. Kali u. Soda, war bisher die größte Zusammenfassung in westlichen Kapitals in Deutschland. Nach der Gründung des Auktionsamtes ist sie an die zweite Stelle getreten. Die Dividendenausschüttung erfordert einen Betrag von nicht weniger als 64,1 Millionen Mark.

Getreidebeschaffung in der Schuhindustrie des Erzbistums? Die Schuhindustrie im Erzbistum hatte nach Mitteilungen der Handelskammer Chemnitz im April ausreichende Ansätze. Die Ausstrahlungsstrecke vertragen sich aber von Tag zu Tag. Ueber Prag hinaus dürfen nennenswerte Lieferungen kaum übrig bleiben. Wenn nicht ein starkes Sommergeschäft einfällt, so erneut mit umfangreicher Kurzarbeit und teilweise wohl auch mit einstelligen Stilllegungen zu rechnen. Herbstaufträge gehen die jetzt noch nicht in dem Umfang ein, daß ausreichende Beschäftigung der Betriebe, insbesondere größerer Betriebe, in Frage kommen könnte.

10 Prozent Dividende beim Bibliographischen Institut. Der Ausschussrat des Bibliographischen Instituts A.G. in Leipzig hat beschlossen, der Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 10 Prozent gegen 12 Prozent im Jahre vorher vorzuschlagen.

Amlicher Berliner Schlachthofmarkt vom 12. Mai 1926  
Aufträge: Rinder 1312 (davon Bullen 301, Ochsen 202, Kühe u. Füllen 719), Kalber 2810, Schafe 3825, Schweine 574, Sogen 30.  
Auslandschweine — Preise: Bullen: A. 52—54, B. 48—50, C. 45—47, D. —; Ochsen: A. 54—58, B. 51—53, C. 48—49, D. 42—45, Kühe u. Füllen: A. 52—55, B. 43—49, C. 34—40, D. 28—32, E. 24—26, Kalber: A. —, B. 50—55, C. 65—75, D. 52—60, E. 45—50, Schafe: A. 58—63, B. 45—55, C. 30—38, Schweine: A. —, B. 50, C. 78—80, D. 76—78, E. 74—76, F. —, G. —, Sogen: 20—25, Greifer: 40—45, Sauen: 71—74.

#### Amliche Preise der Produktionsbörsen.

##### Berlin.

Getreide per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo, alles ab Station, Weizenmehl per 100 Kilo brutto (Roggenmehl per 100 Kilo) einsch. Sad frei Berlin Preise in Reichsmark

Produkte	12. Mai	11. Mai
Weizen, märkischer	297—299	297—299
Roggen, märkischer	176—181	176—181
Gerste, Sommer	193—207	193—207
" Winter	172—185	172—185
Hafner, märkischer	106—206	104—204
Mais	36,75—39,50	36,75—39,50
Roggenmehl	25,00—26,50	25,00—26,50

Handelsrechtliches Lieferungsgeschäft (Berlin). Mit Normalgewicht für Weizen 750 Gr. pro Q., für Roggen 712 Gr. pro Q., für Hafner 450 Gr. pro Q., für Mais, gut, gelund, ohne Angabe der Provenienz, alles vom Kahn oder vom Seewerfer Berlin. Getreide per 1000 Kilo, Mehl per 100 Kilo einsch. Sad frei Berlin, Weizen: Mai 30, Juli 294—294,50, Sept. 284,50—256, Roggen: Mai 184—195, Juli 201 u. B., Sept. 202, Hafner: Mai —, Juli —, Sept. —, Mais: Mai —, Juli —, Sept. —, Roggenmehl: Mai —, Juli —, Metalle, Berlin, 12. Mai, Kupfer (Elektrolyt) 131,25 (131,25) Markt für 100 kg. Baumwolle, Bremen, 12. Mai 20,17 (20,20) Dollarcents vor engl. Wd.

**Volkshaus Leipzig**  
Spezialgerichte: Heute: Linsen mit Blutwurst. Ab 6 Uhr: Schweinsknochen. Morgen: Geb. Fisch m Remoulade. Schichtfest  
**Konsumvereinsmitglieder!**  
**Verhindert euch gegen Feuer und Diebstahl im Konsum-Verein!**

# Besonders billige Angebote

Durch unsere Selbstfabrikation in unserer eigenen großen Kleiderfabrik bringen wir für jede Figur die richtige Paßform in fertiger Kleidung zu äußerst niedrigen Preisen



**Herren-Anzüge**  
in reichen Mustern, solide **26**  
Verarbeitung . . . 38.00 36.00

**Herren-Anzüge**  
dunkel u. hellfarbig, moderne **43**  
Formen . . . 48.00 46.00

**Sport-Anzüge**  
mit zwei Hosen, in Home-  
spun . . . 28

**Sport-Anzüge**  
mit 2 Hosen (Knickerbocker)  
in mod. Dessins 26.00 28.00

**Frühjahrs-Mäntel**  
Gabard., 2reiig, mit Quetsch-  
falte und Riegel 43  
. . . . . 23.00 21.00

**Frühjahrs-Mäntel**  
in Gabardine, 2reiig, mo-  
derne Formen . . . 36.00 35.00

**Jünglings-Anzüge**  
gemustert und Nadelstreifen **29**  
. . . . . 43.00 36.00

**Herren - Hosen**  
gestreift  
5.50 **325** 6.75

**Gummi - Mäntel**  
Schwedenform und Schläpfer **1750**  
. . . . . 23.00 21.00

**Loden - Mäntel**  
. . . . . 33.00 28.00

**Wind - Jacken**  
aus impräg. Zeitbahn, Cover-  
coat u. Gabardine 18.00 12.50

**Sport - Hosen**  
Stoff und Manchester  
7.50 **650** 10.50

**Knab.-Waschanzüge**  
schöne Neuheiten, in großer  
Auswahl . . . . . 8.50 7.25

**Knab.-Spiel-Anzüge**  
in verschiedenen Formen  
. . . . . 3.25

**Orig. Kieler-Anzüge**  
guter, blauer Molton - Cheviot  
. . . . . 28.00 16.00

**Knaben - Anzüge**  
moderne, haltbare Stoffe, in  
schönen Formen 28.00 12.00

**GEBR.** **ANES**

**LEIPZIG**  
Reichsstraße 11

Das Haus für gute Herren- und Knabenkleidung

— Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer! —

## Baumwollwaren

In unseren bekannt guten Qualitäten von besonderer Preiswürdigkeit

Einige Beispiele:

Linen für Bettwäsche kräftige Ware, Deckbettbreite 1.35, Kissenbreite	78
Prima Damast Deckbettbreite 2.50 . . . . . Kissenbreite	1.50
Stangenleinen in vorzüglicher Qualität Deckbettbreite 1.95 . . . . . Kissenbreite	1.25
Bettzeuge kariert, prima Qualität Deckbettbreite 1.70 . . . . . Kissenbreite	98
Nessel für Bettwäsche schwere dichte Qualität, 140 cm . . . . .	1.15
Damast-Tisch-Tücher in wunderschönen Blumenmustern 130/165 cm 4.50 120/140 cm 3.75 120/120 cm	2.95

Kaufhaus Gebr. Fried

Windmühlenstr. 1-5 (gegenüber der Markthalle).

— Besichtigen Sie unsere 6 Schaufenster —

# Jabelhaft billig

bei vorzüglicher Qualität

Herren	Damen
Mantel Anzüge Sportanzüge und Hosen Windjacken Sommerjackett Gummi-Mäntel	Mantel Kostüme Röcke Blusen Jacken und Gummi-Mäntel
Kinder Anzüge-Kleider-Mäntel	
Außerdem Schuhe Mütze-Bettwäsche-Jacken	

Zahlung bequem nach Vereinbarung bei jedem Wiederholer.

Baumgärtel

Königsplatz 9<sup>1</sup>  
neben Graffmuseum



Im Frühling zeigt sich ganz spontan  
Wer jung sich fühlt und lebensfröhlich.  
Die Jugend liebt und flirtet dann;  
Der Onkel macht es ebenso.  
Er fühlt nicht Ischias noch Gicht,  
Der Jahre Last, er spürt sie nicht.

Wer sich auch im gesetzten Alter Jugendfrische, Elastizität und Leistungsfähigkeit erhalten will, nimmt das tausendfach bewährte

**Original Stuvkamp-Salz,**  
denn es sorgt für gute Funktion der lebenswichtigen Organe und schützt vor Überfüllung — seinem Fett.

In Original-Packungen zu Mk. 3.— und Mk. 2.—

Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien.  
Bestimmt zu haben: Zentrum: Engel-Apotheke, Markt 12; König-Salomo-Apotheke, Grimmaische Straße 17; Albert-Apotheke, Emilienstr. 1; Einhorn-Apotheke, Waldstr. 14; Germania-Apotheke, Promenadenstr. 9; Gneisenau-Apotheke, Hauptzollamtstr. 3; Linden-Apotheke, Weststr. 41; Eisen-Apotheke, Wurznerstr. 116; Connewitz-Saxonia-Apotheke, Südstr. 121; Gohlis: Sedan-Apotheke, Lothringer Str. 79; Lindenau: Carola-Apotheke, Goetzstr. 2; Flora-Apotheke, Merseburger Str. 92; Neustadt: St. Georg-Apotheke, Eisenbahnhofstr. 33; Großschocher: Humboldt-Apotheke, Hauptstr. Kleinzschocher: A. Paulsen-Drog., Wigandstr. 2; Einhorn-Drog., Dresdenstr.; E. Briel-Drog., Bayrische Str. 17; Wald-Drog., Waldstr. 2; Hundhold-Drog., Pfaffendorfer Str.; H. Voigt-Drog., Gerberstraße 3; A. Niedlich-Drog., Burgstraße.

Alleinvertrieb für Deutschland: Phoenix-Handelsgesellschaft m.b.H., Berlin SW 63, Ritterstr. 48, Generalvertretung: Gustav Fichtler, Leipzig, König-Johann-Straße 6, Tel. 25085.

Ich verkaufe direkt an

## Private

Herren-, Knaben-Bekleidung  
Gummimäntel u. Windjacken  
für Herren und Damen

auch auf Teilzahlung!  
**B. Brecher**, Münzen-Kleiderfabrik  
Richard-Wagner-Str. 12, III (Fahrstuhl)



## Moderne und gefällige Drucksachen

für jeden Vorliebenbedarf  
werden schnellstens geliefert.  
Der neuzeitlich eingerichtete  
Rotationsbetrieb ist bestens  
geeignet zur Herstellung von  
Weißpelz-Wollauflagen

Leipziger Buchdruckerei  
Aktiengesellschaft  
Tauchaer Straße 19/21

## SARRASANI

Meßplatz — Teleph. 25890 — Nur bis 19. Mai — unwiderruflich!

Noch

und

noch

neue

Attraktionen!!

Täglich 7.30 Uhr — Sonnabend und Sonntag auch  
3 Uhr — Nachmittags Kinder halbe Preise  
Vorverkauf: Sarrasani-Schau ab 10 Uhr morgens ohne Pause  
Kaufhaus Gebr. Ury, Königsplatz  
Verkehrsbureau Meßmarkt, Markt 4  
F. A. Copplus, Petersstraße 15  
H. Preßler, Lindenau, Markt 19a

Sonntag von 10.30 bis 11.30 Uhr:  
**Tierschau mit Massen-Konzert**  
100 Sarrasani-Bläser — Eintritt 50 Pfennig pro Person

Frisches

Inlandfleisch

Rouladen . . . . . 1.20

Gulasch . . . . . 1.00

Schw. Kamm . . . . . 1.30

Schw. Kataloffen 1.40

Schw. Schnitzel 1.50

Alles andere

bekannt billig

Kirchstr. 78

Ecke Konradstr.

Eckladen

## Volkshaus - Fleischerei

Jeden Tag la Qualität  
frische hausgeschlachtete Wurst

Verkauf auch über die Straße

Bubikopf

Schnitt u. Präzise  
individuell  
durch  
Spezialisten!  
Friseur Schneider  
Ecke Frankfurter-  
und Leibnizstraße.



# ALTHOFF

